



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 08|2022



10. StatistikTage Bamberg|Fürth 2022
Alter(n) heute und in Zukunft – Fakten, Daten und Prognosen

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
 - nichts vorhanden oder keine Veränderung
 - / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
 - Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
 - ... Angabe fällt später an
 - x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
 - () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
 - p vorläufiges Ergebnis
 - r berichtiges Ergebnis
 - s geschätztes Ergebnis
 - D Durchschnitt
 - ≙ entspricht
- 321 aktuellster Zahlenwert bzw. entsprechender vergleichbarer Vorjahreswert

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100% abweichen. Eine Abstimmung auf 100% erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 153. (76.)

Bestell-Nr. Z10001 202208
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise
monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis

Titel: © Bayerisches Landesamt für Statistik
Editorial: © Rolf Poss
Innen: © Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt), Seite 41: © Nawi112
„Altes Rathaus Bamberg“, verändert durch Bayerisches
Landesamt für Statistik, CC BY-SA 3.0
Rückseite: © contrastwerkstatt – stock.adobe.com

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6311
Telefax 0911 98208-6638

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 0911 98208-6563
Telefax 0911 98208-6573

© **Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2022**
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,



bei den **StatistikTagen Bamberg|Fürth 2022** zum Thema „Alter(n) heute und in Zukunft – Fakten, Daten und Prognosen“ standen zuerst die Demographie und die Entwicklung in der Rentenversicherung im Mittelpunkt. Die Frage, wie die gesetzliche Rentenversicherung im Umlageverfahren finanziert werden kann, wenn die Bevölkerung zurückgeht, jedenfalls aber altert, wird seit dreißig und mehr Jahren in Politik und Wissenschaft diskutiert. Sie hat eine Reihe von Antworten des Gesetzgebers gefunden, von der schrittweisen Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre über den Demographie- und Nachhaltigkeitsfaktor bei der Rentenanpassung bis hin zu den Haltelinien für Beitragssätze und Rentenniveau im Rentenpaket der Großen Koalition von 2019. Die neue Bundesregierung plant eine Einbeziehung der Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Ausgangspunkt der Diskussionen waren und sind die Aussagen der Statistik zur demographischen Entwicklung. Die Entwicklung im Verhältnis zwischen Beitragszahlern, das heißt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und Rentnern ist zentral für eine Altersversorgung im Umlageverfahren. Die amtliche Statistik erstellt Bevölkerungsvorausberechnungen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Das Bayerische Landesamt für Statistik hat große Erfahrungen mit regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Die aktuelle regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung liegt für die Jahre bis 2040 vor. Wichtig ist, dass die Vorausberechnungen ihrerseits abhängig von den zugrundeliegenden Annahmen und den Trends der Vergangenheit sind. Daher ist die regelmäßige Aktualisierung, wie wir sie in Bayern Jahr für Jahr vornehmen, unverzichtbar, denn unerwartete Veränderungen können die Vorausberechnungen erheblich beeinflussen.

Bei der zehnten Ausgabe der **StatistikTage Bamberg|Fürth 2022** wurden in vier weiteren Themenblöcken mit dem Übertritt zur Rente, dem Leben im Alter – mit einem Schwerpunkt auf der Pflege – und dem Lebensraum im Alter unterschiedliche Aspekte des Themas präsentiert. Es gab rege Fachdiskussionen in der Aula der Universität Bamberg. Das entspricht dem Ziel, den Austausch zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft zu fördern. Die StatistikTage konnten sich so wieder als **Plattform für das Statistik Netzwerk Bayern** beweisen, um wissenschaftliche Vorhaben und Kooperationen zu erörtern und zu „netzwerken“.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen dieser Schwerpunktausgabe von „Bayern in Zahlen“.

Herzlichst

Dr. Gößl
Präsident

	Statistik aktuell
7	Kurzmitteilungen
	Beiträge aus der Statistik
41	10. StatistikTage Bamberg Fürth 2022 Alter(n) heute und in Zukunft – Fakten, Daten und Prognosen
	Rückschau
75	Statistik-Tage Bamberg-Fürth 2012 Methoden und Potenziale des Zensus 2011
	Bayerischer Zahlenspiegel
88	Tabellen
98	Graphiken
	Neuerscheinungen
109	Statistische Berichte

Kurzmitteilungen

Die Kurzmitteilungen umfassen eine Auswahl von bereits veröffentlichten Pressemitteilungen. Teilweise wird auf zugehörige Publikationen mit ausführlichen Ergebnissen verwiesen, die möglicherweise bei Erscheinen dieser Ausgabe von „Bayern in Zahlen“ noch nicht veröffentlicht sind.



Alle Statistischen Berichte sowie ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/produkte

Die Zusendung eines (kostenpflichtigen) Ausdrucks ist auf Bestellung möglich unter: Telefon 0911 98208-6311 | Telefax 0911 98208-6638 | vertrieb@statistik.bayern.de

A Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Genug Zeit zum Schlafen?

Zeitverwendungserhebung (ZVE) untersucht unter anderem, wie viel Zeit für den Schlaf bleibt

Der Tag hat 24 Stunden, in denen Vieles untergebracht werden muss. Mit der Zeitverwendungserhebung (ZVE), die aktuell die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder durchführen, wird untersucht, wie sich Menschen ihre Zeit einteilen. Darunter auch, wie viel Zeit für den Schlaf bleibt. Die Ergebnisse der letzten ZVE im Jahr 2012/13 ergab, dass die Menschen in Deutschland ab zehn Jahren im Durchschnitt täglich achteinhalb Stunden schlafen. Wie sieht es heute aus? Für die ZVE 2022 werden noch Teilnehmerinnen und Teilnehmer gesucht: insbesondere Haushalte von Selbstständigen mit Kindern und von Alleinerziehenden. Die ZVE findet alle zehn Jahre statt. Die Daten bilden die Grundlage für wichtige politische Entscheidungen, wie beispielsweise Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Genug Zeit zum Schlafen? Die Zeitverwendungserhebung (ZVE) ermittelt, wie sich die Menschen in Deutschland, ihre Zeit einteilen. Darunter auch die Frage, wie viel Zeit zum Schlafen bleibt. Die Auswertung der Daten aus der letzten ZVE im Jahr 2012/13 zeigt, dass Schlafzeiten vom Alter abhängen: So schliefen Kinder und Jugendliche im Alter von zehn bis 19 Jahren mit gut neuneinhalb Stunden am meisten. Die 18- bis 29-Jährigen kamen im Vergleich dazu mit acht Stunden und 40 Minuten auf rund 55 Minuten weniger Schlaf.



Mit etwa acht Stunden und 10 Minuten schliefen Personen im Alter zwischen 30 und 64 Jahren am wenigsten. Personen im Rentenalter gönnten sich im Jahr 2012/13 im Vergleich dazu durchschnittlich etwa eine halbe Stunde mehr Schlaf.

Je nach Familiensituation, Arbeitsanforderungen, verschiedenen anderen Verpflichtungen, Freizeitverhalten, Gesundheitszustand und persönlicher Veranlagung können die Schlafzeiten ganz unterschiedlich ausfallen.

Hat sich das Schlafverhalten der Menschen geändert?

Eine Antwort darauf kann anhand der Daten aus der aktuell laufenden ZVE 2022 erforscht werden. Teilnehmende Haushalte führen dabei drei Tage lang über ihre 24 Stunden Tagebuch und beantworten ein Frageprogramm. Die ZVE findet alle zehn Jahre statt. Die Daten bilden die Grundlage für wichtige politische Entscheidungen, wie beispielsweise Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die ZVE ist die einzige amtliche Datengrundlage, aus der auch der Umfang unbezahlter Arbeit wie Kinderbetreuung, Hausarbeit, Ehrenamt oder die Pflege von Angehörigen hervorgeht.

Haushalte von Selbstständigen mit Kindern und von Alleinerziehenden gesucht

Unter www.zve2022.de/teilnahme können sich Interessierte für die ZVE 2022 anmelden. Aus allen angemeldeten Haushalten wird für jedes Quartal nach einem Quotenplan eine Stichprobe gezogen. Als Dankeschön für die Teilnahme an der Befragung gibt es eine Geldprämie von 15 Euro je Haushalt

sowie zusätzlich 20 Euro je Haushaltsmitglied ab zehn Jahren. Für die repräsentative Stichprobe werden insbesondere noch Haushalte von Selbstständigen mit Kindern und von Alleinerziehenden gesucht.

Einfach und bequem per App mitmachen

Bei der ZVE 2022 ist es zum ersten Mal möglich, per App an einer amtlichen Haushaltsbefragung teilzunehmen. Die App kann sowohl auf dem Smartphone oder Tablet als auch am PC oder Laptop über den Browser genutzt werden. Die Teilnahme über einen Papierfragebogen ist auf Wunsch ebenfalls möglich.

Hinweise:

Alle Informationen zur ZVE sind abrufbar unter www.zve2022.de

Videos zur ZVE 2022:

- Machen Sie mit bei der ZVE 2022!
- Was ist die Zeitverwendungserhebung?

Die Ergebnisse der letzten ZVE 2012/13 sind auf der Themenseite Zeitverwendung des Statistischen Bundesamts verfügbar. Weitere Auskünfte gibt das ZVE-Team des Bayerischen Landesamts für Statistik, telefonisch unter 0800 000 4498 oder per E-Mail unter zve@statistik.bayern.de

Homeoffice-Anteil für Bayern im Jahr 2021 bei 25 Prozent

Neue Ergebnisse aus dem Mikrozensus 2021: Jeder vierte abhängig Beschäftigte arbeitete letztes Jahr von zu Hause aus; regional gesehen zeigte Oberbayern mit 32 Prozent den höchsten Homeoffice-Anteil¹

Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik arbeiteten im Jahr 2021 insgesamt rund 1,5 Millionen der über 6,1 Millionen abhängig Beschäftigten in Bayern mindestens einen Tag in der Woche von zu Hause aus. Bei Männern betrug der Anteil 27 Prozent, bei Frauen waren es rund 22 Prozent. Das ergaben die neuesten Erkenntnisse aus dem Mikrozensus 2021.

Nach ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2021, in dem jährlich seit 1957 ein Prozent der Bevölkerung zu ihren Lebensverhältnissen befragt werden, arbeiteten im Jahr 2021 ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Bayern mindestens einen Tag in der Woche von zu Hause aus. Der Blick auf die Regierungsbezirke zeigt: In Oberbayern lag mit 32 Prozent der Homeoffice-Anteil am höchsten.

Die Befragung zeigt, dass bei älteren Beschäftigten Homeoffice weniger verbreitet war: „So erledigten nur 21 Prozent der 50- bis 65-Jährigen ihre

beruflichen Aufgaben im Jahr 2021 zumindest teilweise von zu Hause aus. Demgegenüber waren es bei den 15- bis 34-Jährigen 25 Prozent und bei den 35- bis 49-Jährigen 29 Prozent“, betont Jochen Knöller, Referent für den Mikrozensus im Bayerischen Landesamt für Statistik.

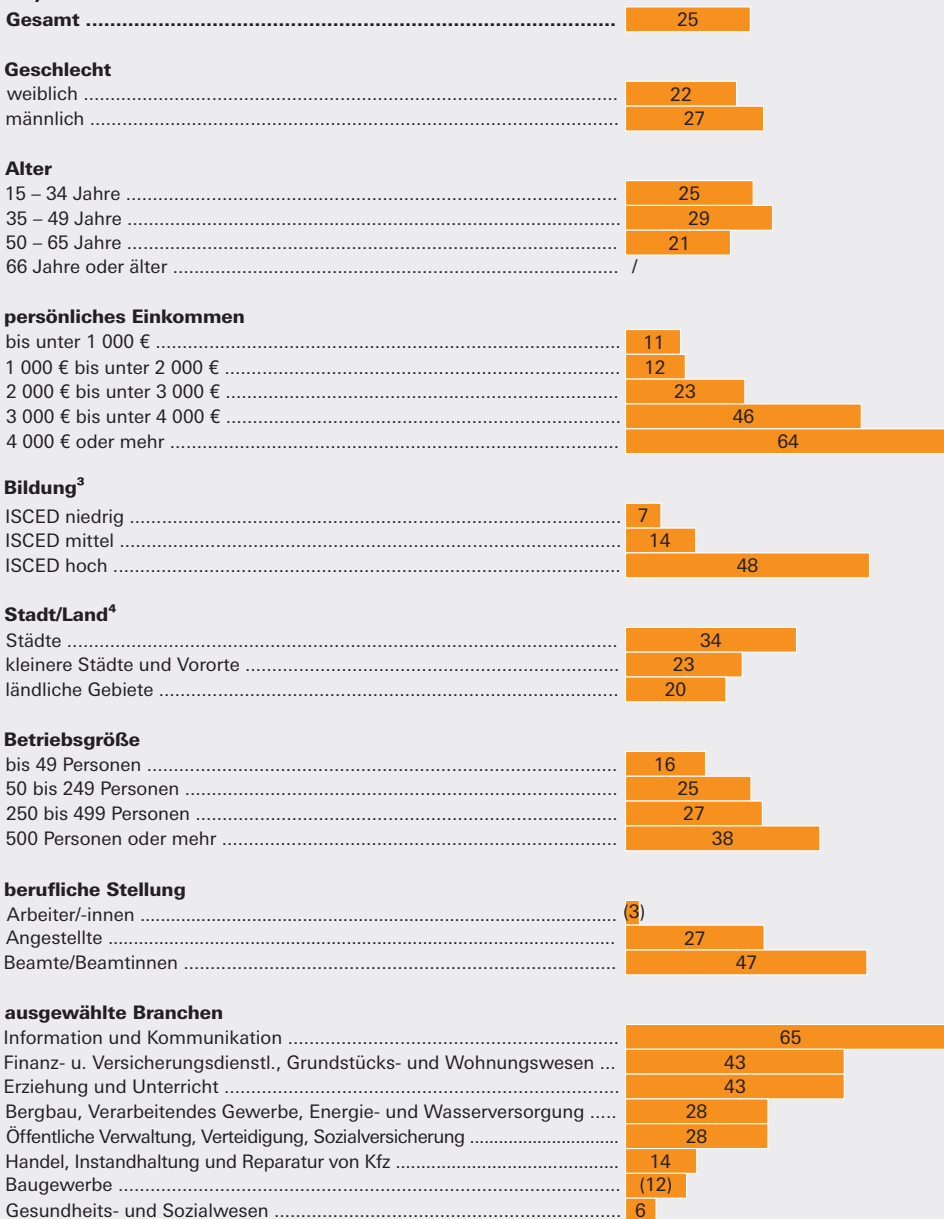
Bildung, Tätigkeitsart, Einkommen, Ort, Unternehmensgröße und Branche haben maßgeblich Einfluss

Die Möglichkeit, von zu Hause aus arbeiten zu können, ist nach den Ergebnissen der Befragung stark vom Bildungsabschluss beeinflusst. So lag der Homeoffice-Anteil der abhängig Beschäftigten mit einem niedrigen Bildungsabschluss bei sieben Prozent, mit einem mittleren Bildungsabschluss bei 14 Prozent und mit einem hohen Bildungsabschluss sogar bei 48 Prozent.

Das spiegelt sich auch in der beruflichen Tätigkeit wider. So hatten Arbeiterinnen und Arbeiter

Abhängig Erwerbstätige (ohne Auszubildende) 2021 im Homeoffice^{1 2} in Prozent

Bayern



1 Abhängig Erwerbstätige, die an weniger als der Hälfte der Arbeitstage, an mindestens der Hälfte der Arbeitstage oder an jedem Arbeitstag von zu Hause aus der Erwerbstätigkeit nachgehen.

2 In den letzten vier Wochen (bezogen auf den Befragungszeitpunkt).

3 Höchster erworbener Bildungsabschluss gemäß ISCED 2011: ISCED-Level 1 und 2 = niedrig, 3 und 4 = mittel, 5 bis 8 = hoch.

4 Stadt-Land-Gliederung Eurostat: <https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/degree-of-urbanisation/background>

Ergebnisse, denen ein Wert von weniger als 71 Personen in der Stichprobe zugrunde liegt, werden wegen der Größe ihres relativen Standardfehlers (durchschnittlich über 15 %) und des damit verbundenen geringen Aussagewertes unterdrückt und durch einen Schrägstrich („/“) ersetzt. Bei 71 bis unter weniger als 120 Stichprobenbeobachtungen werden die Ergebnisse wegen der größeren Unsicherheit (relativer Standardfehler zwischen 10 % und 15 %) in Klammern dargestellt.

im Jahr 2021 nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit, ihren Beruf von zu Hause ausüben zu können: In dieser Gruppe betrug der Homeoffice-Anteil lediglich drei Prozent gegenüber 27 Prozent bei den Angestellten. Bei Beamtinnen und Beamten nutzten sogar 47 Prozent die Möglichkeit des Homeoffice, darunter viele Lehrerinnen und Lehrer.

Auch mit der Höhe des Einkommens wächst der Homeoffice-Anteil erheblich: Bei den abhängig Beschäftigten mit einem Nettomonatseinkommen von 1 000 bis 2 000 Euro lag der Anteil im Jahr 2021 bei zwölf Prozent, hingegen bei Personen, die 4 000 Euro netto und mehr verdienten, bei 64 Prozent.

Im Stadt-Land-Vergleich zeigen sich ebenfalls deutliche Unterschiede: In Städten lag der Homeoffice-Anteil bei 34 Prozent, in ländlichen Gebieten hingegen bei 20 Prozent und damit unter dem bayernweiten Durchschnitt von 25 Prozent.

Auch die Betriebsgröße hat einen Einfluss auf den Homeoffice-Anteil. Von den Beschäftigten in Betrieben bis 49 Personen waren im Jahr 2021 nur 16 Prozent der Beschäftigten mindestens an einem Tag in der Woche im Homeoffice. Betrachtet man hingegen Betriebe mit 500 Personen und mehr Beschäftigten, lag dieser Wert bei 38 Prozent.

Zudem zeigen sich große branchenspezifische Unterschiede. Den geringsten Homeoffice-Anteil hatten Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen. In diesem Arbeitsumfeld können sehr viele Tätigkeiten nicht von zu Hause aus erledigt werden

und dementsprechend arbeiteten hier nur sechs Prozent der Beschäftigten ganz oder teilweise von zu Hause aus. Am höchsten war der Homeoffice-Anteil mit 65 Prozent im Bereich „Information und Kommunikation“.

Was ist der Mikrozensus?

Der Mikrozensus ist die größte jährliche Haushalts-erhebung der amtlichen Statistik in Deutschland. Seit 1957 wird jedes Jahr ein Prozent der Bevölkerung zu ihren Lebensverhältnissen befragt. Dabei geht es um Themen wie Haushalt und Familie, wirtschaftliche Lage und soziale Teilhabe, Bildung und Beruf, Arbeitsweg, Kinderbetreuung, Wohnen und Gesundheit. Allein in Bayern werden jährlich rund 60 000 private Haushalte befragt. Damit unterscheidet er sich maßgeblich vom aktuell stattfindenden Zensus 2022, der ermittelt, wie viele Menschen in Deutschland leben, wie sie wohnen und arbeiten. Mehr Informationen sind abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2022/pm104

- 1 Abhängig Erwerbstätige, die angaben, zum Zeitpunkt der Befragung in den vergangenen vier Wochen mindestens einmal oder häufiger von zu Hause aus gearbeitet zu haben.

Hinweise:

Die Ergebnisse aus dem Mikrozensus, der 2020 methodisch neugestaltet wurde, sind ab dem Berichtsjahr 2020 nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar. Ausführliche Informationen zu den Änderungen sowie den Auswirkungen der Neugestaltung und der Corona-Krise auf den Mikrozensus sind auf der Themenseite zum Mikrozensus verfügbar.

Ab dem Erhebungsjahr 2020 werden die Ergebnisse als Erst- und Endergebnisse zu zwei verschiedenen Zeitpunkten veröffentlicht. Die Daten dieser Pressemitteilung basieren auf den Erstergebnissen des Mikrozensus 2021.

Bayern wächst weiter – Bevölkerung im Freistaat steigt um über 36 800 Personen im letzten Jahr

Vor allem Wanderungsgewinne drehen die Negativbilanz aus Sterbefallüberschuss gegenüber Geburten im Freistaat ins Positive um

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilte, lebten am 31. Dezember 2021 rund 13,18 Millionen Menschen im Freistaat. Gegenüber Ende des Vorjahres nahm die Bevölkerung im Laufe des Jahres 2021 um gut 36 800 Personen (+0,3 Prozent) zu. Im zweiten Corona-Jahr stieg die Bevölkerungszahl in Bayern damit wieder deutlich an. Während sich die Einwohnerzahl

Bayerns im Corona-Jahr 2020 nur um etwa 15 400 Personen erhöhte, war der Zuwachs im Jahr 2021 mehr als doppelt so hoch. Allerdings erreichte das Bevölkerungswachstum im Jahr 2021 nicht das Niveau der Vorjahre 2016 bis 2019. Damals lag es bei durchschnittlich 70 000 Personen pro Jahr. Die Bevölkerungszunahme ist vor allem auf Wanderungsgewinne

zurückzuführen. So konnte der Wanderungssaldo von rund 52 800 Personen auch im Jahr 2021 den vorhandenen Sterbefallüberschuss von knapp 13 700 Personen und die buchungstechnischen Abzüge, vor allem Korrekturbuchungen der Kommunen, von etwa 2 300 Personen ausgleichen.

Am 31. Dezember 2021 lebten im Freistaat Bayern 13 176 989 Menschen und damit 36 806 mehr als Ende des Jahres 2020 (13 140 183 Personen). Das Bevölkerungswachstum im Jahr 2021 – welches in seiner Höhe in etwa der Einwohnerzahl der Großen Kreisstadt Fürstentum entspricht – fiel wieder deutlich größer aus als im Vorjahr 2020. In den Jahren 2016 bis 2019 stieg die Einwohnerzahl Bayerns jedoch noch durchschnittlich um etwa 70 000 Personen pro Jahr. Der Anstieg der Einwohnerzahlen in 2021 ist erneut auf Wanderungsgewinne zurückzuführen.

Der Freistaat Bayern verzeichnete im Jahr 2021 ein Wanderungsplus von 52 772 Personen. Dabei erzielte der Freistaat gegenüber dem Ausland einen positiven Wanderungssaldo in Höhe von 52 362 Personen. Der Wanderungsüberschuss aus dem restlichen Bundesgebiet lag bei 410 Personen.

Bei den sogenannten natürlichen Bevölkerungsbewegungen war auch 2021 ein Überschuss der Sterbefälle gegenüber den Geburten zu verzeichnen. Der Saldo – also die Differenz aus Geburten und Sterbefällen – belief sich auf 13 663 Personen und ergibt sich aus 134 321 Lebendgeborenen und 147 984 Verstorbenen.

In die Bevölkerungsbilanz fließen zudem sonstige Veränderungen wie beispielsweise Korrekturbuchungen der Kommunen oder Nachmeldungen aus dem Vorjahr ein. Im Jahr 2021 summierten sich diese Abzüge auf 2 303 Personen.

Auf Ebene der Regierungsbezirke nahm die Bevölkerung im Laufe des Jahres 2021 in Oberbayern (+9 527), Niederbayern (+6 378), der Oberpfalz (+4 474), Mittelfranken (+1 439), Unterfranken (+3 006) und Schwaben (+12 138) zu. Die Bevölkerungszahl in Oberfranken (–156) blieb annähernd konstant.

Hinweise:

Weitere Ergebnisse zur Bevölkerungsfortschreibung sind in der GENESIS-Online Datenbank abrufbar: [www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?language=de&sequenz=tabelle&selectionname=12411*](http://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?language=de&sequenz=tabelle&selectionname=12411)

Erneutes Geburtenhoch in Bayern im Jahr 2021

Höchste Geburtenzahl seit 30 Jahren; mehr Sterbefälle als im Vorjahr

In Bayern wurden im Jahr 2021 insgesamt 134 321 Kinder lebend geboren. Dies ist die höchste Geburtenzahl seit dem Jahr 1991, in dem 134 400 Kinder auf die Welt kamen. Die aktuelle Zahl der Geburten ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,3 Prozent beziehungsweise 5 557 Geburten angestiegen. Auch die Zahl der Verstorbenen erhöhte sich im vergangenen Jahr auf 147 984 Sterbefälle und damit um 3,2 Prozent im Vergleich zum Jahr 2020 (143 367 Sterbefälle). Damit sind im Jahr 2021 – mit bayernweit insgesamt 13 663 Personen – mehr Menschen gestorben als geboren wurden.

Wie das Expertenteam des Bayerischen Landesamts für Statistik mitteilt, kamen im Jahr 2021 in Bayern 134 321 Babys lebend zur Welt. Dies entspricht der höchsten Geburtenzahl seit dem

Jahr 1991 (134 400 Lebendgeburten). Geboren wurden 65 440 Mädchen und 68 881 Jungen: Auf 100 weibliche Lebendgeborene kamen damit – wie bereits im Vorjahr – etwa 105 männliche Lebendgeborene. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik gab es im Jahr 2021 bayernweit 4,3 Prozent mehr Geburten (+5 557) als im Jahr 2020.

Dabei registrierten alle sieben Regierungsbezirke in Bayern einen Anstieg der Geburtenzahlen. Die höchsten Zunahmen ergaben sich für die Regierungsbezirke Niederbayern (+5,8 Prozent) sowie Schwaben (+5,4 Prozent). Die Veränderungsraten in den fünf weiteren Regierungsbezirken lagen zwischen +2,2 Prozent in Mittelfranken und +4,8 Prozent in Oberbayern.

Auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise war in den Landkreisen Dingolfing-Landau (Niederbayern) und Pfaffenhofen a.d. Ilm (Oberbayern) der höchste Geburtenzuwachs mit 17,0 beziehungsweise 14,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Hohe Zunahmen verzeichneten auch der unterfränkische Landkreis Aschaffenburg mit 14,5 Prozent und die kreisfreie Stadt Weiden in der Oberpfalz mit 13,6 Prozent. In Oberfranken stieg die Geburtenzahl im Vergleich zum Vorjahr am stärksten im Landkreis Bayreuth (+11,4 Prozent), in Mittelfranken im Landkreis Roth (+7,8 Prozent) und in Schwaben im Landkreis Oberallgäu (+11,8 Prozent). Inwieweit der deutliche Anstieg der Geburtenzahlen in Bayern im Jahr 2021 in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie steht oder ob es sich lediglich um eine Fortsetzung des allgemeinen Trends zu steigenden Geburtenzahlen handelt, kann erst durch weitere Auswertungen untersucht werden.

Die Zahl der Verstorbenen lag im Freistaat im Jahr 2021 insgesamt bei 147 984 Menschen, wonach die Anzahl der Sterbefälle verglichen mit

2020 um 4 617 Personen (+3,2 Prozent) anstieg. Entsprechend verzeichneten alle Regierungsbezirke in Bayern einen Anstieg der Sterbefallzahlen. Mit +2,3 Prozent fiel er in Mittelfranken am geringsten aus, in den übrigen Regierungsbezirken lag der Wert zwischen +2,5 Prozent in Oberbayern und +5,3 Prozent in Unterfranken. Wird als Vergleichsgröße das Jahr 2019 – und damit das letzte Jahr vor der Corona-Pandemie – herangezogen, beträgt der Anstieg der Sterbefälle im Jahr 2021 für Bayern insgesamt 13 671 Personen beziehungsweise 10,2 Prozent.

Die Entwicklung der Sterbefallzahlen im Jahr 2021 wurde maßgeblich durch das Infektionsgeschehen der Corona-Pandemie geprägt. Berechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik zeigen, dass bei reiner Betrachtung der Alterung für das Jahr 2021 ein Anstieg der Sterbefälle um lediglich 4,3 Prozent oder rund 5 800 Fälle im Vergleich zum Jahr 2019 zu erwarten gewesen wäre. Das bedeutet im Umkehrschluss: Rund 7 900 Sterbefälle im Jahr 2021 sind nicht auf eine alternde Gesellschaft zurückzuführen.

Lebendgeborene und Gestorbene in Bayern 2019, 2020 und 2021									
Bayern, Regierungs- bezirke	Lebendgeborene			Gestorbene			Geburten- bzw. Sterbeüberschuss (-) im Jahr		
	2019	2020	2021	2019	2020	2021	2019	2020	2021
	Anzahl								
Oberbayern	48 627	48 562	50 891	42 592	45 577	46 697	6 035	2 985	4 194
Niederbayern ...	11 293	11 557	12 223	13 290	14 432	15 014	- 1 997	- 2 875	- 2 791
Oberpfalz	10 754	10 759	11 084	12 093	13 034	13 428	- 1 339	- 2 275	- 2 344
Oberfranken	9 233	9 061	9 410	13 002	14 016	14 595	- 3 769	- 4 955	- 5 185
Mittelfranken ...	17 392	17 576	17 957	19 484	20 598	21 079	- 2 092	- 3 022	- 3 122
Unterfranken	12 102	12 219	12 689	14 347	15 048	15 852	- 2 245	- 2 829	- 3 163
Schwaben	18 826	19 030	20 067	19 505	20 662	21 319	- 679	- 1 632	- 1 252
Bayern	128 227	128 764	134 321	134 313	143 367	147 984	- 6 086	- 14 603	- 13 663

Bayern, Regierungsbezirke	Lebendgeborene		Gestorbene	
	Veränderung 2021 gegenüber (in %)			
	2019	2020	2019	2020
Oberbayern	4,7	4,8	9,6	2,5
Niederbayern	8,2	5,8	13,0	4,0
Oberpfalz	3,1	3,0	11,0	3,0
Oberfranken	1,9	3,9	12,3	4,1
Mittelfranken	3,2	2,2	8,2	2,3
Unterfranken	4,9	3,8	10,5	5,3
Schwaben	6,6	5,4	9,3	3,2
Bayern	4,8	4,3	10,2	3,2

Wie in den Vorjahren konnten auch im Jahr 2021 die natürlichen Bevölkerungsverluste durch Sterbefälle nicht über die Geburten ausgeglichen werden. Dieser Sterbefallüberschuss, der in Bayern bereits seit dem Jahr 2001 zu beobachten ist, fiel im Jahr 2021 (13 663) jedoch geringer aus als im Vorjahr (14 603). Auf Regierungsbezirksebene fiel mit einem Plus von 4 194 nur in Oberbayern die Bilanz der natürlichen Bevölkerungsentwicklung (Lebendgeborene abzüglich Gestorbene) positiv aus. In den anderen sechs Regierungsbezirken wurden hingegen Geburtendefizite registriert.

Insgesamt nahm die Bevölkerungszahl in Bayern im Jahr 2021 um 36 806 Personen zu, da der positive Wanderungssaldo gegenüber dem restlichen Bundesgebiet sowie dem Ausland die Verluste in den natürlichen Bevölkerungsbewegungen kompensieren konnte.

Hinweise:

In der öffentlichen Datenbank GENESIS-online finden sich weitere Daten zu Geburten und Sterbefällen in Bayern, insbesondere auch für die kreisfreien Städte, Landkreise und Gemeinden.

C Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Rinderbestand in Bayern geht weiter zurück

Anteil der Milchkühe liegt bei 37,8 Prozent

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, wurden zum Stichtag 3. Mai 2022 in Bayern 39 753 Rinderhaltungen mit einem Rinderbestand von insgesamt 2 865 216 Tieren gezählt. Im Durchschnitt entfallen auf einen Halter 72 Rinder. Den Hauptanteil des bayerischen Rinderbestands bilden mit 37,8 Prozent weiter die Milchkühe.

Zum Stichtag 3. Mai 2022 weist das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik durch eine Auswertung des Verwaltungsverfahrens „Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tier (HIT)“ 2 865 216 Rinder in 39 753 Haltungen nach. Damit geht die Zahl der Rinderhaltungen im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 Prozent, das entspricht 906 Haltungen weniger, zurück. Der Rinderbestand verringert sich um 1,6 Prozent. Das ist ein Rückgang um 47 135 Tiere. Unverändert zum Vorjahr bleibt im Mai 2022 die durchschnittliche Rinderzahl je Haltung mit 72 Rindern.

Deutlich weniger Milchkuhhaltungen

Den größten Anteil (37,8 Prozent) am Rinderbestand haben die Milchkühe mit 1 082 827 Tieren in insgesamt 24 644 Haltungen. Das sind bei den Tieren 1,8 Prozent (–19 652 Tiere) und bei den Haltungen deutliche 4,3 Prozent (–1 104 Haltungen) weniger als im Jahr zuvor. Dem allgemeinen

Trend in der Viehhaltung folgend, hat damit auch die durchschnittliche Zahl der Milchkühe je Milchkuhhaltung weiter zugenommen. Sie beläuft sich nun auf 44 Tiere je Milchkuhhaltung, ein Tier mehr als im Vorjahr.

832 770 Kälber und Jungrinder: Bestand sinkt um 2,5 Prozent

Die Zahl der Kälber und der Jungrinder ist zum 3. Mai 2022 mit insgesamt 832 770 Tieren um 2,5 Prozent rückläufig. Bei Rindern im Alter von einem Jahr bis unter zwei Jahren steigt hingegen der Bestand um 0,5 Prozent auf nunmehr 694 100 Tiere leicht an. Den Hauptanteil stellen dabei mit 71,7 Prozent (497 394 Rinder) die weiblichen Tiere, wovon wiederum 84,1 Prozent (418 156 Rinder) für die Zucht und Nutzung und 15,9 Prozent (79 238 Rinder) zur Schlachtung vorgesehen sind.

Bei den 188 016 Rindern im Alter von zwei oder mehr Jahren entfallen 8,9 Prozent (16 696 Tiere) auf Bullen und Ochsen. Die weitaus größte Gruppe ist mit 91,1 Prozent die der weiblichen Rinder (171 320 Tiere). Davon sind 91,5 Prozent (156 730 Tiere) für die Zucht und Nutzung und 8,5 Prozent (14 590 Tiere) zur Schlachtung vorgesehen.

Rinderhaltungen und Rinderbestand in Bayern zum 3. Mai 2022				
Merkmal	Ergebnisse der Auswertung des Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier (HIT)			
	zum 3. Mai 2022	zum 3. Mai 2021	Veränderung 3. Mai 2022 gegenüber 3. Mai 2021	
	Anzahl			%
Rinderhaltungen insgesamt	39 753	40 659	- 906	- 2,2
darunter Milchkuhhaltungen	24 644	25 748	- 1 104	- 4,3
Haltungen sonstiger Kühe	7 346	7 271	75	1,0
Rinder insgesamt	2 865 216	2 912 351	- 47 135	- 1,6
davon Kälber und Jungrinder	832 770	853 996	- 21 226	- 2,5
darunter Kälber und Jungrinder zum Schlachten ¹ ...	44 032	46 935	- 2 903	- 6,2
davon Kälber bis einschließlich 8 Monate	566 133	575 293	- 9 160	- 1,6
Jungrinder älter als 8 Monate bis 1 Jahr ...	266 637	278 703	- 12 066	- 4,3
davon männlich	98 041	102 078	- 4 037	- 4,0
weiblich	168 596	176 625	- 8 029	- 4,5
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	694 100	690 840	3 260	0,5
davon männlich	196 706	191 358	5 348	2,8
weiblich	497 394	499 482	- 2 088	- 0,4
davon zum Schlachten ¹	79 238	74 517	4 721	6,3
zur Zucht und Nutzung ¹	418 156	424 965	- 6 809	- 1,6
Rinder 2 Jahre oder älter	188 016	197 468	- 9 452	- 4,8
davon Bullen und Ochsen	16 696	15 924	772	4,8
weiblich	171 320	181 544	- 10 224	- 5,6
davon zum Schlachten ¹	14 590	15 092	- 502	- 3,3
zur Zucht und Nutzung ¹	156 730	166 452	- 9 722	- 5,8
Milchkühe ²	1 082 827	1 102 479	- 19 652	- 1,8
Sonstige Kühe ²	67 503	67 568	- 65	- 0,1

1 Berechnet auf Basis der Schlachtungen im Vorjahreszeitraum.

2 Berechnet auf Basis der Produktionsrichtungen der Haltungen.

Minus 13,9 Prozent: Zahl der schweinehaltenden Betriebe in Bayern deutlich rückläufig

Binnen eines Jahres 600 Betriebe weniger; Bestand an Schweinen nimmt zeitgleich um 12,7 Prozent ab

Nach vorläufigen Ergebnissen der vom Landesamt für Statistik durchgeführten Erhebung über Schweinebestände gibt es in Bayern zum Stichtag 3. Mai 2022 rund 3 600 schweinehaltende Betriebe mit mindestens 50 Schweinen oder 10 Zuchtsauen. Insgesamt halten diese Betriebe 2 529 800 Tiere. Die durchschnittliche Bestandsgröße liegt bei 704 Schweinen pro Betrieb.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, gibt es nach den vorläufigen Ergebnissen der Schweinebestandserhebung zum 3. Mai 2022 rund 3 600 Schweinehalter, die einen Mindestbestand von 50 Schweinen oder 10 Zuchtsauen aufweisen. Das sind 13,9 Prozent oder rund 600 Betriebe weniger als im Jahr zuvor. In diesen Betrieben werden insgesamt 2 529 800 Schweine gehalten.

Das ist ein deutlicher Rückgang von 12,7 Prozent (-368 900 Tiere). Die durchschnittliche Bestandsgröße ist in Bayern von Mai 2021 bis Mai 2022 von 694 auf 704 Tiere pro Betrieb gestiegen.

Die Anzahl der in Bayern zum Stichtag 3. Mai 2022 gehaltenen Mastschweine geht um 11,6 Prozent (- 159 300 Tiere) auf 1 216 000 Tiere zurück. Die Zahl der Ferkel sinkt im Vergleich zum Vorjahr um 9,6 Prozent (-79 200 Ferkel) auf 747 400 Tiere. Der Bestand an Zuchtsauen geht noch stärker um 15,1 Prozent (-29 300 Sauen) auf 164 700 Tiere zurück.

Hinweise:

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Online ist ein Video zum Thema abrufbar unter:

www.statistik.bayern.de/presse/mitteilungen/2022/pm179

Vorläufige Ergebnisse der Schweinebestandserhebung in Bayern am 3. Mai 2022				
Merkmal	3. Mai 2022 (vorläufig)	3. Mai 2021 (vorläufig)	Veränderung 3. Mai 2022 gegenüber 3. Mai 2021	
	Anzahl in 1 000		in %	
Schweinehalter insgesamt	3,6	4,2	- 0,6	- 13,9
und zwar Mastschweinehalter	3,1	3,6	- 0,5	- 12,8
Zuchtschweinehalter	1,4	1,6	- 0,2	- 13,4
Schweine insgesamt	2 529,8	2 898,7	- 368,9	- 12,7
davon Ferkel	747,4	826,5	- 79,2	- 9,6
Jungschweine unter 50 kg Lebendgewicht	399,5	497,5	- 98,0	- 19,7
Mastschweine ¹	1 216,0	1 375,3	- 159,3	- 11,6
davon 50 bis unter 80 kg Lebendgewicht	565,1	647,0	- 81,9	- 12,7
80 bis unter 110 kg Lebendgewicht	537,2	580,5	- 43,2	- 7,4
110 kg oder mehr Lebendgewicht	113,7	147,9	- 34,2	- 23,1
Zuchtsauen 50 kg oder mehr Lebendgewicht	164,7	194,1	- 29,3	- 15,1
davon trächtige Sauen	121,5	143,3	- 21,8	- 15,2
davon Jungsauen ²	16,4	21,0	- 4,6	- 21,9
andere Sauen	105,2	122,4	- 17,2	- 14,1
nicht trächtige Sauen	43,2	50,7	- 7,5	- 14,9
davon Jungsauen	17,0	20,5	- 3,5	- 16,9
andere Sauen	26,2	30,3	- 4,1	- 13,5
Eber zur Zucht	/	/	/	/

1 Einschließlich ausgemerzte Zuchttiere.

2 Zum ersten Mal trächtig.

/ bedeutet keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug.

F Wohnungswesen, Bautätigkeit

58 638 Wohnungen mehr im Bestand in Bayern zum Jahresende 2021

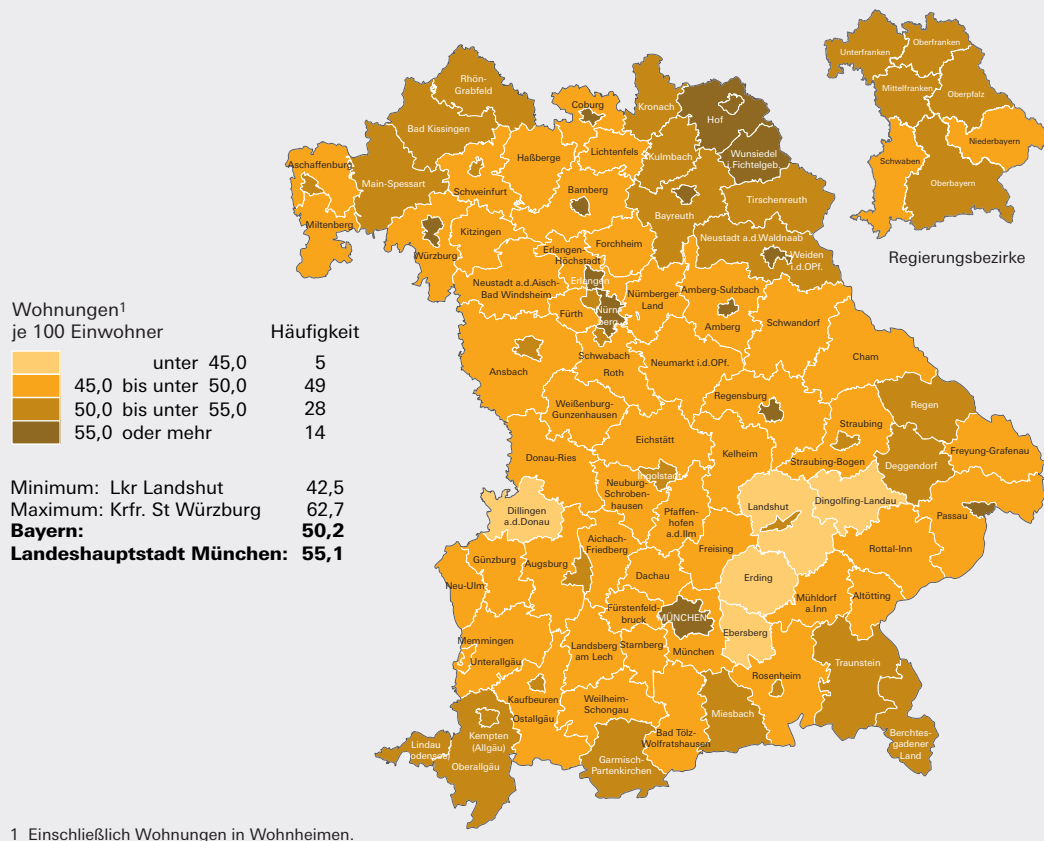
Die knapp 6,61 Millionen Wohnungen im Bestand in Bayern zum 31. Dezember 2021 bedeuten eine Steigerung um 0,9 Prozent gegenüber dem Dezemberwert 2020

Wie das Fachteam des Bayerischen Landesamts für Statistik mitteilt, beläuft sich der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2021 auf knapp 6,61 Millionen Wohnungen. Die Wohnfläche hierzu beträgt rund 646,11 Millionen Quadratmeter. Damit ist der Wohnungsbestand Ende 2021 im Freistaat um 58 638 Wohnungen beziehungsweise 0,9 Prozent höher als zum Jahresende 2020. Die Wohnfläche steigt in diesem Zeitraum um 6,16 Millionen Quadratmeter beziehungsweise 1,0 Prozent. Der bayernweite Wohnungsbestand pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern Ende 2021 beläuft sich rechnerisch auf durchschnittliche 50,2 Einheiten. Für die bayerischen Landkreise beträgt diese Kennzahl 48,0 Wohnungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern, für die kreisfreien Städte 55,5. Auf der Ebene der Regierungsbezirke verzeichnet Niederbayern mit 48,1 Wohnungen

pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern den kleinsten Wert und Oberfranken mit 52,4 die größte Zahl. Hinsichtlich Wohnfläche zeigt sich: Niederbayern weist mit 53,4 Quadratmetern die höchste Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner aller Regierungsbezirke auf. Oberbayern hingegen zeigt mit 46,3 Quadratmetern je Einwohnerin und Einwohner die geringste Fläche.

Nach den Ergebnissen der Fortschreibung des Wohngebäude- und Wohnungsbestandes auf Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 beziffert sich der Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in Bayern zum Stichtag 31. Dezember 2021 auf 6 608 449 Wohnungen. Das entspricht einem Plus von 58 638 Wohnungen beziehungsweise 0,9 Prozent gegenüber dem Wohnungsbestand vor Jahresfrist. Auf Regierungsbereichsebene ergibt sich hier die niedrigste prozentuale Steigerungsrate für Oberfranken mit

Bestand an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden je 100 Einwohner in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns am 31.12.2021 Bevölkerungsstand: 30.06.2021



0,5 Prozent. Niederbayern zeigt mit 1,1 Prozent die höchste Rate.

Die Wohnfläche im Wohnungsbestand in Bayern am 31. Dezember 2021 beträgt 646 105 700 Quadratmeter. Dieser Wert ist um 6 164 200 Quadratmeter höher als vor Jahresfrist. Das entspricht 1,0 Prozent.

Gemessen am Bevölkerungsstand zum 30. Juni 2021 befinden sich Ende 2021 bayernweit 50,2 Wohnungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern im Bestand. Für die bayerischen Landkreise bezieht sich dieser Bestand auf 48,0 Wohnungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern, für die kreisfreien Städte auf 55,5. Die Regierungsbezirke Niederbayern und Schwaben weisen mit 48,1 beziehungsweise 48,8 Wohnungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern verglichen mit dem bayernweiten Bestand unterdurchschnittliche Werte

auf. Die entsprechenden Werte aller anderen Regierungsbezirke bewegen sich zwischen 50,3 Wohnungen pro 100 Einwohnerinnen und Einwohnern für Oberbayern und 52,4 für Oberfranken und liegen damit über dem Durchschnitt.

Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner im Freistaat am 31. Dezember 2021 beläuft sich auf 49,1 Quadratmeter. Die Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben verzeichnen bei diesem Kennwert unterdurchschnittliche Zahlen zwischen 46,3 und 48,4 Quadratmetern je Einwohnerin und Einwohner. Für Niederbayern lässt sich hier mit 53,4 Quadratmetern pro Einwohnerin und Einwohner der höchste Wert aller Regierungsbezirke verbuchen.

Im Wohnungsbestand im Freistaat Ende des Jahres 2021 befinden sich 928 483 Wohnungen mit einem oder zwei Räumen. Dies entspricht einem

Anteil von 14,0 Prozent an allen Wohnungen und einem Anstieg von 17 132 Wohnungen beziehungsweise von 1,9 Prozent gegenüber dem 31. Dezember 2020. Damit ist der prozentuale Zuwachs des Bestands an Wohnungen mit einem oder zwei Räumen deutlich höher als das Plus des gesamten Wohnungsbestands mit einer Steigerung von 0,9 Prozent.

Hinweise:

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen – Stand: 31. Dezember 2021“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/bauen_wohnen/bautaetigkeit

Bestand* an Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden in Bayern						
Gebiet	Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden ¹					
	insgesamt	davon mit ... Räumen			Wohnfläche	
		1 oder 2	3 oder 4	5 oder mehr	insgesamt	je Einwohner ²
Anzahl				in 100 m ²	in m ²	
31. Dezember 2021						
Oberbayern	2 374 026	471 323	1 027 212	875 491	2 188 893	46,3
Niederbayern	601 286	58 351	196 666	346 269	666 828	53,4
Oberpfalz	566 398	58 762	211 175	296 461	585 521	52,6
Oberfranken.....	556 264	53 129	218 215	284 920	555 904	52,4
Mittelfranken	906 569	115 249	414 234	377 086	853 949	48,1
Unterfranken	670 525	62 420	269 315	338 790	684 379	51,9
Schwaben.....	933 381	109 249	379 114	445 018	925 583	48,4
Bayern	6 608 449	928 483	2 715 931	2 964 035	6 461 057	49,1
Kreisfreie Städte	2 150 775	532 843	1 098 657	519 275	1 665 791	43,0
darunter Großstädte ³	1 639 481	441 141	847 410	350 930	1 230 997	41,7
Landkreise	4 457 674	395 640	1 617 274	2 444 760	4 795 266	51,7
31. Dezember 2020						
Oberbayern	2 350 793	463 143	1 018 696	868 954	2 166 596	46,0
Niederbayern	594 558	56 721	194 395	343 442	659 131	53,0
Oberpfalz	560 934	57 456	209 293	294 185	579 211	52,1
Oberfranken	553 450	52 402	217 310	283 738	552 683	52,0
Mittelfranken	899 937	113 273	411 546	375 118	847 210	47,7
Unterfranken	666 068	61 716	267 648	336 704	678 879	51,6
Schwaben	924 071	106 640	375 529	441 902	915 705	48,2
Bayern	6 549 811	911 351	2 694 417	2 944 043	6 399 415	48,8
Kreisfreie Städte	2 133 914	524 662	1 092 010	517 242	1 652 934	42,6
darunter Großstädte ³	1 626 226	434 199	842 427	349 600	1 221 457	41,3
Landkreise	4 415 897	386 689	1 602 407	2 426 801	4 746 481	51,3

* Fortschreibung auf Basis der endgültigen Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011.

1 Einschließlich Wohnungen in Wohnheimen.

2 Bevölkerungsstand: jeweils 30. Juni.

3 München, Nürnberg, Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Würzburg, Fürth, Erlangen.

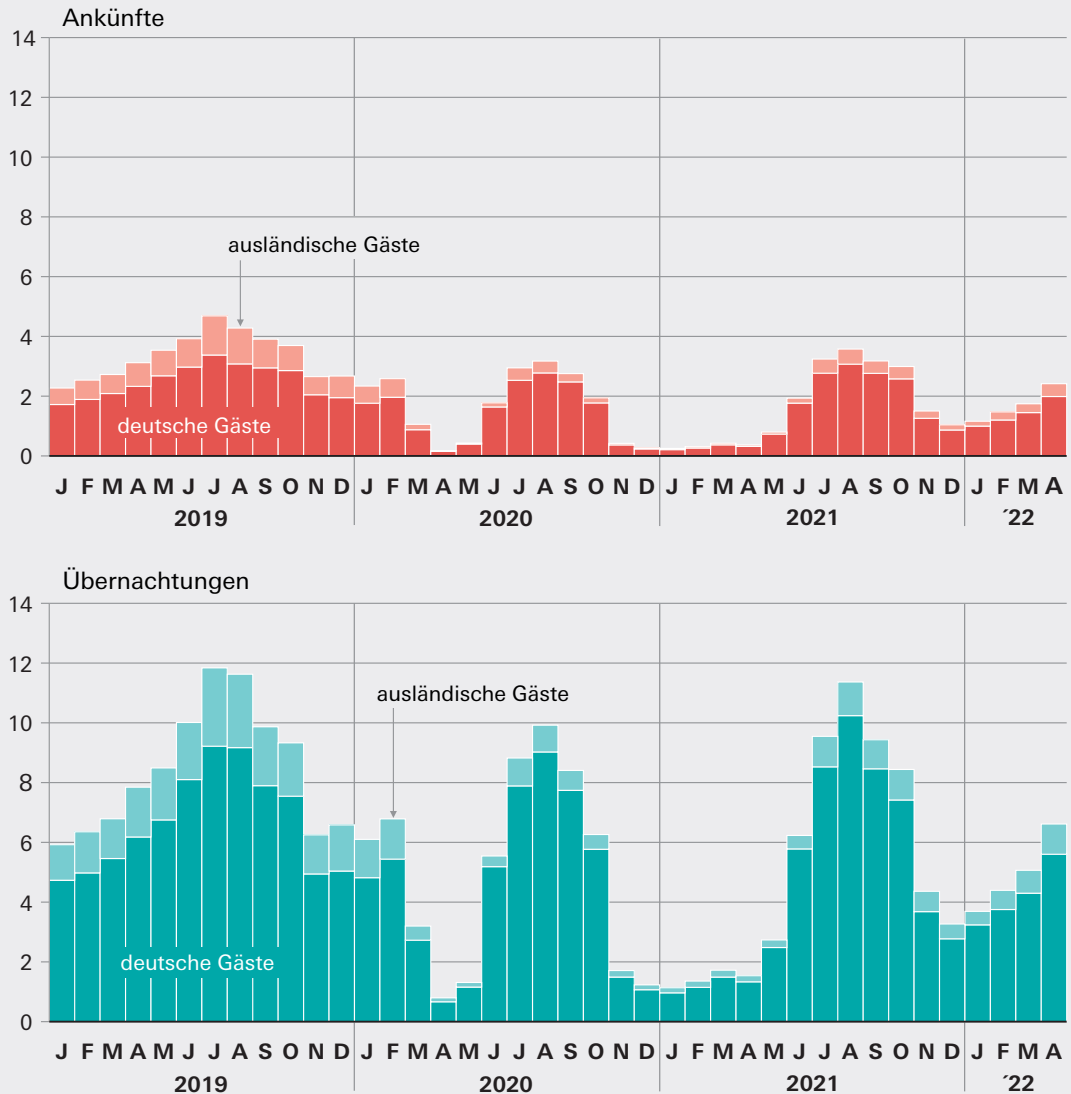
G Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aufwärtstrend für Bayerns Tourismus setzt sich fort: 2,4 Millionen Gästeankünfte und 6,6 Millionen Übernachtungen im April Positive Entwicklung zeigt sich in allen Regierungsbezirken und Betriebsarten

Das Bayerische Landesamt für Statistik meldet für April 2022 weiterhin steigende Zahlen zur Monatserhebung im Tourismus. Die 11 207

geöffneten Beherbergungsbetriebe¹ Bayerns verzeichnen gut 2,4 Millionen Gästeankünfte und rund 6,6 Millionen Übernachtungen. Von Januar

Gästeankünfte und -übernachtungen in Bayern von Januar 2019 bis April 2022 in Millionen



bis April 2022 zählen sie bislang knapp 6,8 Millionen Gästeankünfte und rund 19,8 Millionen Übernachtungen. Die Vergleichszahlen aus dem Vorjahr liegen aufgrund des zweiten Corona-Lockdowns deutlich niedriger. Die positive Entwicklung zeigt sich flächendeckend in allen Regierungsbezirken und bei allen Betriebsarten.

Im April 2022 meldet das Bayerische Landesamt für Statistik eine weiter steigende Nachfrage bei den 11 207 geöffneten Beherbergungsbetrieben

Bayerns. „Gut 2,4 Millionen Gäste übernachteten rund 6,6 Millionen Mal in einem bayerischen Beherbergungsbetrieb, zeigen die Zahlen“, so das Fachteam im Bayerischen Landesamt für Statistik. Im Zeitraum von Januar bis April 2022 werden knapp 6,8 Millionen Gästeankünfte (davon 82,9 Prozent aus dem Inland, 17,1 Prozent aus dem Ausland) und nahezu 19,8 Millionen Übernachtungen verzeichnet. Diese Werte sind bedeutend höher als im Vorjahreszeitraum, der noch vom zweiten Corona-Lockdown geprägt war.²

Sowohl für April 2022, als auch für den Zeitraum von Januar bis April 2022, weisen durchweg alle Regierungsbezirke hohe positive Veränderungs-raten auf. Oberbayern zählt im April 2022 mit rund 1,1 Millionen sowohl die meisten Gästeankünfte als auch mit rund 2,8 Millionen die höchste Anzahl an Übernachtungen. Die Landeshauptstadt München trägt hierzu einen enormen Anteil bei: Im April 2022 übernachteten knapp 500 000 Gäste fast 1,2 Millionen Mal in einem Münchener Beherbergungsbetrieb. Die Millionengrenze ebenfalls überschritten haben im April die Übernachtungszahlen in Schwaben (400 000 Gästeankünfte, 1,2 Millionen Übernachtungen).

Unter den Betriebsarten erreichen im April 2022 die Hotels mit rund 1,3 Millionen Gästeankünften einen Anteil von 52,0 Prozent am gesamtem Gästeaufkommen (Übernachtungen: nahezu

2,9 Millionen mit einem Anteil von 43,7 Prozent). Die Vorsorge- und Reha-Kliniken verbuchen mit +28,1 Prozent bei den Ankünften und +10,5 Prozent bei den Übernachtungen die geringste Steigerung im Vergleich zu April 2021.

- 1 Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffneter Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.
- 2 Aufgrund der im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bestehenden, unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen dem aktuellen Zeitraum und dem durch den zweiten Corona-Lockdown geprägten Zeitraum des Vorjahres sind Vergleiche in Form von Veränderungs-raten schwierig. Veränderungs-raten, die größer +300,0 Prozent, oder kleiner als -300,0 Prozent sind, werden in den Veröffentlichungen nicht ausgewiesen.

Hinweise:
 Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im April 2022“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/tourismus

Bayerns Tourismus im April und von Januar bis April 2022								
Vorläufige Ergebnisse								
Betriebsart — Herkunft — Gebiet	April				Januar bis April			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in % ¹	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in % ¹	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in % ¹	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in % ¹
Hotels	1 256 664	.	2 888 081	.	3 691 682	.	8 692 971	.
Hotels garnis	425 700	.	1 002 918	.	1 190 553	.	2 941 961	233,1
Gasthöfe	204 911	.	443 487	227,7	588 676	226,8	1 324 164	165,3
Pensionen	82 481	.	260 002	252,8	248 291	.	859 545	212,9
Hotellerie zusammen	1 969 756	.	4 594 488	.	5 719 202	.	13 818 641	.
Jugendherbergen und Hütten	49 255	.	135 153	.	112 549	.	308 543	.
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	84 179	.	272 672	.	218 841	.	752 536	.
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	135 198	.	613 773	.	375 488	.	2 051 731	.
Campingplätze	151 728	.	459 685	.	260 155	.	801 978	.
Vorsorge- und Reha-Kliniken	27 140	28,1	538 810	10,5	103 148	29,3	2 029 665	11,6
Insgesamt	2 417 256	.	6 614 581	.	6 789 383	.	19 763 094	243,9
davon aus dem Inland	1 988 476	.	5 601 622	.	5 629 109	.	16 881 599	242,2
Ausland	428 780	.	1 012 959	.	1 160 274	.	2 881 495	254,7
davon Oberbayern	1 057 468	.	2 751 380	.	3 002 930	.	8 243 969	238,4
darunter München	496 131	.	1 178 871	.	1 277 475	.	3 144 188	234,2
Niederbayern	222 211	.	825 912	.	661 855	.	2 568 616	279,6
Oberpfalz	137 763	.	377 166	.	378 795	294,0	1 047 288	209,8
Oberfranken	146 340	.	387 655	253,7	380 942	.	1 057 780	162,8
Mittelfranken	268 355	.	605 141	.	683 734	.	1 545 930	210,7
darunter Nürnberg	116 786	.	221 518	.	306 214	.	582 889	275,9
Unterfranken	187 789	.	516 595	209,2	507 208	284,9	1 460 197	134,9
Schwaben	397 330	.	1 150 732	.	1 173 919	.	3 839 314	.

¹ Aufgrund der im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie weiterhin bestehenden, gänzliche unterschiedlichen Voraussetzungen zwischen dem aktuellen Monat/Zeitraum und dem durch den zweiten Corona-Lockdown geprägten April/Zeitraum des Vorjahres sind Vergleiche in Form von Veränderungs-raten schwierig. Veränderungs-raten, die größer +300 Prozent oder kleiner als -300 Prozent sind, werden in den Veröffentlichungen nicht ausgewiesen.

Importe und Exporte von Bayerns Wirtschaft mit der Russischen Föderation und der Ukraine von Januar bis April 2022

Bayern – Russische Föderation: Exportierte Waren im Wert von 656 Millionen Euro stehen Importen mit einem Warenwert von 3,7 Milliarden Euro entgegen – Maschinen, Erdöl und Erdgas mit wertmäßig höchster Relevanz

Bayern – Ukraine: Exportierte Waren im Wert von 133 Millionen Euro stehen Importen mit einem Warenwert von fast 193 Millionen Euro entgegen. Wichtige Exportgüter sind Personenkraftwagen, Pharmazeutische Erzeugnisse und Maschinen, importiert werden Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Ölfrüchte, Bekleidung und Möbel

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach den vorläufigen Ergebnissen der Außenhandelsstatistik berichtet, exportiert die bayerische Wirtschaft in den ersten vier Monaten 2022 Waren im Wert von 656 Millionen Euro in die Russische Föderation. Das sind um 38,4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Zeitgleich importiert sie Waren im Wert von 3,7 Milliarden Euro, das sind 84,5 Prozent mehr. Die Russische Föderation nimmt damit Rang 21 unter den Exportländern Bayerns ein und Rang 7 unter den Importländern. Die wertmäßig bedeutendsten, in die Russische Föderation ausgeführten Waren sind „Maschinen“. Wichtigste importierte Güter sind „Erdöl und Erdgas“: Sie allein machen 93,1 Prozent des Importwerts aus. Wertmäßig knapp die Hälfte und gewichtsmäßig über die Hälfte des nach Bayern importierten „Erdöl und Erdgas“ kommt aus der Russischen Föderation.

Nach vorläufigen Ergebnissen des Fachteams im Bayerischen Landesamts für Statistik sinken die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft in die Russische Föderation von Januar bis April 2022 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 38,4 Prozent auf 656 Millionen Euro. Die Einfuhren wachsen unterdessen um 84,5 Prozent auf gut 3,7 Milliarden Euro. Ursächlich für diese Zunahme ist der Anstieg des Importwerts von „Erdöl und Erdgas“ um 88,9 Prozent auf 3,5 Milliarden Euro. Die Importmenge von „Erdöl und Erdgas“ ging zeitgleich um 24,6 Prozent auf 6,6 Millionen Tonnen zurück. Infolge des gestiegenen Importwerts stieg die Russische Föderation auf Rang 7 der Importländer Bayerns. Zum Jahresende 2021 war sie auf Rang 10 gelegen.

Die Russische Föderation ist mit einem Anteil von 49,7 Prozent am Importwert und 56,9 Prozent

an der Importmenge in den ersten vier Monaten 2022 der wichtigste Lieferant für „Erdöl und Erdgas“ nach Bayern. Mit einem Anteil von 21,0 Prozent am Importwert und von 18,7 Prozent an der Importmenge folgt Kasachstan. An dritter Stelle steht Libyen mit einem Anteil von 10,5 Prozent am Importwert und einem Anteil von 9,1 Prozent an der Importmenge.

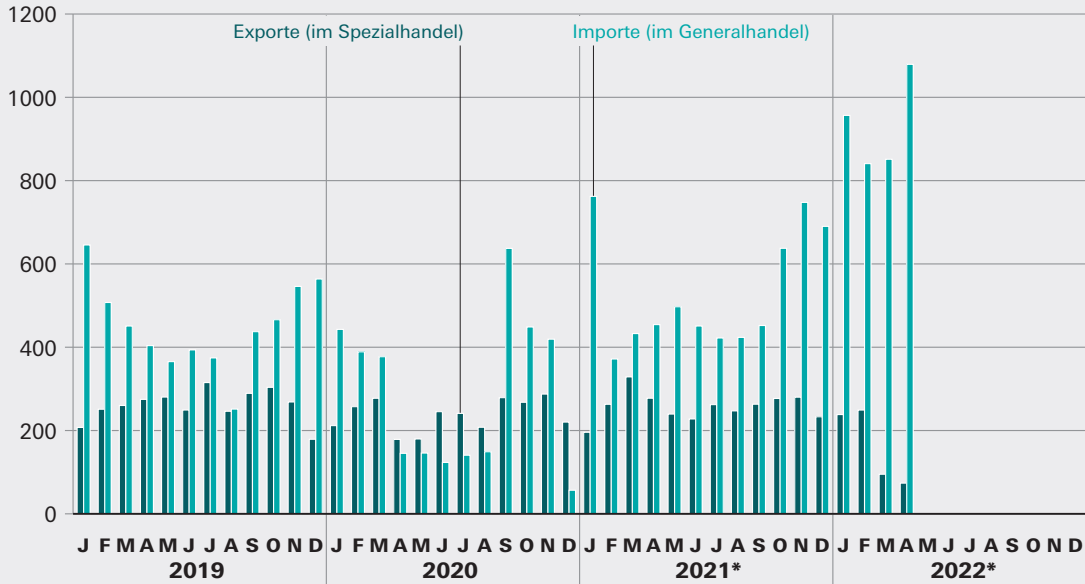
Die wertmäßig wichtigsten Exportgüter Bayerns in die Russische Föderation sind „Maschinen“, „Personenkraftwagen und Wohnmobile“, „pharmazeutische Erzeugnisse“ sowie „Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“. Gegenüber dem Jahresende 2021 fiel die Russische Föderation von Rang 17 auf Rang 21 der Exportländer der bayerischen Wirtschaft.

Exporte in die Ukraine gehen zurück, Importe aus der Ukraine steigen

Die bayerischen Exporte in die Ukraine nehmen in den ersten vier Monaten 2022 um 34,6 Prozent auf 133 Millionen Euro ab, während die Importe aus der Ukraine um 25,9 Prozent auf knapp 193 Millionen Euro steigen.

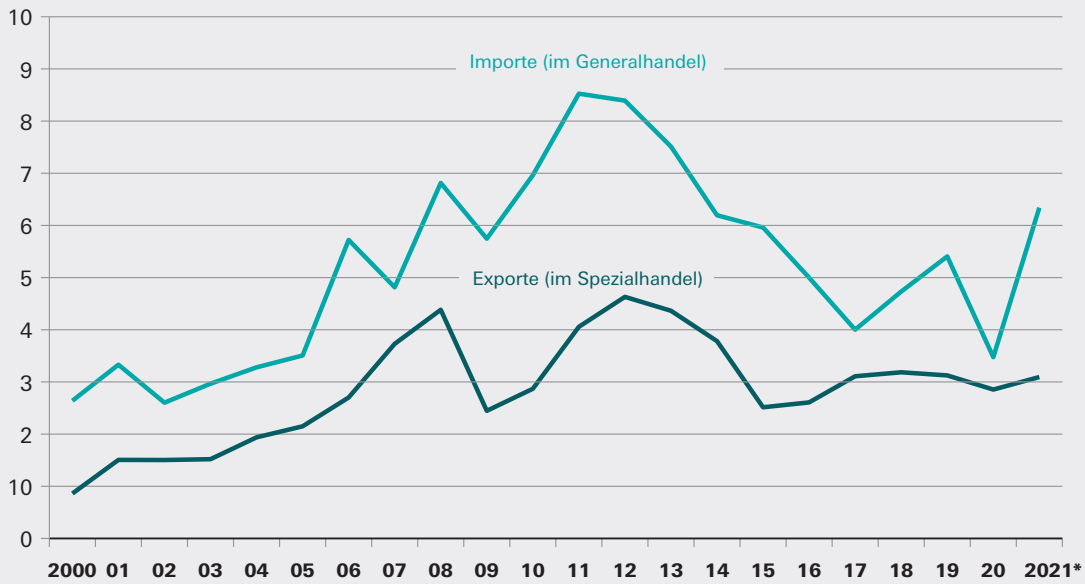
Wichtigste Exportgüter in die Ukraine sind „Maschinen“ mit einem Anteil von 24,3 Prozent, darunter machen die „landwirtschaftlichen Maschinen (einschl. Ackerschlepper)“ mit einem Anteil an den gesamten Exporten von 16,5 Prozent den Löwenanteil aus. Es folgen „Personenkraftwagen und Wohnmobile“ mit einem Anteil von 11,0 Prozent und „pharmazeutische Erzeugnisse“ mit einem Anteil von 9,3 Prozent. Wichtigste Importgüter aus der Ukraine sind „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ mit einem Anteil von 33,4 Prozent, „Ölfrüchte“ mit einem Anteil

Der Außenhandel der bayerischen Wirtschaft mit der Russischen Föderation seit dem Jahr 2019 nach Monaten
in Millionen Euro



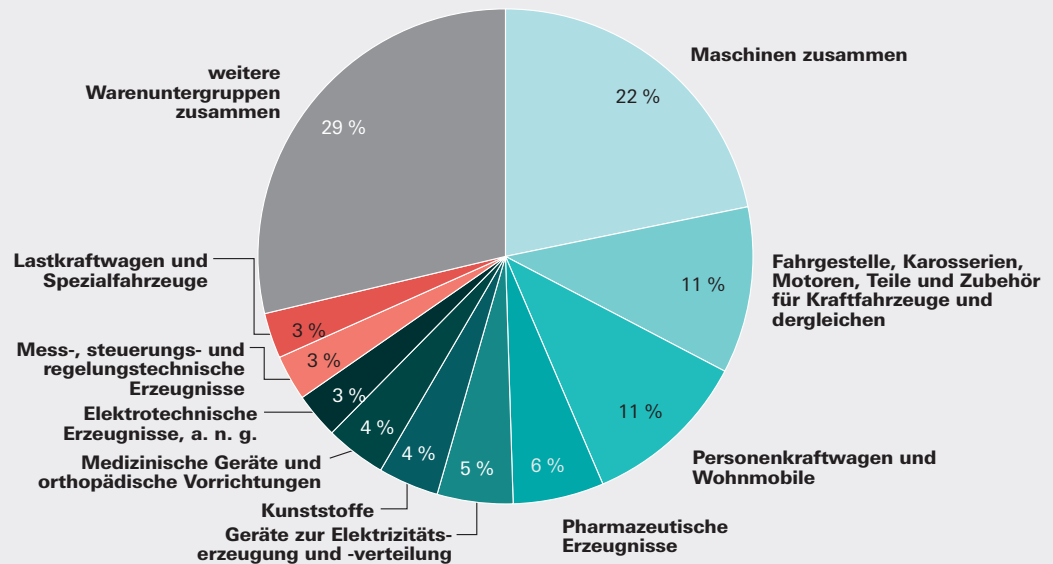
* 2021 und 2022: Vorläufige Ergebnisse zum Stand Berichtsmonat April 2022.

Der Außenhandel der bayerischen Wirtschaft mit der Russischen Föderation seit dem Jahr 2000
in Milliarden Euro

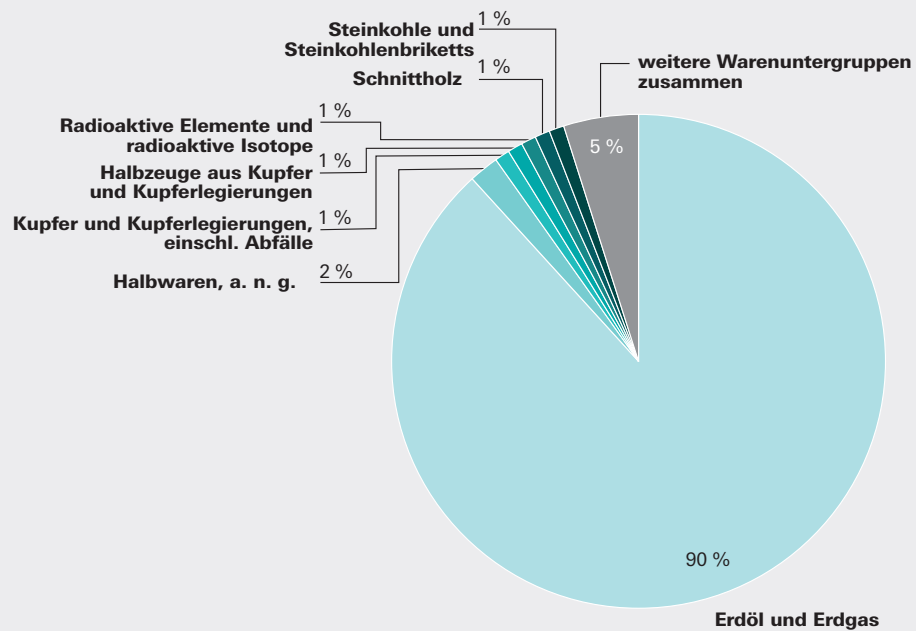


* 2021: Vorläufige Ergebnisse zum Stand Berichtsmonat April 2022.

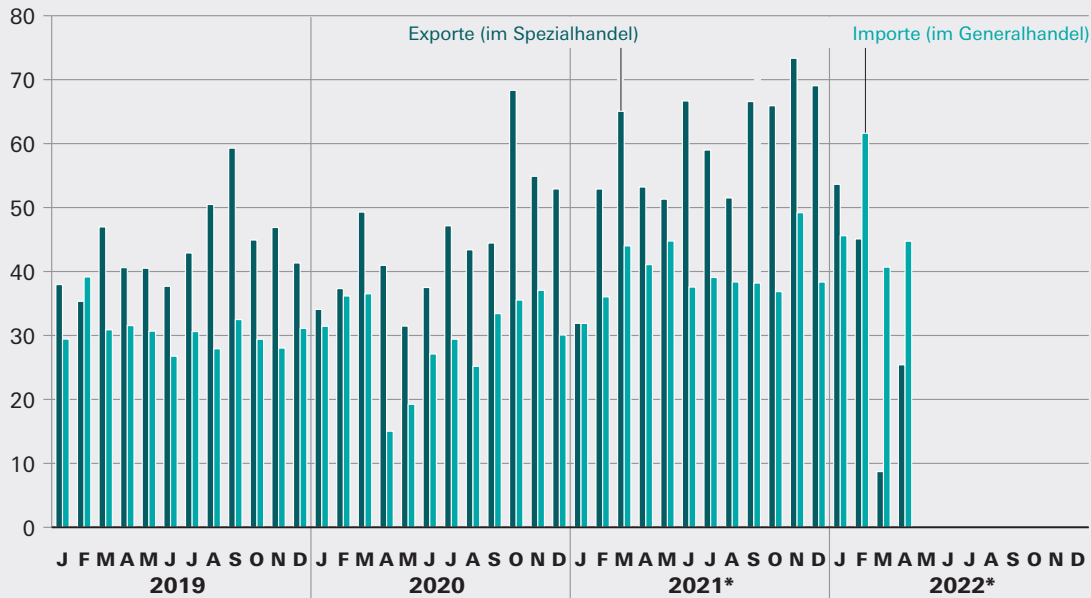
Die Exporte der bayerischen Wirtschaft in die Russische Föderation im Jahr 2021 nach Warenuntergruppen in Prozent



Die Importe der bayerischen Wirtschaft aus der Russischen Föderation im Jahr 2021 nach Warenuntergruppen in Prozent

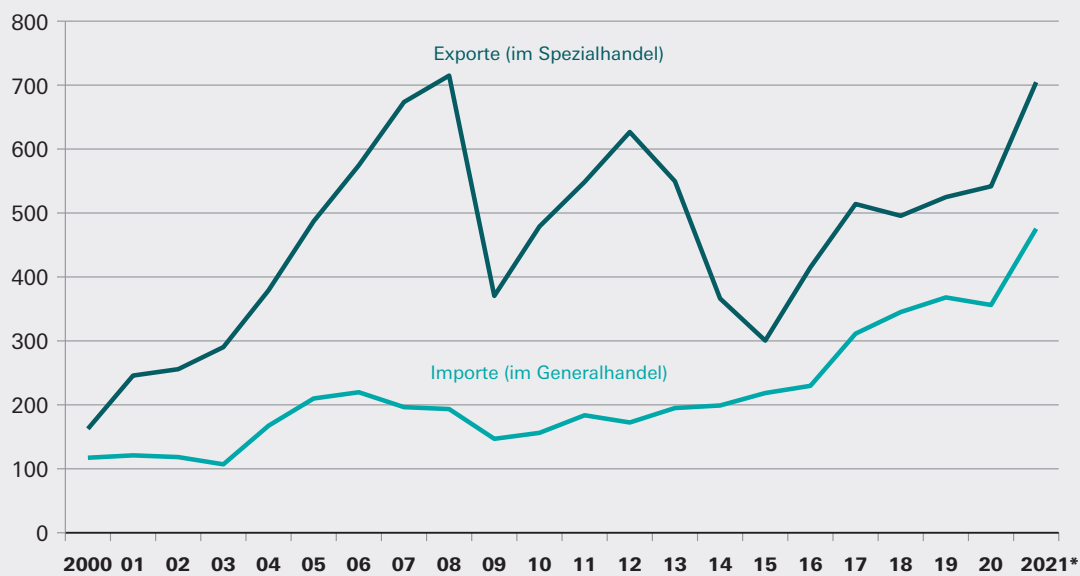


Der Außenhandel der bayerischen Wirtschaft mit der Ukraine seit dem Jahr 2019 nach Monaten
in Millionen Euro



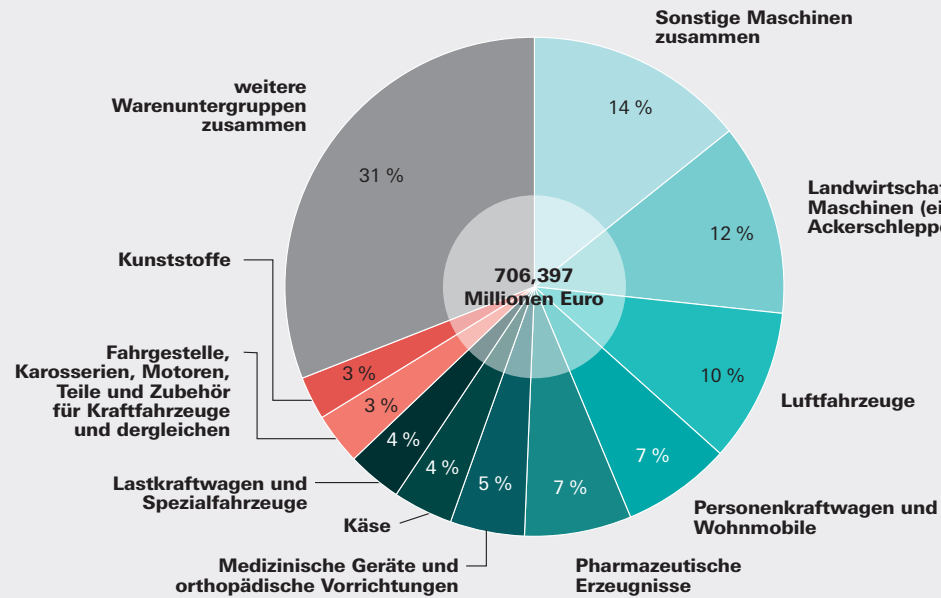
* 2021 und 2022: Vorläufige Ergebnisse zum Stand Berichtsmonat April 2022.

Der Außenhandel der bayerischen Wirtschaft mit der Ukraine seit dem Jahr 2000
in Millionen Euro



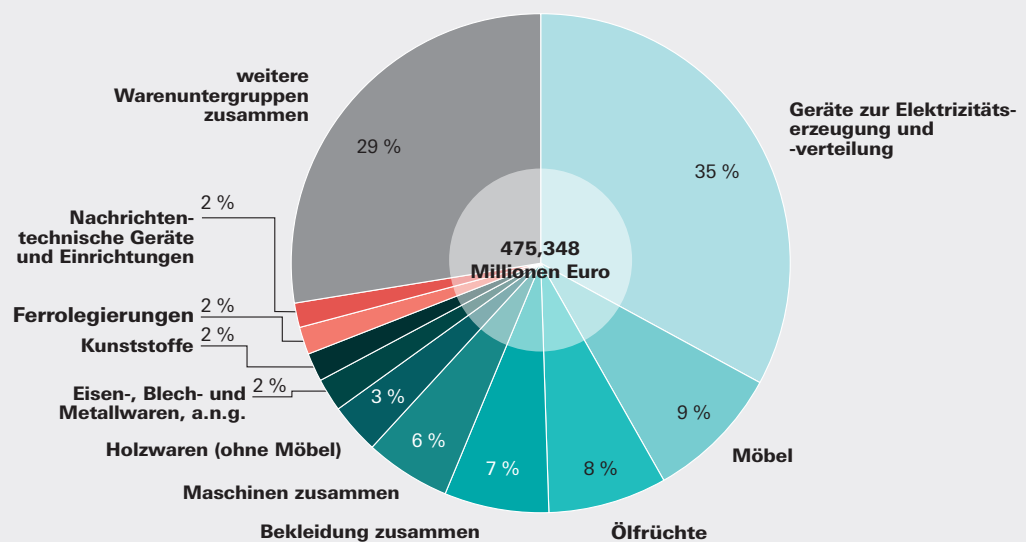
* 2021 und 2022: Vorläufige Ergebnisse zum Stand Berichtsmonat April 2022.

Die Exporte der bayerischen Wirtschaft in die Ukraine im Jahr 2021 nach Warenuntergruppen* in Prozent



* Vorläufige Ergebnisse zum Stand Berichtsmonat April 2022.

Die Importe der bayerischen Wirtschaft aus der Ukraine im Jahr 2021 nach Warenuntergruppen* in Prozent



* Vorläufige Ergebnisse zum Stand Berichtsmonat April 2022.

von 14,6 Prozent, „Bekleidung“ mit einem Anteil von 8,7 Prozent und „Möbel“ mit einem Anteil von 5,3 Prozent. Die Ukraine liegt in den ersten vier Monaten 2022 auf Rang 48 der Exportländer Bayerns und Rang 46 der Importländer. Zum Jahresende 2021 stand sie auf Rang 38 der Exportländer und Rang 48 der Importländer.

Hinweise:
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Weitere Informationen zum Außenhandel Bayerns sind aus der Genesis-Online Datenbank abrufbar unter: www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online/login

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im April 2022“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel

Nominale Umsatzsteigerung von 6,0 Prozent im bayerischen Einzelhandel im Mai 2022 – realer Umsatz sinkt um 1,7 Prozent

Umsatz und Zahl der Beschäftigten im „Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten“ deutlich höher als im Vorjahresmonat

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach den ersten, vorläufigen Ergebnissen der „Monatsstatistik im Einzelhandel“ mitteilt, steigt der Umsatz im bayerischen Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Mai 2022 im Vergleich zum Vorjahresmonat nominal um 6,0 Prozent, sinkt jedoch preisbereinigt um 1,7 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nimmt um 0,8 Prozent zu. In den ersten fünf Monaten 2022 wächst der nominale Umsatz des Einzelhandels in Bayern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 6,7 Prozent. Preisbereinigt erhöht sich der Umsatz unterdessen um 0,9 Prozent. Die Beschäftigtenzahl wächst um 1,0 Prozent verglichen zum Vorjahreszeitraum Januar bis Mai 2021.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, erhöht sich der Umsatz im „Einzelhandel in Verkaufsräumen“ im Mai 2022 verglichen zum Vorjahresmonat nominal um 11,8 Prozent und real um 3,8 Prozent. Einen besonders hohen Umsatzzuwachs, sowohl nominal als auch real, verzeichnet der „Einzelhandel an Verkaufsständen und auf Märkten“. Der Umsatz steigt dort nominal um 32,1 Prozent und preisbereinigt um 24,6 Prozent. Auch die Zahl der Beschäftigten erhöht sich im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich um fast zehn Prozent. Im „Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen und auf Märkten“ nimmt die Zahl der Beschäftigten ebenfalls deutlich um 6,4 Prozent zum Vorjahresmonat zu, der Umsatz sinkt jedoch nominal um 5,6 Prozent und preisbereinigt um rund zwölf Prozent.

Im „Einzelhandel mit Lebensmitteln“ steigt der Umsatz im Mai 2022 im Vergleich zum Mai 2021

nominal um 0,9 Prozent, während der preisbereinigte Umsatz um 7,7 Prozent zurückgeht. Im „Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln“ erhöht sich der nominale Umsatz um 8,2 Prozent, der reale Umsatz liegt 0,8 Prozent über dem Vorjahresmonat.

Der „Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)“ verzeichnet im Mai 2022 ein nominales Umsatzwachstum von 17,0 Prozent zum Vorjahresmonat. Preisbereinigt liegt der Umsatz jedoch 11,0 Prozent unter dem Umsatz des Mai 2021. Ein nominaler Umsatzzuwachs bei realer Umsatzminderung verglichen zum Vorjahresmonat tritt auch im bayerischen „Einzelhandel mit Waren verschiedener Art“ und im „Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren“ (jeweils in Verkaufsräumen) auf. Auch im „Lebensmittel-Einzelhandel“ ist diese Entwicklung ersichtlich sowie im bayerischen Einzelhandel insgesamt.

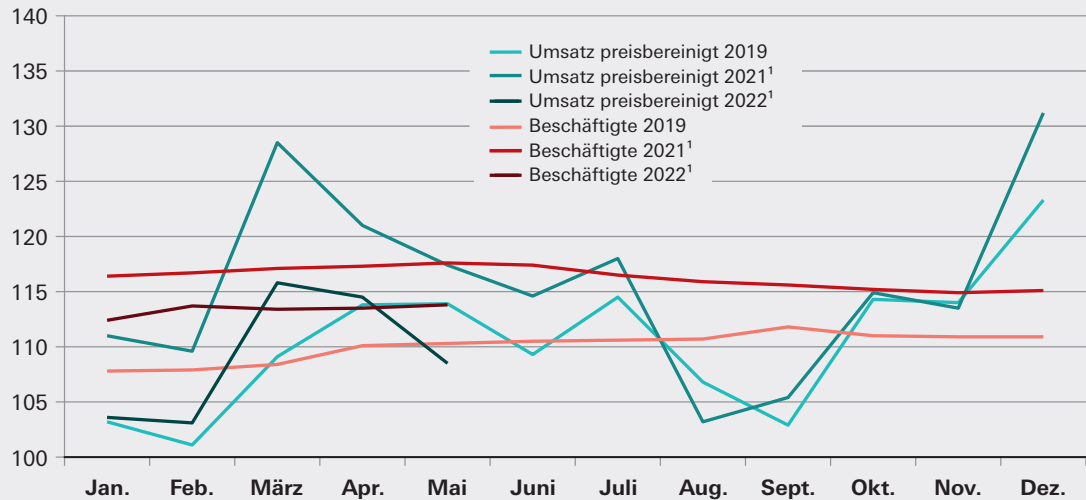
In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 nimmt der nominale Umsatz im bayerischen Einzelhandel verglichen mit dem Vorjahreszeitraum nominal um 6,7 Prozent und real um 0,9 Prozent zu. Die Beschäftigtenzahl wächst um 1,0 Prozent.

Hinweise:
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Die hier ausgewiesenen Ergebnisse werden anhand verspätet eingehender Mitteilungen von befragten Unternehmen in den nachfolgenden Monaten laufend aktualisiert.

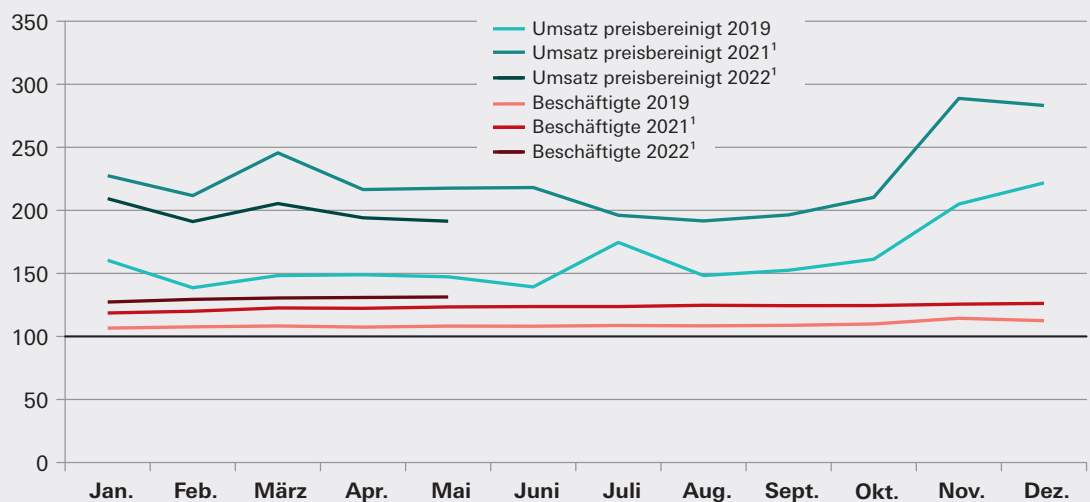
Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Mai 2022“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/handel

Messzahlen zum preisbereinigten Umsatz und zur Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit Lebensmitteln in Bayern 2019 sowie seit 2021 nach Monaten 2015 \triangleq 100



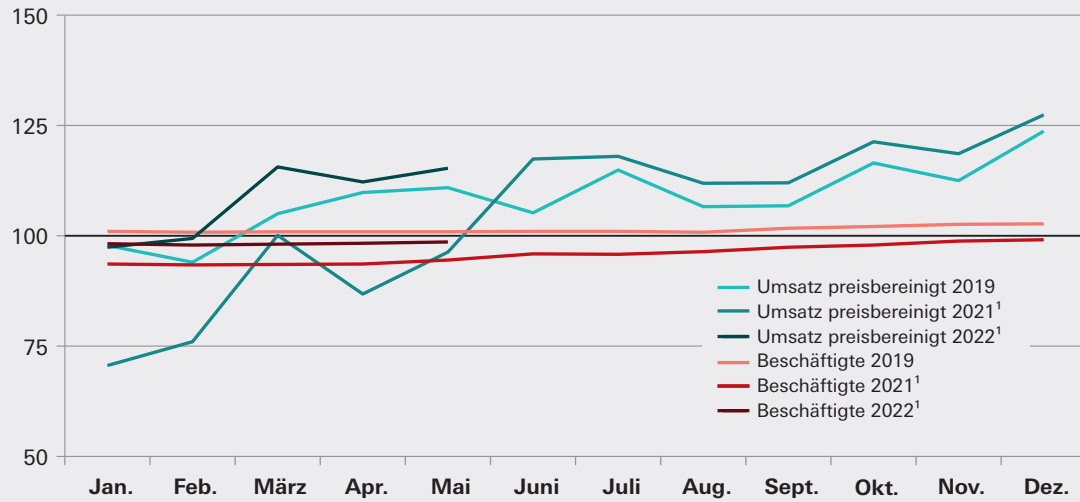
¹ Vorläufige Ergebnisse.

Messzahlen zum preisbereinigten Umsatz und zur Beschäftigtenzahl im Einzelhandel, nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen und auf Märkten in Bayern 2019 sowie seit 2021 nach Monaten 2015 \triangleq 100



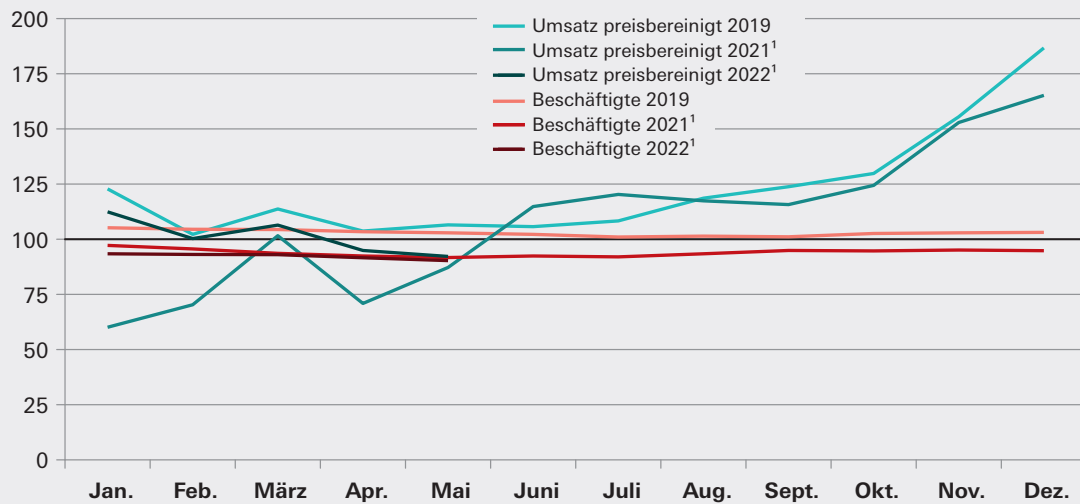
¹ Vorläufige Ergebnisse.

Messzahlen zum preisbereinigten Umsatz und zur Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen) in Bayern 2019 sowie seit 2021 nach Monaten 2015 \triangleq 100



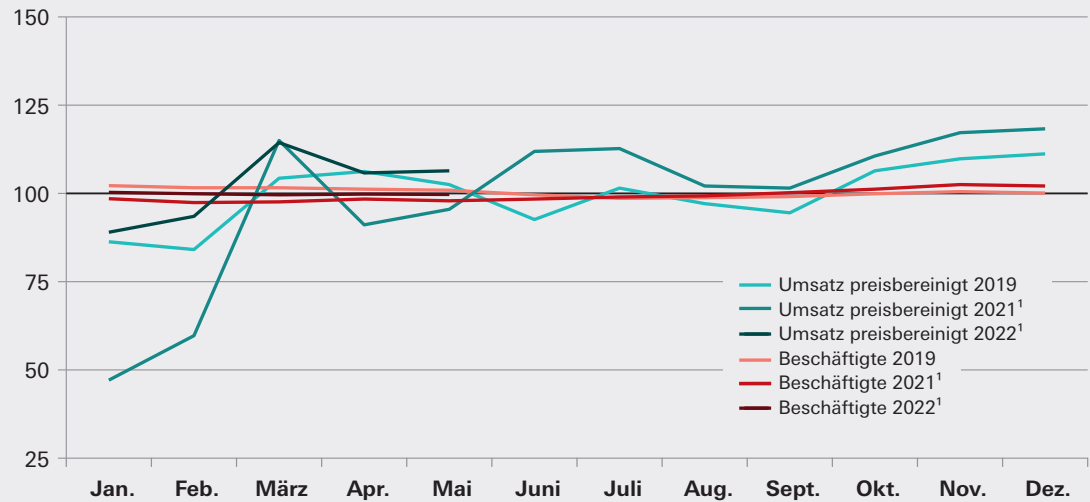
¹ Vorläufige Ergebnisse.

Messzahlen zum preisbereinigten Umsatz und zur Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik (in Verkaufsräumen) in Bayern 2019 sowie seit 2021 nach Monaten 2015 \triangleq 100



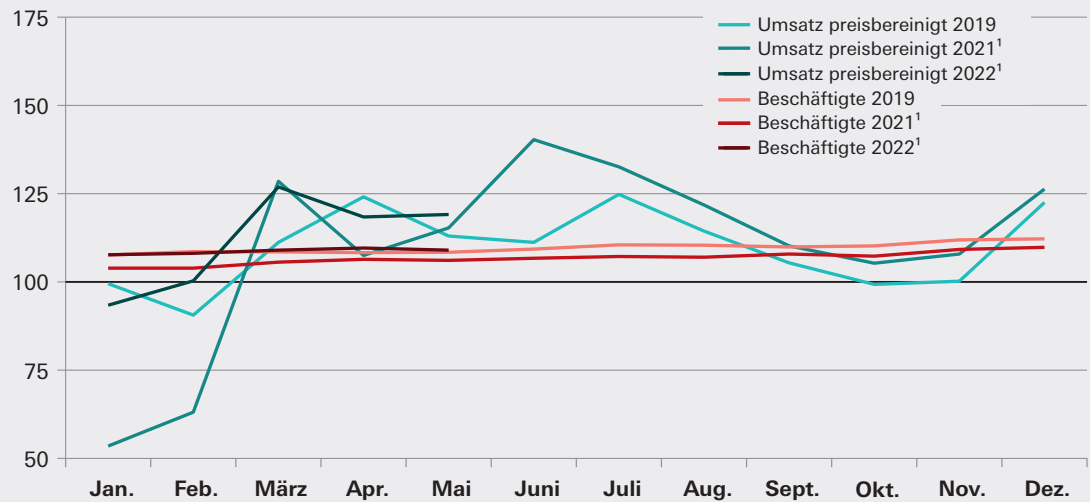
¹ Vorläufige Ergebnisse.

Messzahlen zum preisbereinigten Umsatz und zur Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf (in Verkaufsräumen) in Bayern 2019 sowie seit 2021 nach Monaten
2015 = 100



1 Vorläufige Ergebnisse.

Messzahlen zum preisbereinigten Umsatz und zur Beschäftigtenzahl im Einzelhandel mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren (in Verkaufsräumen) in Bayern 2019 sowie seit 2021 nach Monaten
2015 = 100



1 Vorläufige Ergebnisse.

Umsatz und Beschäftigte des Einzelhandels in Bayern im Mai und im Jahr 2022			
Vorläufige Ergebnisse			
Wirtschaftszweig	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real ¹	
Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in %			
Mai 2022 gegenüber Mai 2021			
Einzelhandel mit Lebensmitteln	0,9	- 7,7	- 3,2
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschließlich Tankstellen)	8,2	0,8	3,4
Einzelhandel insgesamt².....	6,0	- 1,7	0,8
davon in Verkaufsräumen	11,8	3,8	0,2
mit Waren verschiedener Art	2,5	- 6,2	- 3,8
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	2,7	- 4,6	3,4
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	17,0	- 11,0	- 1,1
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	11,2	5,8	- 1,5
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	20,4	11,4	1,8
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	9,0	2,9	2,8
mit sonstigen Gütern	24,1	19,7	4,4
an Verkaufsständen und auf Märkten	32,1	24,6	9,9
nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen und auf Märkten	- 5,6	- 11,9	6,4
Mai 2022 gegenüber April 2022			
Einzelhandel mit Lebensmitteln	- 3,2	x	0,3
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschließlich Tankstellen)	1,3	x	0,1
Einzelhandel insgesamt².....	- 0,1	x	0,2
davon in Verkaufsräumen	0,0	x	0,1
mit Waren verschiedener Art	- 3,6	x	0,2
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	1,8	x	0,4
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	3,6	x	- 0,7
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	- 2,1	x	- 1,4
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	2,2	x	- 0,1
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	1,6	x	- 0,5
mit sonstigen Gütern	3,4	x	0,3
an Verkaufsständen und auf Märkten	39,1	x	16,7
nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen und auf Märkten		x	0,3
Januar bis Mai 2022 gegenüber Januar bis Mai 2021			
Einzelhandel mit Lebensmitteln	- 1,6	- 7,3	- 3,1
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln (einschließlich Tankstellen)	10,5	4,5	3,8
Einzelhandel insgesamt².....	6,7	0,9	1,0
davon in Verkaufsräumen	14,0	8,3	0,5
mit Waren verschiedener Art	0,3	- 5,3	- 3,6
mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	0,6	- 4,3	2,5
mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	19,9	- 5,8	0,6
mit Geräten der Informations- und Kommunikationstechnik	35,2	29,8	- 1,9
mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf	32,0	24,5	2,0
mit Verlagsprodukten, Sportausrüstungen und Spielwaren	24,2	19,2	3,4
mit sonstigen Gütern	28,7	25,6	4,8
an Verkaufsständen und auf Märkten	6,6	1,0	- 0,1
nicht in Verkaufsräumen, an Verkaufsständen und auf Märkten	- 6,4	- 11,3	7,0

1 In Preisen des Jahres 2015.
2 Ohne Handel mit Kraftfahrzeugen.

J Dienstleistungen, Geld und Kredit

Umsatz bei Dienstleistern in Bayern steigt um 13,5 Prozent im ersten Quartal 2022

Zahl der Beschäftigten nimmt von Januar bis März gegenüber Vorjahresquartal um 2,8 Prozent zu; „Verkehr und Lagerei“ erzielt im selben Zeitraum sogar ein Umsatzwachstum deutlich über den Werten der Vergleichszeiträume 2019 bis 2021

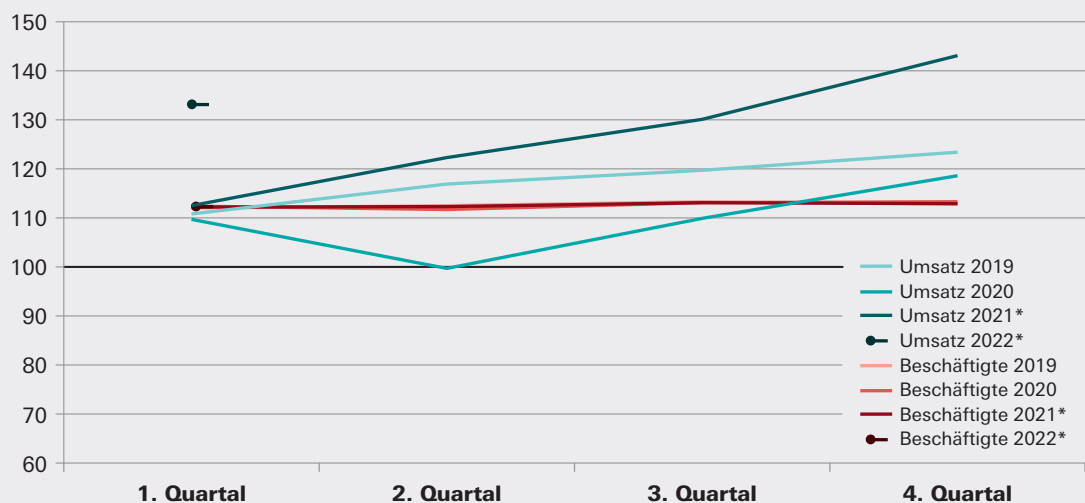
Die vorläufigen Ergebnisse des Bayerischen Landesamts für Statistik zur konjunkturstatistischen Erhebung im Dienstleistungsbereich zeigen: Der Umsatz im Dienstleistungsbereich¹ des Freistaats wächst im ersten Quartal 2022 gegenüber dem ersten Quartal 2021 um 13,5 Prozent. Der Vergleich zum vierten Quartal 2021 zeigt eine Schrumpfung von 15,2 Prozent². Die Zahl der Beschäftigten steigt gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,8 Prozent, gegenüber dem Vorquartal sind es 0,3 Prozent.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik nach vorläufigen Ergebnissen der konjunkturstatistischen Erhebung im Dienstleistungsbereich weiter berichtet, verzeichnen alle vier ausgewiesenen Wirtschaftsabschnitte des Dienstleistungsbereichs in den ersten drei Monaten 2022 Umsatzsteigerungen gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Zahl der Beschäftigten geht im Wirtschaftsabschnitt H „Verkehr und Lagerei“ zurück.

Mit seinem Zuwachs von rund 18 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal liegt der Umsatz im Wirtschaftsabschnitt H „Verkehr und Lagerei“ im ersten Quartal 2022 deutlich über dem Umsatz der Vergleichszeiträume der Jahre 2019 bis 2021. Ebenso nimmt der Umsatz in den Wirtschaftsabschnitten J „Information und Kommunikation“ und M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ jeweils stark zu. Trotz des hohen Anstiegs um über 28 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal wird im Wirtschaftsabschnitt N „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ der Umsatz aus dem ersten Quartal 2019 noch nicht erreicht.

Im Wirtschaftsabschnitt H „Verkehr und Lagerei“ verändert sich die Zahl der Beschäftigten im ersten Quartal 2022 gegenüber den Vergleichszeiträumen 2019 bis 2021 nur unwesentlich. Anders im Wirtschaftsabschnitt J „Information und Kommunikation“, hier nimmt die Zahl der Beschäftigten

Umsatz und Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts „H – Verkehr und Lagerei“ in Bayern seit 2019
2015 = 100

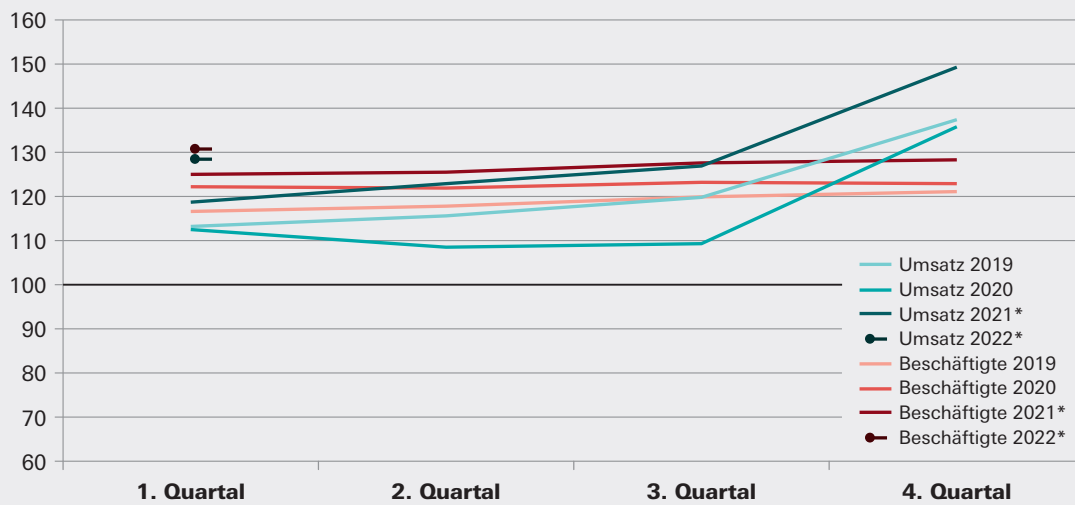


* 2021 und 2022: vorläufiges Ergebnis.

deutlich zu. Ebenso liegt die Zahl der Beschäftigten im Wirtschaftsabschnitt M „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ über dem Stand früherer

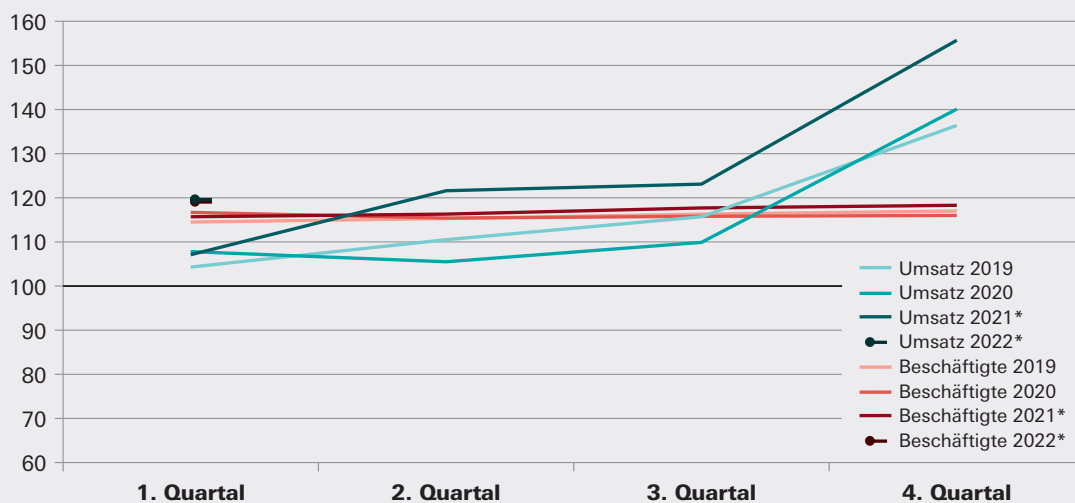
Vergleichszeiträume. Im Wirtschaftsabschnitt N „Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ wird die Beschäftigtenzahl aus dem ersten Quartal 2019 noch nicht wieder erreicht.

Umsatz und Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts „J – Information und Kommunikation“ in Bayern seit 2019
2015 $\hat{=}$ 100



* 2021 und 2022: vorläufiges Ergebnis.

Umsatz und Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts „M – Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ in Bayern seit 2019
2015 $\hat{=}$ 100



* 2021 und 2022: vorläufiges Ergebnis.

- 1 Einrichtungen zur Ausübung einer freiberuflichen Tätigkeit und Unternehmen in den Abschnitten H, J, M (ohne Abteilungen 72, 75 und Gruppe 70.1) und N (ohne Abteilung 77 und Gruppen 81.1 und 81.3) der NACE Rev. 2 bzw. WZ 2008.
- 2 Im vierten Quartal werden aufgrund der Jahresabschlüsse vermehrt Umsätze des entsprechenden Jahres verbucht.

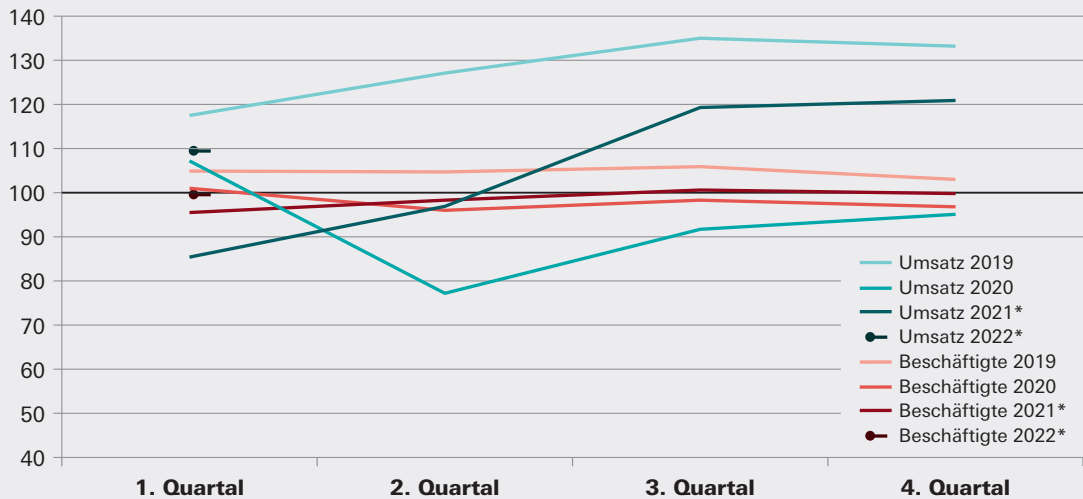
Hinweise:
Die Erhebung wird im Mixmodell durchgeführt. Primär befragt werden in einer Repräsentativerhebung Erhebungseinheiten,

die Einnahmen aus selbstständiger Tätigkeit beziehungsweise Umsätze in Höhe von mindestens 15 Millionen Euro im Jahr erzielt haben und/oder mindestens 250 Beschäftigte (tätige Personen) haben. Für alle anderen Unternehmen werden Verwaltungsdaten der Oberfinanzdirektionen und der Bundesagentur für Arbeit verwendet.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Weitere Ergebnisse und Informationen zu den Statistiken im Dienstleistungsbereich sind kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/wirtschaft_handel/dienstleistungen

Umsatz und Beschäftigte des Wirtschaftsabschnitts „N – Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ in Bayern seit 2019
2015 = 100



* 2021 und 2022: vorläufiges Ergebnis.

Ergebnisse der Konjunkturstatistik im Dienstleistungsbereich im 1. Quartal 2022: Indizes und Veränderungsraten
Vorläufige Ergebnisse

Wirtschaftsabschnitt (WZ 2008) ¹		Beschäftigte			Umsatz		
		Index	Veränderung ² gegenüber dem		Index	Veränderung ² gegenüber dem	
			Vorquartal	Vorjahresquartal		Vorquartal	Vorjahresquartal
			in %			in %	
		2015 ³ = 100			2015 ³ = 100		
H	Verkehr und Lagerei	112,1	-0,7	-0,1	132,9	-7,1	18,1
J	Information und Kommunikation	130,8	1,9	4,6	128,5	-14,0	8,3
M	Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	119,1	0,7	2,9	119,3	-23,4	11,3
N	Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ...	99,6	-0,2	4,3	109,5	-9,5	28,2
H, J, M, N	Insgesamt	113,3	0,3	2,8	123,9	-15,2	13,5

1 Ohne Wirtschaftsabteilungen bzw. Wirtschaftsgruppen 70.1, 72, 75, 77, 81.1 und 81.3.

2 Nicht kalender- und saisonbereinigt. Berechnung der Veränderung zum Vorjahresquartal durch Verkettung der jeweiligen Veränderungsraten zum Vorquartal.

3 Vierteljahresdurchschnitt.

K Sozialleistungen

Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung in Bayern im letzten Jahr leicht rückläufig

Mehr als die Hälfte der Menschen mit Schwerbehinderung im Freistaat ist 65 Jahre alt oder älter

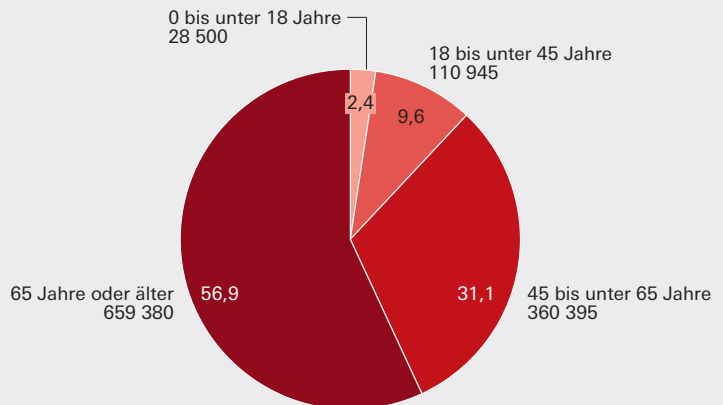
Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik leben zum Stichtag 31. Dezember 2021 in Bayern insgesamt rund 1,16 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung. Im Vergleich zur vorhergehenden Erhebung im Jahr 2019 ist die Anzahl der Menschen mit Schwerbehinderung damit leicht gesunken (31. Dezember 2019: 1,17 Mio. schwerbehinderte Menschen).

Von einer Schwerbehinderung spricht man, wenn aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ein amtlich festgestellter Grad der Behinderung von mindestens 50 vorliegt. Insgesamt 1 159 220 Menschen in Bayern leben am Jahresende 2021 mit einer anerkannten Schwerbehinderung. Mit 50,8 Prozent sind darunter etwas mehr Männer als Frauen.

Unter den näher bezeichneten Arten der schwersten Behinderung stellen Beeinträchtigungen der Funktion von inneren Organen und Organsystemen mit 264 230 Betroffenen die häufigste Oberkategorie dar. Es folgt die Oberkategorie Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und Suchtkrankheiten mit 258 415 Personen. Letztere beinhaltet unter anderem Neurosen, Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen, die mit 89 850 Personen die häufigste Untergruppe darstellt.

Knapp 57 Prozent der Menschen mit Schwerbehinderung in Bayern sind 65 Jahre alt oder älter (659 380), etwa ein Drittel sind zwischen 45 bis unter 65 Jahre alt (360 395). Minderjährige

Menschen mit Schwerbehinderung in Bayern am 31.12.2021 nach Altersgruppen in Prozent



machen mit 2,4 Prozent beziehungsweise 28 500 nur einen geringen Anteil der schwerbehinderten Menschen aus.

Zur Methodik:

Ab dem Berichtsjahr 2021 erfolgt die Veröffentlichung der Statistik der schwerbehinderten Menschen in Bayern unter Einsatz des Geheimhaltungsverfahrens der 5er-Rundung. Dabei werden die Ergebnisse auf den nächsten durch fünf teilbaren Wert auf- oder abgerundet. Die maximale Abweichung zum Originalwert beträgt somit zwei. Mit Umsetzung des Geheimhaltungsverfahrens der 5er-Rundung ist keine grundsätzliche Additivität der Daten mehr gegeben.

Hinweise:

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Schwerbehinderte Menschen in Bayern am 31. Dezember 2021“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/bildung_soziales/soziales

L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Bier fließt – Bayerns Brauereien verkaufen 2021 zum achten Mal in Folge das meiste Bier im Bundesvergleich

Letztes Jahr wurden 631 Braustätten im Freistaat betrieben und ein Bierabsatz von 23,3 Millionen Hektoliter erzielt – 2,1 Prozent mehr

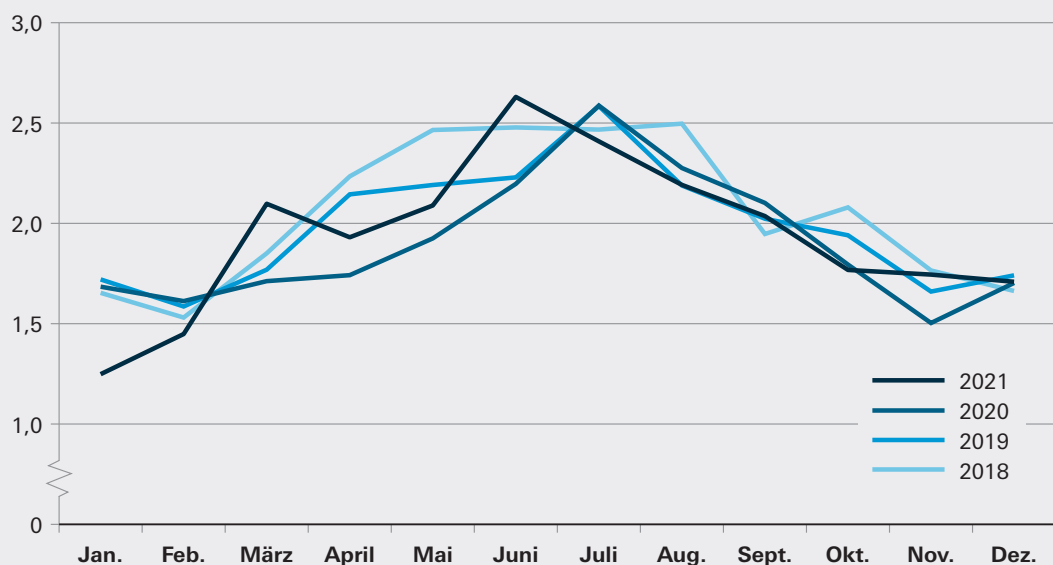
506 Jahre ist es her, dass das bayerische Reinheitsgebot zum Bierbrauen erlassen wurde. Und: Bayern ist noch heute ein Land des schmackhaften Gerstensaftes. So haben 41,7 Prozent aller im Jahr 2021 in Deutschland ansässigen Braustätten ihren Sitz im Freistaat. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik auf Grundlage der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Biersteuerstatistik weiter mitteilt, erzielten diese im Jahr 2021 mit 23,3 Millionen Hektolitern zudem den höchsten Bierabsatz unter den Bundesländern. Im Vergleich zum Vorjahr nahm der Bierabsatz der bayerischen Brauereien um 2,1 Prozent zu. Ins Ausland wurde im Vorjahresvergleich um 15,5 Prozent mehr Gerstensaft verkauft; die Exportquote belief sich im Jahr 2021 auf 24,8 Prozent.

Das Reinheitsgebot, welches der bayerische Herzog Wilhelm IV. am 23. April 1516 in Ingolstadt

verkündete und nach dem noch heute in Deutschland Bier gebraut wird, ist auch dieses Jahr wichtiges Qualitätsmerkmal für die Biere, die in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten bei den wieder stattfindenden Volks- und Bierfesten angeboten werden. Bayern ist und bleibt ein Land der Biertradition: So hatten 41,7 Prozent aller deutschen Braustätten im Jahr 2021 ihren Sitz in Bayern. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik anhand von Ergebnissen der vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Biersteuerstatistik weiter mitteilt, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 631 Braustätten im Freistaat betrieben (2020: 643).

Der Bierabsatz der bayerischen Brauereien stieg im Vergleich zum Vorjahr um 2,1 Prozent auf 23,3 Millionen Hektoliter an (2020: 22,8 Millionen Hektoliter). Im bundesweiten Vergleich erzielten die bayerischen Brauereien im Jahr 2021 mengenmäßig zum achten Mal in Folge den

Bierabsatz in Bayern von 2018 bis 2021*
in Millionen Hektolitern



* Absatz von Bier durch Braustätten in Bayern.
Datenquelle: Statistisches Bundesamt

höchsten Bierabsatz, noch vor ihren nordrhein-westfälischen Kollegen (20,3 Millionen Hektoliter in 2021). Die bayerischen Brauereien hielten ihren bundesweiten Anteil am Bierabsatz mit 27,3 Prozent auf Vorjahresniveau (2020: 26,2 Prozent). Mit 75,0 Prozent wurde der überwiegende Teil des bayerischen Bieres (17,5 Millionen Hektoliter) innerhalb des Bundesgebiets verkauft. Gegenüber 2020 ist das eine Abnahme um 1,6 Prozent.

Der Bierabsatz ins Ausland verlief – bei einer Exportquote von 24,8 Prozent – leicht steigend (Exportquote in 2020: 21,9 Prozent). Sowohl in Länder der Europäischen Union (Zunahme um 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr) als auch in Drittländer (+31,3 Prozent) wurden im Jahr 2021 jeweils 2,9 Millionen Hektoliter Bier verkauft. Der als Haustrunk unentgeltlich und steuerfrei an die Beschäftigten der Brauereien abgegebene

Anteil lag im Jahr 2021 bei 49 996 Hektolitern Bier (–1,4 Prozent gegenüber 2020).

Wie auch im Vorjahr war 2021 der höchste Bierabsatz in den Sommermonaten Juni, Juli und August zu verzeichnen. Nennenswerte Zunahmen im Bierabsatz gab es in den Monaten März (+22,5 Prozent), Juni (+19,7 Prozent) und November (+16,0 Prozent), jeweils im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat.

Hinweise:
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Die Biersteuerstatistik wird vom Statistischen Bundesamt durchgeführt.

Die Angaben der Biersteuerstatistik richten sich nach dem Sitz der Steuerlager (Brauereien und Bierlager). Im Bierabsatz ist neben der Eigenproduktion der Brauereien auch das in Deutschland sowie in den Ländern der Europäischen Union hinzu gekaufte Fremdbier enthalten.

M Preise und Preisindizes

Plus 17,3 Prozent – Baupreise in Bayern steigen massiv

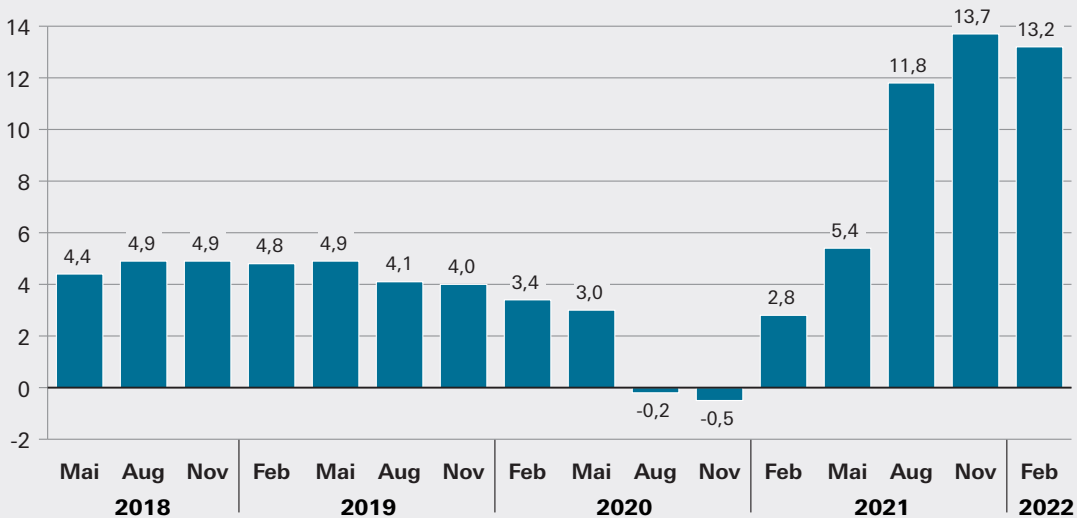
Hoher Anstieg in allen Bereichen

Gemessen am Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden steigen die Baupreise in Bayern im Zeitraum von Mai 2021 bis Mai 2022 um 17,3 Prozent. Im Jahresvergleich erhöhen sich

sowohl die Preise für Rohbauarbeiten um +17,1 Prozent als auch die Preise für Ausbauarbeiten um +17,5 Prozent.

Preisindex für Wohngebäude in Bayern von Mai 2018 bis Februar 2022

Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent (2015 = 100)



Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern erreicht im Mai 2022 einen Stand von 146,4 (2015=100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat entspricht dies einer durchschnittlichen Preissteigerung von 17,3 Prozent. Seit den 1990er-Jahren gab es keine solchen Steigerungsraten.

Rohbauarbeiten

Im Bereich der Rohbauarbeiten klettern die Preise im Vorjahresvergleich um 17,1 Prozent. Die höchsten Zuwachsraten verzeichnen die Expertinnen und Experten vom Bayerischen Landesamt für Statistik in diesem Segment bei Stahlbauarbeiten (+26,6 Prozent) sowie bei Abdichtungsarbeiten (+23,5 Prozent).

Ausbauarbeiten

Bei den Ausbauarbeiten erhöhen sich die Preise gegenüber Mai 2021 um 17,5 Prozent. Besonders hohe Preissteigerungen sind für Dämm- und Brandschutzarbeiten an technischen Anlagen (+31,3 Prozent) sowie Metallbauarbeiten (+26,1 Prozent) zu beobachten.

Hinweise:

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke im Mai 2022“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/preise_verdienste/preise

Inflationsrate in Bayern mit 7,9 Prozent weiter auf hohem Niveau

Neben Preistreibern wie Heizöl und Kraftstoffen verteuern sich auch Nahrungsmittel – der Gesamtindex ohne Energie und Nahrungsmittel liegt bei 3,6 Prozent

Die Verbraucherpreise im Freistaat steigen im Vergleich zum Juni des Vorjahres um 7,9 Prozent und bleiben somit auf hohem Niveau. Im Mai belief sich die Inflationsrate auf 8,1 Prozent. Mit einem Plus von 102,7 Prozent verteuert sich Heizöl extrem. Auch Kraftstoffpreise steigen mit 33,8 Prozent stark. Selbst ohne diese Preistreiber liegt die Inflationsrate im Juni 2022 noch bei deutlichen 6,2 Prozent. Aber auch die Nahrungsmittelpreise ziehen mit 12,0 Prozent spürbar an. Wie die Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik weiter mitteilen, steigen die Verbraucherpreise im Juni 2022 im Vergleich zum Mai nur moderat um 0,2 Prozent. Binnen Monatsfrist steigt der Heizölpreis um 8,9 Prozent. Kraftstoffe hingegen sind um 3,8 Prozent günstiger als im Vormonat. Nahrungsmittelpreise erhöhen sich insgesamt um 1,3 Prozent. Auch Obst wird um 1,2 Prozent teurer, Gemüsepreise hingegen sinken um 4,0 Prozent.

Inflationsrate im Juni

Die Inflationsrate, gemessen als prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex für Bayern gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, liegt im Juni 2022 bei 7,9 Prozent.

Der Gesamtindex ohne die aktuellen Hauptpreistreiber Nahrungsmittel und Energie, in der öffentlichen Diskussion oft als Kerninflationsrate bezeichnet, beläuft sich im Juni auf 3,6 Prozent. Gegenüber dem Vormonat steigt der Verbraucherpreisindex im Juni nur noch moderat um 0,2 Prozent. Zum Vergleich: Im März legten die Preise innerhalb nur eines Monats um 2,8 Prozent zu.

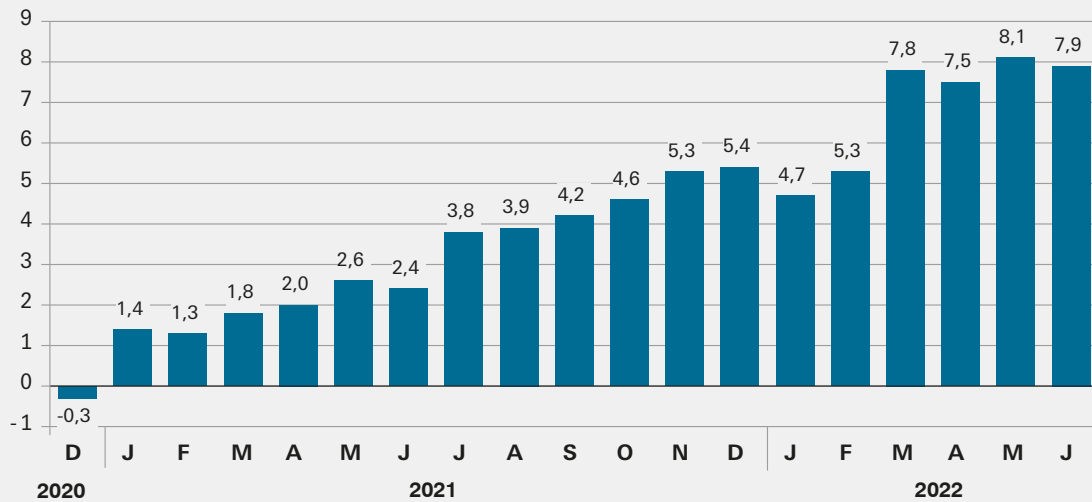
Energie

Die Inflationsrate wird aktuell in erster Linie von den Energiepreisen getrieben. Für den Bereich Haushaltsenergie und Kraftstoffe müssen Haushalte im Juni 39,6 Prozent mehr aufwenden als im Jahr zuvor. Vor allem Heizöl trägt mit einem Anstieg von 102,7 Prozent dazu bei. Auch der Gaspreis liegt um 69,7 Prozent höher. Preise für Strom steigen um 25,2 Prozent.

Im Vergleich zum Vormonat Mai ziehen die Energiepreise an: So steigen nach den Berechnungen der Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik die Preise für Heizöl im Vergleich zum Mai um 8,9 Prozent. Gas (+4,2 Prozent) und Strom (+1,7 Prozent) sind ebenfalls teurer geworden.

Verbraucherpreisindex für Bayern von Dezember 2020 bis Juni 2022

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Prozent
(2015 = 100)



Verkehr

Für den Posten Verkehr müssen Verbraucher insgesamt 8,9 Prozent mehr bezahlen als im Vorjahr. Kraftstoffe sind mit 33,8 Prozent deutlich teurer als im Vorjahr. Dafür ist die Personenbeförderung im Schienenverkehr um 11,6 Prozent günstiger als im Vorjahr. Die Expertinnen und Experten des Bayerischen Landesamts für Statistik sehen in dieser Entwicklung die Auswirkung des sogenannten 9-Euro-Tickets.

Kraftstoffe sind im Juni im Vergleich zum Vormonat Mai um 3,8 Prozent billiger. Die Statistikerinnen und Statistiker begründen dies mit dem sogenannten Tankrabatt.

Nahrungsmittel

Preise für Nahrungsmittel ziehen im Vergleich zum Vorjahresmonat mit 12,0 Prozent wiederholt deutlich an. Insbesondere nach oben entwickeln sich die Preise für Fleisch und Fleischwaren (+19,6 Prozent), Molkereiprodukte und Eier (+14,6 Prozent) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+12,6 Prozent). Bei Gemüse (+5,6 Prozent) verläuft die Entwicklung moderater und die Preise für Obst (0,1 Prozent) sind im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die

Preise der aktuell stark nachgefragten Speisefette und Speiseöle steigen mit 38,8 Prozent im Vorjahresvergleich um über ein Drittel.

Binnen Monatsfrist steigen die Preise für Nahrungsmittel insgesamt um 1,3 Prozent, Gemüse wird, allein betrachtet, allerdings um 4,0 Prozent günstiger. Die Preise für Obst steigen um 1,2 Prozent. Speisefette und Speiseöle verteuern sich im Vergleich zum Mai um 3,4 Prozent.

Wohnungsmieten

Die Preisentwicklung bei Wohnungsmieten ohne Nebenkosten verläuft im Vergleich zum Gesamtdindex unterdurchschnittlich. Gegenüber dem Vorjahresmonat erhöhen sie sich im Juni um 2,3 Prozent.

Hinweise:

Die Presseinformation zum Berichtsmonat Juni 2022 enthält vorläufige Ergebnisse.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verbraucherpreisindex für Bayern. Monatliche Indexwerte von Mai 2015 bis Juni 2022 mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen“, kostenlos abrufbar unter: www.statistik.bayern.de/statistik/preise_verdienste/preise

Q Umwelt

Rund 31 Millionen Tonnen Boden und Steine in Tagebaugruben verfüllt oder auf Deponien entsorgt

86 Prozent Verwertungsquote bei der Entsorgung von Boden und Steinen

Im Jahr 2020 wurden in Bayern insgesamt 30,7 Millionen Tonnen unbelasteter Boden und Steine in Tagebaugruben verfüllt oder auf Deponien entsorgt. Mit dieser Menge könnte ein Güterzug mit einer Länge von 5 665 Kilometern beladen werden – das entspricht etwa der Entfernung von Fürth bis zum Äquator.

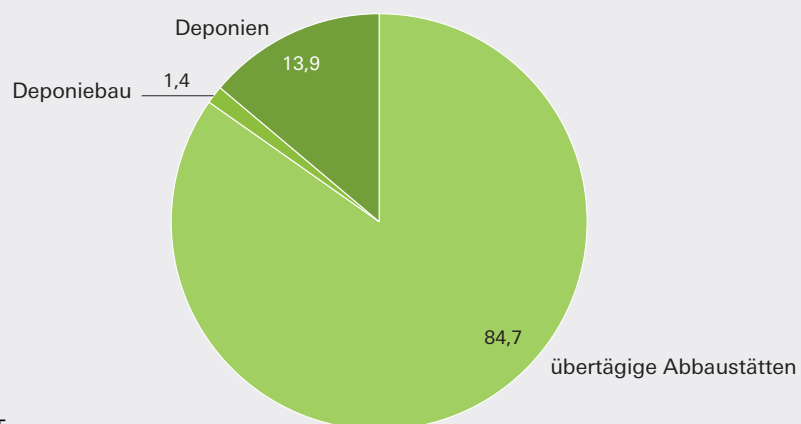
Nach Ergebnissen des Bayerischen Landesamts für Statistik nahmen bayerische Deponien und Tagebaue im Jahr 2020 zusammen 30,7 Millionen Tonnen unbelasteten Boden und Steine zur Entsorgung an. Davon wurde der überwiegende Teil aus Bayern angeliefert. Weniger als zwei Prozent stammen aus anderen Bundesländern oder dem Ausland. Im bundesweiten Vergleich entsorgten Betreiber von Deponien und Tagebauen zusammen 110,3 Millionen Tonnen an Boden und Steinen. Der bayerische Anteil am Bundeswert beläuft sich damit auf 27,8 Prozent.

26,0 Millionen Tonnen Boden und Steine (etwa 84,7 Prozent) wurden in Bayern zur Verfüllung von Tagebaugruben (übertägige Abbaustätten von

Kalkstein, Ton und anderen mineralischen Rohstoffen) eingesetzt. Weitere rund 0,4 Millionen Tonnen (1,4 Prozent) nutzte man als Ersatzbaustoff für Deponiebaumaßnahmen. Die Verwertungsquote liegt damit insgesamt bei 86,1 Prozent und damit über dem Bundesdurchschnitt von 84,2 Prozent. Knapp 4,3 Millionen Tonnen Boden und Steine (13,9 Prozent) konnten jedoch keiner Verwertung zugeführt werden. Sie wurden auf Deponien beseitigt.

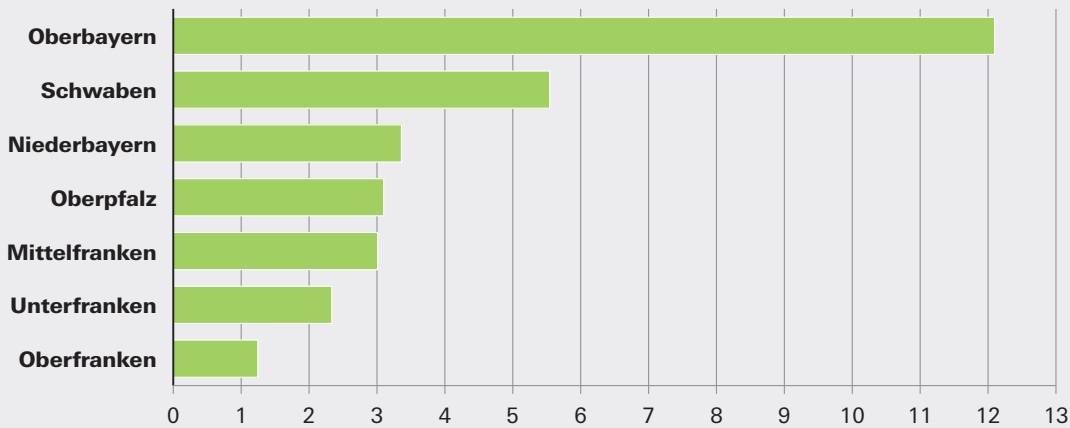
Innerhalb Bayerns gibt es große Unterschiede hinsichtlich der Entsorgungsmengen. Auf Ebene der Regierungsbezirke wurde mit 12,1 Millionen Tonnen die größte Menge Boden und Steine in Oberbayern entsorgt. Im Landkreis Starnberg beläuft sich die entsorgte Menge auf 1,6 Millionen Tonnen – Spitzenreiter unter den Landkreisen. Weitere Landkreise in denen über eine Million Tonnen entsorgt wurden, waren der Landkreis Neumarkt i.d.OPf. (1,3 Millionen Tonnen) und der Landkreis Traunstein (1,2 Millionen Tonnen). Dagegen sind die Mengen in den kreisfreien Städten aufgrund fehlender Entsorgungsmöglichkeiten eher gering.

Entsorgung von unbelastetem Boden und Steinen in Bayern 2020 nach Anlagenart
in Prozent



Entsorgung von unbelastetem Boden und Steinen in Bayern 2020 nach Regierungsbezirken

in Millionen Tonnen



Sonstiges

Nachhaltige Entwicklung: Neues Dashboard visualisiert Kennzahlen für alle Bundesländer

Ab sofort im Statistikportal online verfügbar; Nachhaltigkeitsbericht des Bayerischen Landesamts für Statistik ergänzt Datenangebot für Bayern

Die Statistischen Ämter der Länder veröffentlichen für alle Bundesländer mehr als 70 Indikatoren zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der UN. Eine Auswahl der Indikatoren wurde nun in einem neuen Dashboard visualisiert. Ab sofort sind die Daten im Dashboard im Statistikportal online verfügbar. Der 2021 erschienene Bericht zur „Nachhaltigen Entwicklung in Bayern“ ergänzt das Datenangebot und liefert Informationen zu Indikatoren, die speziell Stand und Ziele der nachhaltigen Entwicklung in Bayern abbilden.

In der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ legten die Vereinten Nationen 17 globale Ziele („Sustainable Development Goals (SDGs)“) fest, die alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Wirtschaft, Umwelt und Soziales – berücksichtigen, um eine grundlegende Verbesserung der Lebensverhältnisse heute und in Zukunft sowie den Schutz des Planeten Erde zu bewirken. Zu diesen Zielen stellen die Statistischen Ämter der Länder aktuell mehr als 70 Indikatoren im gemeinsamen

Statistikportal (www.statistikportal.de) online zur Verfügung.

Neu veröffentlicht wurde jetzt das Dashboard Nachhaltigkeit, das zu jedem SDG eine Auswahl an Indikatoren visualisiert.

Ein Indikator, der dem SDG 12 „Nachhaltige/r Konsum und Produktion“ zugeordnet ist, ist beispielsweise die Anzahl der Pkw auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mit dem Dashboard lässt sich die Zahl leicht herausfinden: In Bayern waren es pro 1 000 Einwohner 622 Pkw im Jahr 2021. Der Anteil der Elektro-Pkw lag dabei in Bayern zum Stichtag 1. Januar 2022 bei 1,4 Prozent (Bundesdurchschnitt: 1,3 Prozent).

Das neue Dashboard stellt noch viele weitere Indikatoren, welche die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit abbilden, für alle Bundesländer in Diagrammen dar. Eine Kartenansicht veranschaulicht für einige Indikatoren den direkten Vergleich aller



Bundesländer. Zudem kann man alle Indikatoren für weitere Auswertungen auch in tabellarischer Form über das Statistikportal abrufen und downloaden.

ausführliche Informationen und methodische Hinweise. In regelmäßigen Abständen wird der Bericht aktualisiert.

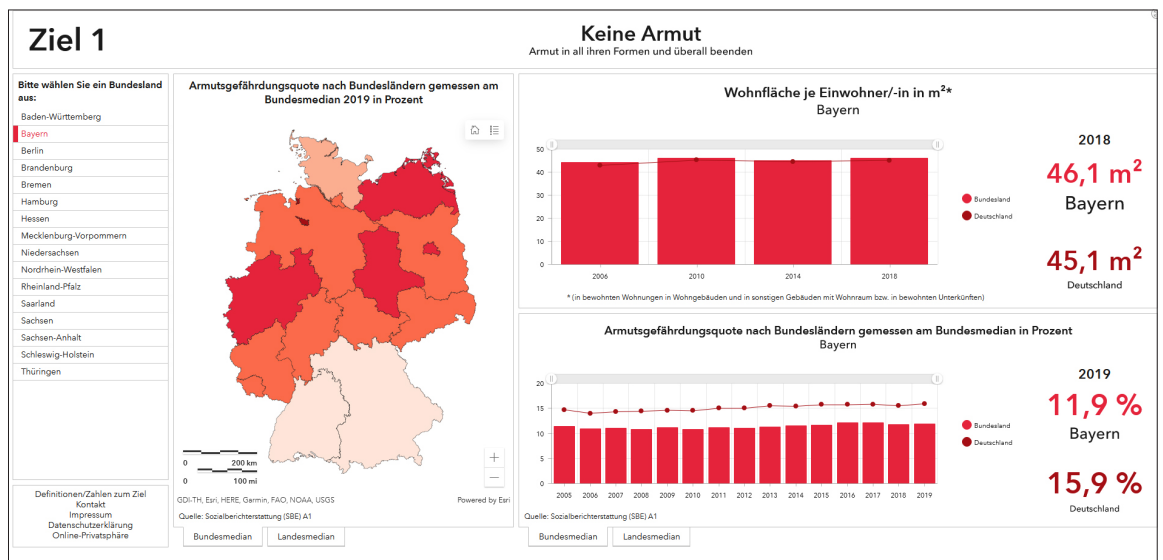
Das Bayerische Landesamt für Statistik hat bereits im Jahr 2021 zum ersten Mal den Bericht zur „Nachhaltigen Entwicklung in Bayern“ veröffentlicht. Für den Bericht wurden 40 Indikatoren ausgewählt, um Stand und Ziele der nachhaltigen Entwicklung speziell für Bayern anhand amtlicher Daten abzubilden.

Hinweise:
 Dashboard Nachhaltigkeit:
www.statistikportal.de/de/nachhaltigkeit

Bericht zur Nachhaltigen Entwicklung in Bayern:
statistik.bayern.de/mam/produkte/veroeffentlichungen/2021_indikatorenbericht_nachhaltigkeit.pdf

Der Bericht ergänzt das Datenangebot im Statistikportal und liefert außerdem zu jedem Indikator

Agenda 2030/SDGs der Vereinten Nationen:
<https://unric.org/de/17ziele/>



10. StatistikTage Bamberg|Fürth 2022

Alter(n) heute und in Zukunft – Fakten, Daten und Prognosen

Am 14. und 15. Juli 2022 fanden die 10. StatistikTage Bamberg|Fürth unter dem Titel „Alter(n) heute und in Zukunft – Fakten, Daten und Prognosen“ statt. Expertinnen und Experten der amtlichen Statistik, der empirischen Forschung und der Verwaltung sowie Referentinnen und Referenten aus angrenzenden Forschungs- und Praxisbereichen informierten Fachwelt und Öffentlichkeit rund um das Thema. Organisiert wurde die Tagung im Rahmen des Statistik Netzwerks Bayern vom Bayerischen Landesamt für Statistik und von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.



Programm

Grußworte

- Präsident Prof. Dr. Kai Fischbach
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Präsident Dr. Thomas Gößl
Bayerisches Landesamt für Statistik

Gesellschaftliche und demographische Entwicklungen

- Welche Anpassungen werden in den Rentensystemen (öffentlich, freiwillig und privat) nötig?
Prof. em. Rainer Winkel
- Demographische Alterung in Bayern – Ergebnisse amtlicher Bevölkerungsvoraberechnungen auf regionaler Ebene
Valerie Leukert

Übertritt zur Rente

- Entscheidungsfindung beim Rentenübergang – Ergebnisse aus der Evaluierung des Flexirentengesetzes
Dr. Iris Meyer, Sylvana Walprecht, Daniel Kühnhenrich
- Tätigkeiten, arbeitsbedingte Belastungen und Rentenreformen
Prof. Dr. Bernhard Boockmann, Martin Kroczek, Dr. Natalie Laub
- Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beschäftigung von Personen rund um den Renteneintritt
Annette Trahms, Dr. Basha Vicari

Erwerbstätigkeit nach dem Renteneintrittsalter

- Situation Beschäftigter im Rentenalter
Anne-Sophie Ruß
- Gründe für (Nicht-)Erwerbsarbeit im Ruhestand
Dr. Laura Romeu Gordo, Dr. Stefanie Gundert, Heribert Engstler, Prof. Dr. Claudia Vogel, Dr. Julia Simonson

Leben im Alter

- Digitalisierung in der häuslichen Pflege und Therapie – Perspektiven und Barrieren
Prof. Dr. Sonja Haug, Edda Currle, Dr. Debora Frommeld, Prof. Dr. Karsten Weber
- Pflegebedürftigkeit im Alter: Forschungspotential der Pflegebegutachtungsdaten
Dr. Johanna Schütz, Anna Hudelmayer
- Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland
Benedikt Preuß, Thomas Kalwitzki, Franziska Heinze, Prof. Dr. Heinz Rothgang

Lebensraum im Alter

- Ältere in der Stadt – eine Analyse auf Basis der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB)
Dr. Judith Kaschowitz, Cornelia Müller, Dorothee Winkler
- Freizeitgestaltung der Babyboomer. Heute und morgen?
Benjamin Stefan, Yannick Loeppke, Dr. Andreas Hartung
- Digitalisierung für ältere Menschen in der Stadt Nürnberg
Mareen Bähr, Dr. Eva Kopf



**Grußwort
des Präsidenten der
Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Prof. Dr. Kai Fischbach**

Sehr geehrter Herr Dr. Gößl,
Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

genau heute vor einem Jahr habe ich Sie online begrüßt mit den Worten: „Ich [wünsche] Ihnen eine spannende und einsichtsreiche Tagung, die zu ihrem Jubiläum im nächsten Jahr hoffentlich wieder in der wunderschönen Bamberger Altstadt stattfindet.“ 365 Tage später ist mein Wunsch nun in Erfüllung gegangen. Ich begrüße Sie ganz herzlich zu den zehnten StatistikTagen in Bamberg!

Zehn Jahre StatistikTage, das heißt: Die Veranstaltung erwächst ihren Kinderschuhen, sie erreicht gewissermaßen bald das Teenager-Alter. Und die Mühen, eine solche Veranstaltung aus der Taufe zu heben und weiterzuentwickeln, haben sich offensichtlich gelohnt. Die StatistikTage haben sich zu einer festen Größe entwickelt; sie sind ein wichtiger Termin im statistischen Jahreskalender, ein Anlass, zu dem man gerne zusammenkommt und sich austauscht. Der Erfolg des Formats lässt sich nicht zuletzt am Kreis der Teilnehmenden ablesen: Viele derjenigen, die die Veranstaltung heute als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder

als Teil des Organisationsteams begleiten, haben hier einst als Studierende „reingeschnuppert“ und viele haben von den StatistikTagen wichtige Kontakte und Impulse für die eigene Arbeit und die weitere Karriere mitgenommen.

Das Thema der diesjährigen Veranstaltung ist das Alter. Wie altern wir, wie leben wir im Alter, heute und in der Zukunft? Fragen wie die nach der Erwerbstätigkeit im Alter und nach altersgerechten Lebensräumen sind von größter Relevanz für unsere Gesellschaft und betreffen jede und jeden einzelnen von uns. Vor dem Hintergrund bin ich den Kolleginnen und Kollegen überaus dankbar, dass sie diese so wichtige Thematik ins Zentrum der Veranstaltung gerückt haben.

Der Blick in das Tagungsprogramm zeigt mehr als deutlich, wie wissenschaftliche Erkenntnisse und eine breite empirische Datenbasis die Grundlage für politische Entscheidungen bilden und dazu beitragen können, fundiert richtungsweisende Beschlüsse zu fassen. Denn Wissenschaft ist am stärksten, wenn sie nicht im Elfenbeinturm verbleibt, sondern in die Wirtschaft und Gesellschaft getragen wird und handfest zeigt, wie sie unser Leben verbessern kann. Sie, die Sie heute hier sitzen, wissen das. Lassen Sie uns also gemeinsam zeigen, welche Möglichkeiten wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gerade jetzt in Zeiten des demografischen Wandels und der Digitalisierung haben, die Welt um uns herum zu gestalten.

Freuen Sie sich mit mir auf das großartige Programm, das die Referentinnen und Referenten für Sie zusammengetragen haben. Unser Dank gebührt wie immer auch dem Organisationsteam, das diese wunderbare Veranstaltung auf die Beine gestellt hat.

Allen Teilnehmenden wünsche ich zwei spannende Tage, eine einsichtsreiche und inspirierende Tagung und eine gute Zeit in der Welterbestadt Bamberg!



**Grußwort
des Präsidenten des
Bayerischen Landesamts für Statistik
Dr. Thomas Gößl**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie herzlich zu den Statistiktagen Bamberg|Fürth 2022. Das ist die zehnte Ausgabe und ein Grund zur Freude, denn 2012 haben wir – die Otto-Friedrich-Universität Bamberg und das Bayerische Landesamt für Statistik – die Statistik-Tage Bamberg|Fürth ins Leben gerufen. Die Initiatoren damals waren Prof. Godehard Ruppert und Prof. Susanne Rässler auf Seiten der Uni Bamberg und Karl-Heinz Anding und Michael Fürnrohr für das Landesamt für Statistik; Herr Prof. Fürnrohr moderiert auch diesmal, zusammen mit Prof. Timo Schmid.

Und zusammen mit Ihnen, Herr Prof. Dr. Fischbach, kann ich die StatistikTage in der Aula der Universität Bamberg eröffnen.

Die StatistikTage dienen dem Austausch zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik, aus dem beide Seiten nur lernen und gewinnen können. Dieses Jahr steht die Tagung unter dem Titel **„Alter(n) heute und in Zukunft – Fakten, Daten und Prognosen“**.

Heute am ersten Tag stehen die Demographie und die Entwicklung in der Rentenversicherung im Mittelpunkt. Die Frage, wie die gesetzliche Rentenversicherung im Umlageverfahren finanziert werden kann, wenn die Bevölkerung zurückgeht, jedenfalls aber altert, wird seit dreißig Jahren in Politik und Wissenschaft diskutiert. Sie hat eine Reihe von Antworten des Gesetzgebers gefunden, von der schrittweisen Anhebung der Altersgrenze auf 67 Jahre über den Demographie- und Nachhaltigkeitsfaktor bei der Rentenanpassung bis hin zu den Haltelinien für Beitragssätze und Rentenniveau im Rentenpaket der Großen Koalition von 2019. Die neue Bundesregierung plant eine Einbeziehung der Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Die Diskussion in der Fachwelt geht intensiv weiter:

- Die Deutsche Rentenversicherung hat 2020 eine Expertentagung zum Thema „Rentenpolitik vor Zukunftsentscheidungen: Wie sieht ein nachhaltiger Generationenvertrag aus?“ in Tutzing durchgeführt und die Vielfalt der Ansätze dokumentiert.
- Die Deutsche Bundesbank hat jüngst im Monatsbericht für Juni 2022 Langfristszenarien und Reformoptionen für die gesetzliche Rentenversicherung vorgestellt.
- Und beim 73. Deutschen Juristentag, der im September 2022 in Bonn stattfindet, werden „Altersvorsorge und Demographie – Herausforderungen und Regelungsbedarf“ einen Schwerpunkt der Diskussionen darstellen, wobei auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Generationengerechtigkeit im Klimaschutz und ihre Übertragbarkeit auf das Sozialversicherungsrecht zu erörtern sein wird.

Ausgangspunkt der Diskussionen waren und sind die Aussagen der Statistik zur demographischen Entwicklung. Die Entwicklung im Verhältnis zwischen Beitragszahlern, das heißt sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und Rentnern ist eine

der zentralen Grundlagen für eine Altersversorgung im Umlageverfahren.

Die amtliche Statistik erstellt Bevölkerungsvorausberechnungen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Das Bayerische Landesamt für Statistik hat große Erfahrungen mit regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnungen auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Die aktuelle regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung liegt für die Jahre bis 2040 vor.

Wichtig ist, dass die Vorausberechnungen ihrerseits abhängig von den zugrunde liegenden Annahmen und den Trends der Vergangenheit sind. Daher ist die regelmäßige Aktualisierung, wie wir sie in Bayern Jahr für Jahr vornehmen, unverzichtbar, denn unerwartete Veränderungen können die Vorausberechnungen zum Guten wie zum Schlechten beeinflussen.

Die aktuellen Fragen zum Übertritt zur Rente – vom Flexirentengesetz bis zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Beschäftigung von Personen rund um den Renteneintritt – und zur Erwerbstätigkeit nach dem Renteneintritt werden den Themenkomplex heute abschließen.

Mein Doktorvater, Prof. Hans F. Zacher, Gründer des MPI für ausländisches und internationales Sozialrecht und Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, sagte, wir dürfen den Sozialstaat nicht auf das Monetäre reduzieren. Dies nimmt unser zweiter Tag auf, wo wir von der häuslichen Pflege bis zu Personalbedarfen in der stationären Langzeitpflege Themen aufgreifen, die in einer alternden Gesellschaft immer wichtiger werden. Die (städtischen) Lebensräume und die Chancen der Digitalisierung für ältere Menschen gehören zu diesen nicht-monetären Aspekten des Lebens im Alter.

Ich danke allen, die mithelfen bei der Organisation und Durchführung der StatistikTage, der Universität Bamberg und dem Statistik Netzwerk Bayern, den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landesamt für Statistik.

Nun freue ich mich auf die Referate und die Diskussionen, die wir abends beim Conference Dinner fortsetzen können.

Damit übergebe ich das Wort an Herrn Prof. Schmid und Herrn Prof. Fürnrohr. Vielen Dank!

Welche Anpassungen werden in den Rentensystemen (öffentlich, freiwillig und privat) nötig?

Prof. em. Rainer Winkel | TU Berlin, em. TU Dresden



Univ.-Professor (TU Berlin, em. TU Dresden), zeitweilig wissenschaftlicher Direktor des IRS Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, freiberuflicher Berater und Verfasser von Gutachten, Vorträgen usw. in fast allen Bundesländern (u. a. in Bayern Landesplanung Gutachten, Vorträge auf Tagungen). Habilitationsthema 1988: Folgen des demografischen Wandels für die Daseinsvorsorge. Seitdem in diesem Feld in der Lehre und als Berater tätig. Seit dieser Zeit Beschäftigung mit dem Rententhema.

Abstract

Grundlegende Rahmenseetzungen aus der Einführung des Rentensystems sind immer noch wirksam, obwohl sie mit den veränderten demografischen Rahmenbedingungen wie auch mit manchen politischen Vorgaben kaum vereinbar sind. Es besteht hoher und dringlicher Handlungsbedarf.

Die ursprünglichen Rahmenbedingungen:

Renteneintritt vollendetes 65. Lebensjahr, Rente als staatlich garantierte Grundsicherung, um auch Altersarmut durch Lebensschicksalsschläge zu vermeiden. Sicherheit durch Rücklagen, finanziert aus den Beiträgen der Berufstätigen sowie sehr begrenzte Rentenzeit (durchschnittliche Lebenserwartung um 1900: Frauen circa 41 Jahre, Männer 43,5 Jahre).

Die Veränderungen:

Die Rücklagen wurden in den 1930er-Jahren vom Staat zur Rüstungsfinanzierung verbraucht. Deshalb nach Gründung der Bundesrepublik die Rentenfinanzierung durch den Generationsvertrag, die arbeitende Bevölkerung finanziert die Renten der Alten.

Brüchiger Generationsvertrag:

Niedrige Geburten, steigendes Lebensalter

Seit Ende der 1960er-Jahre liegen die Geburten etwa ein Drittel unter der Sterberate. Deshalb und wegen der deutlich und immer noch steigenden Lebenserwartung, heute Männer 78 Jahre, Frauen über 83 Jahre (Angabe zur Lebenszeit in der Literatur etwas unterschiedlich) und dem nur minimal veränderten Ruhestandeintritt, wird der Generationsvertrag brüchig. Es müssen immer mehr Rentner von der sinkenden Zahl Berufstätiger finanziert werden, bei einer Lebenslänge, die sich seit 1900 um fast 90% erhöht hat! Dennoch wurde das damals festgelegte Ruhestandeintrittsalter nur minimal erhöht (bis 2030 auf 67 Jahre).

Die Politik reagiert zweifelhaft

Unter Kanzler Schröder wurde der Generationsvertrag mit der neuen Rentenformel verändert, um für die arbeitende Bevölkerung die steigenden Belastungen abzumindern, was anhaltend sinkende Renten bewirkt. Um dem entgegenzuwirken, wurde vom Sozialminister die Riesterrente eingeführt, ein staatlich gefördertes Rentenansparprogramm für die Bevölkerung. Die Probleme: Viele Personen der untersten Verdienstgruppe konnten die dafür erforderliche Ansparung nicht aufbringen, wie sich zeigte, wird die Höhe der damit in

Aussicht gestellten Zusatzrente bei Weitem nicht erreicht. Zusätzlich wird diese Rentenbasis noch durch die Null-Zinspolitik der Europäischen Zentralbank geschwächt. Ein Absinken in die Altersarmut ist für einen Teil der Bevölkerung Realität oder absehbar. Außerdem wurde damit das ursprüngliche Anliegen, die Renten staatlich gesichert von der privaten Vorsorge abzukoppeln, geschwächt.

Neue Ansätze reichen nicht aus:

Das sukzessive Heraufsetzen des Renteneintrittsalters bis 2030 auf 67 Jahre reicht nicht, um die Rente zukunftssicher zu machen und wurde durch die Einflussnahme der Gewerkschaft – bei 45-jähriger Berufstätigkeit sogar vor Erreichen des 65. Lebensjahres in den Ruhestand zu treten – abgeschwächt. Die Ergebnisse der von der vorigen Regierung eingesetzten Kommission Verlässlicher Generationsvertrag wurden von den Sozialverbänden zu Recht als völlig unzureichend kritisiert. Das war absehbar, denn die überwiegende Zahl der Kommissionsmitglieder waren Politiker, die in erster Linie die Politik ihrer Partei vertraten. Die Minderheit teilnehmender Experten hatte keine Chance, dagegen weitreichende Ideen/Konzepte einzubringen.

Aus meiner Sicht

unausweichliche Konsequenzen:

Keine massive Stützung der Renten aus Steuermitteln, damit den jüngeren Generationen nicht die Mittel für wichtige Zukunftsinvestitionen deutlich gekürzt werden.

Zur Sicherung der Renten, wie ursprünglich ausgerichtet, ein staatlich getragenes, garantiertes Konzept, das eine angemessene Grundsicherung für die Alten beinhaltet. Die Finanzierung muss vor allem durch die Alten getragen werden. Es kann nicht sein, dass seit der Festlegung des Alters für

den Ruhestandseintritt (1900) die durchschnittliche statistische Lebenserwartung um circa 90% angestiegen ist und der Rentenbeginn sich immer noch am Lebensalter von 65 – 67 Jahren ausrichtet. Zudem sind viele Rentner noch im Alter lange fit, wie man an der oft weitaus längeren Berufstätigkeit von Selbstständigen und Freiberuflern oder Politikern sieht. Beispielhaft sind u. a. längst erfolgreich umgesetzte Konzepte, mit denen rüstige Senioren bedürftigen Senioren helfen und dafür ggf. Bonuspunkte erhalten, für die es später kostenlose Hilfsleistungen gibt. Zur Absicherung bedarf es jedoch einen öffentlichen Träger, wie eine Gemeinde, der später die Umsetzung des erworbenen Hilfsanspruchs garantiert.

Als Gegenargument wird häufig der körperlich verschlissene Dachdecker, Maurer oder anderweitig schwer belastete Handwerker angeführt. In der Tat gibt es etliche Berufe, die nicht länger arbeiten können, für die selbst 65 Jahre kaum machbar sind. Aber warum muss das Eintrittsalter für Berufsgruppen und andere Gruppierungen gleich sein?

Wir brauchen ein neues Rentenkonzept mit wesentlich mehr Flexibilität. Darin könnte die körperliche wie auch die psychische Belastung von Berufstätigkeit Berücksichtigung erfahren. Sinnvoll wäre auch ein Lebenszeitmodell, so dass ggf. Personen, die sich dazu in der Lage fühlen, zeitweilig eben deutlich mehr als 40 Stunden in der Woche arbeiten, um später ihre wöchentliche Arbeits- oder Lebensarbeitszeit entsprechend zu kürzen. Hier könnten ganz andere Modelle entstehen, die den Bedürfnissen vieler Berufstätiger weit eher entsprechen und mit denen eine ausreichende Lebensarbeitszeit zur Rentenfinanzierung möglich wäre. Dazu gehört jedoch auch ein wesentlich weiter reichendes berufliches Fortbildungsprogramm.



Statistik Tage Bamberg-Fürth (LfStat)

Primärrahmen aus der Zeit der Rentenanfänge

- **Ursprünglich Alterssicherung Versorgung:**
 - Ersparnisse/Rücklagen,
 - Kinderreichtum zur Altenversorgung
- Große Unsicherheiten:**
 - Schicksalsschläge
 - wirtschaftliche Fehlentwicklungen
- Folge hohe Altersarmut**
- **Ansatz: staatlich gesicherte Renten durch Sozialgesetze 1889**
 - Aus Rücklagen Beiträge Arbeitnehmer
 - Renteneintritt: zunächst 70 J. und 30 Beitragsjahren
 - um 1900 65 J., Lebenserwartungen Jungen 44,8 J., Mädchen 48,3. J.



Statistik Tage Bamberg-Fürth (LfStat)

Wesentliche Veränderungen nach II. Weltkrieg

- **Rücklagensystem ausgehebelt (Rüstung),**
Deshalb Umstellung: nach Krieg Generationsvertrag
- **Lebenserwartung stark und ständig angestiegen**
Männer 78,9 J. gegenüber 1900 um +76% Frauen 83,6 J. um +73%
- **Demografische Wandel**, seit ca. 60 Jahren ein Drittel weniger als Sterbefälle
Geburten reichen nicht für - Generationsvertrag
- für traditionelle familiäre Altenversorgung



Statistik Tage Bamberg-Fürth (LfStat)

Handlungsbedarf/ Handlungsmöglichkeiten

Sehr hohen Handlungsbedarf: nichts machen, weiter so geht kaum, fast unstrittig, nur wie?

Die grundsätzlichen Möglichkeiten:

- Steuerzuschüsse zur Rentensicherung
- Höhere Rentenbeiträge
- späteres Renteneintrittsalter
- Altersversorgung privatisieren
- Kapitaldeckung gesetzlicher Rentenversorgung
- Berufsständige Versorgungswerke

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Welche Anpassungen werden in den Rentensystemen (öffentlich, freiwillig und privat) nötig?

Die komplette Präsentation
ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_1



Demographische Alterung in Bayern – Ergebnisse amtlicher Bevölkerungsvorausberechnungen auf regionaler Ebene

Valerie Leukert | *Bayerisches Landesamt für Statistik*



Valerie Leukert ist seit April 2017 am Bayerischen Landesamt für Statistik tätig und beschäftigt sich als Referentin im Sachgebiet „Bevölkerung, Kompetenzzentrum Demographie“ insbesondere mit Bevölkerungsvorausberechnungen und dem demographischen Wandel in Bayern. Zuvor studierte sie Soziologie an der Universität Bremen und Demographie an der Universität Rostock.

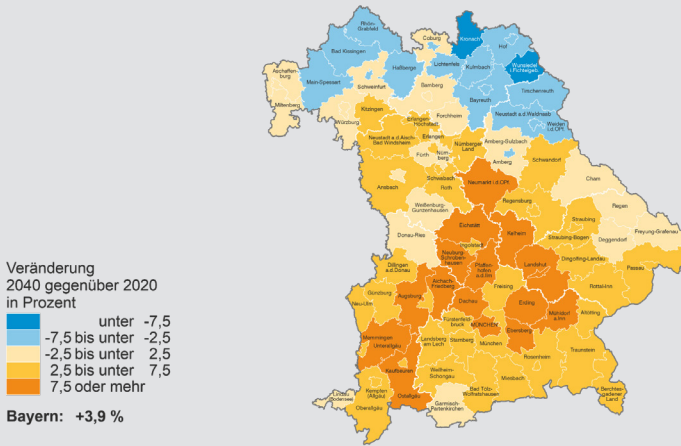
Abstract

Die Einwohnerzahl Bayerns wird auch in Zukunft wachsen und nach den Ergebnissen der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Bayerischen Landesamts für Statistik (LfStat) bis zum Jahr 2040 einen Stand von etwa 13,66 Millionen Menschen erreichen. Im Vergleich zum Jahr 2020 entspricht dies einem Plus von 3,9% beziehungsweise 518 000 Personen (LfStat 2022). Wenngleich in einigen Städten, Landkreisen und Gemeinden – vor allem durch Zuwanderung – ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum und eine noch vergleichsweise junge Bevölkerung zu verzeichnen sein werden, nimmt gleichzeitig der Anteil älterer Menschen fast überall in Bayern zu. So werden im Freistaat im Jahr 2040 auf 46 Personen im Ruhestandsalter 100 Personen im potenziell erwerbsfähigen Alter kommen. Im Jahr 2020

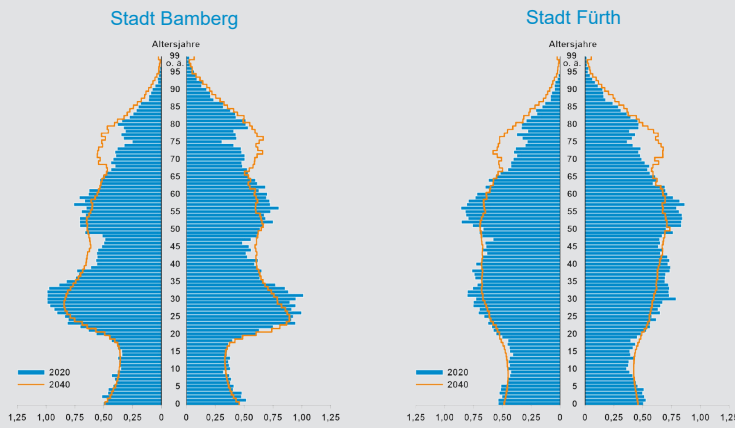
lag dieses Verhältnis noch bei etwa 34 zu 100 Personen (LfStat 2022). Die Folgen des demographischen Wandels werden demnach auch in Bayern in den nächsten Jahren immer deutlicher zu spüren sein – die Bevölkerung wird insgesamt älter, internationaler und in manchen Gebieten auch in ihrer Zahl zurückgehen.

Die regelmäßig aktualisierten Bevölkerungsvorausberechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik veranschaulichen diese Entwicklung. Sie zeigen bis zur Gemeindeebene auf, wie sich die unterschiedlichen Konstellationen von Fertilität, Mortalität und Migration langfristig auf die Bevölkerungsstruktur Bayerns auswirken könnten und ist damit eine wichtige Informationsgrundlage für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung 2020 bis 2040, Bevölkerungsentwicklung insgesamt

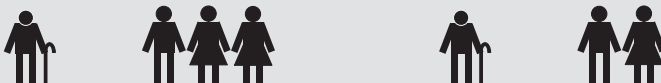


Altersstruktur in den Städten Bamberg und Fürth 2020 und 2040, in Prozent



Altenquotient Bayern, 2020 und 2040 Renteneintrittsalter: 65 Jahre

<p>Im Jahr 2020 kamen auf 100 Personen im Erwerbsalter 34 Personen im Ruhestandsalter*</p>	<p>Im Jahr 2040 kommen auf 100 Personen im Erwerbsalter 46 Personen im Ruhestandsalter*</p>
<p>Damit kommen im Jahr 2020 auf eine Person im Ruhestandsalter ca. 2,9 Personen im Erwerbsalter</p>	<p>Damit kommen im Jahr 2040 auf eine Person im Ruhestandsalter ca. 2,2 Personen im Erwerbsalter</p>



*Altenquotient: Anzahl 65-Jährige oder Ältere je 100 Personen im Alter von 20 bis 64 Jahren

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Demographische Alterung in Bayern –
Ergebnisse amtlicher Bevölkerungsvoraus-
berechnungen auf regionaler Ebene

Die komplette Präsentation
ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_2



Entscheidungsfindung beim Rentenübergang – Ergebnisse aus der Evaluierung des Flexirentengesetzes

Dr. Iris Meyer, Sylvana Walprecht, Daniel Kühnhenrich | *Statistisches Bundesamt*



Dr. Iris Meyer



Sylvana Walprecht

Dr. Iris Meyer, Haushaltswissenschaftlerin, ist tätig als Referentin im Dienstleistungszentrum der Bundesregierung für Bessere Rechtsetzung im Statistischen Bundesamt und Mitarbeiterin im Kooperationsprojekt „Flexirente“ von Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundeskanzleramt und Deutscher Rentenversicherung. Darüber sind Ex-ante- und Ex-post-Ermittlungen des Erfüllungsaufwands von Bundesgesetzen sowie die dazugehörige Methodik der primären Datengewinnung weitere Tätigkeitsschwerpunkte.

Sylvana Walprecht ist Politologin und Statistikerin. Sie arbeitet als Referentin im Referat „Auswertungen und Folgenabschätzung für Bessere Rechtsetzung“ im Statistischen Bundesamt. Sie ist schwerpunktmäßig an verschiedenen Projekten zur Besseren Rechtsetzung beteiligt, wertet Daten aus und entwickelt angewandte Methoden weiter.

Daniel Kühnhenrich, Wirtschafts- und Kommunikationswissenschaftler, leitet das Grundsatzreferat des Dienstleistungszentrums für Bessere Rechtsetzung im Statistischen Bundesamt. Er hat das Projekt „Flexirente“ unterstützt. Seine Aufgabenschwerpunkte liegen in der Methodik des Erfüllungsaufwands, der internationalen und nationalen Koordination des Themengebiets sowie der Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitsbereichs.

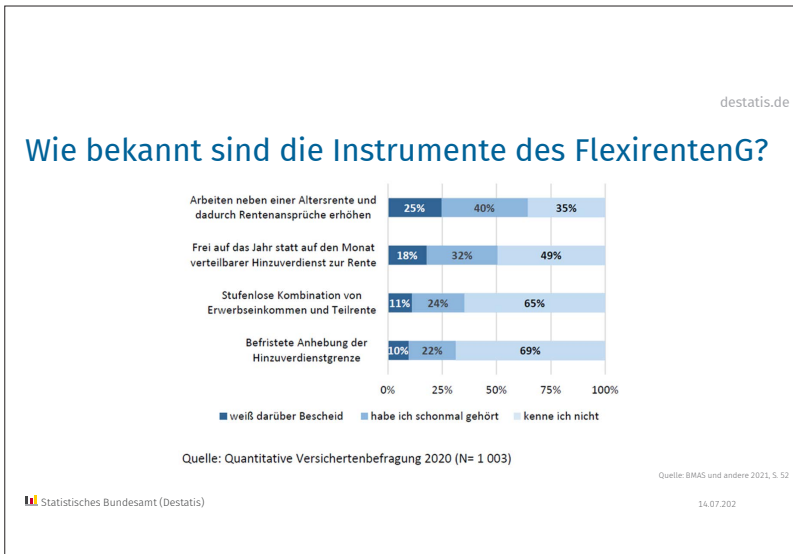
Abstract

Im Auftrag des BMAS evaluierten das Bundeskanzleramt und das Statistische Bundesamt das 2017 in Kraft getretene Flexirentengesetz. Hierfür wurden Sekundärdaten der amtlichen und Rentenstatistik ausgewertet sowie Primärdaten mittels Befragungen insbesondere von Versicherten und Arbeitgebern erhoben.

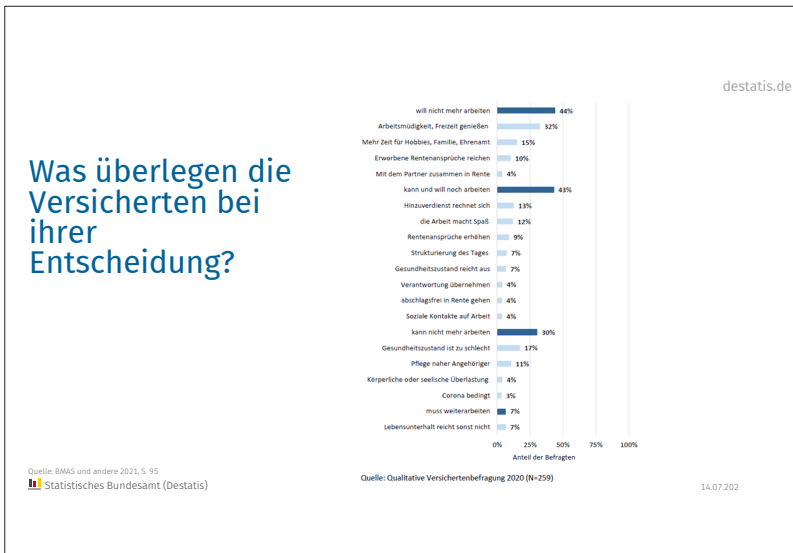
Die Ergebnisse erlauben einen detaillierten Blick auf die Entscheidungsfindung beim Rentenübergang. So stieg die Beschäftigung älterer Personen im Zeitverlauf, die Maßnahmen der Flexirente spielten hierbei jedoch bislang allenfalls eine geringe Rolle. Bei den Rentenversicherten ist der Wunsch nach einem flexiblen Rentenübergang zugleich durchaus vorhanden. Die Bereitschaft, neben der Altersrente zu arbeiten, hängt dabei

von der persönlichen Situation, finanziellen Anreizen und passenden Arbeitsangeboten ab.

Beschäftigten mit einem Gehalt oberhalb der gesetzlichen Hinzuverdienstgrenze wird die bezogene vorgezogene Rente gekürzt, weshalb in dieser Situation Arbeiten neben der Rente über die Schwelle hinaus aus Sicht der Versicherten finanziell unattraktiv ist. Dabei bleibt die Wirkung der deutlichen Anhebung der Hinzuverdienstgrenze seit 2020 abzuwarten. Während des ersten Pandemiejahres ging die Beschäftigung von Rentenbeziehenden wegen der Kontaktbeschränkungen insgesamt zurück. Viele Versicherte und Arbeitgeber sehen die Anhebung der Hinzuverdienstgrenze aber grundsätzlich positiv.



Informationsangebote sowie die persönliche Beratung der DRV haben für die Versicherten eine zentrale Bedeutung und werden von ihnen als hilfreich erachtet. Für viele Versicherte, insbesondere bei Wahl der Regelaltersgrenze, ist die Wahl des Rentenmodells einfach. Rund ein Drittel der Befragten empfand diese Entscheidung jedoch als schwierig, wofür häufig Informationsdefizite und die persönliche Situation ursächlich waren. Die befragten Versicherten regten eine stärkere Personalisierung von Informationen beim Online-Informationsangebot der DRV an. Innerhalb einer Online Research Community wurden Lösungsansätze hierfür entwickelt.



Ausgewählte Folien zum Vortrag: Entscheidungsfindung beim Rentenübergang – Ergebnisse aus der Evaluierung des Flexirentengesetzes

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter: s.bayern.de/st_2022_3



Tätigkeiten, arbeitsbedingte Belastungen und Rentenreformen

Prof. Dr. Bernhard Boockmann, Martin Kroczek, Dr. Natalie Laub |
Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung



Martin Kroczek



Dr. Natalie Laub

Prof. Dr. Bernhard Boockmann ist seit 2007 am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) tätig und leitet das Institut seit 2013 gemeinsam mit Prof. Dr. Wilhelm Kohler. Er studierte Volkswirtschaftslehre und Philosophie in Heidelberg und Mannheim und Volkswirtschaftslehre am University College London. An der Universität Mannheim schloss er 1998 seine Promotion ab, die Habilitation im Jahr 2004. Von 1998 bis 2007 war er als Wissenschaftler, seit 2002 zudem als stellvertretender Forschungsbereichsleiter am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) tätig. In seinen wissenschaftlichen Arbeiten befasst er sich mit Arbeitsmarktfragen und dabei insbesondere mit Arbeitsmarktpolitik, Erwerbsverläufen, der Wirkung von Arbeitsmarktregulierungen, der Rolle der Bildung und der sozialen Mobilität. Als außerplanmäßiger Professor lehrt Bernhard Boockmann zudem Statistik und Ökonometrie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Tübingen.

Martin Kroczek, Master of Science, ist seit Juli 2017 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAW. Nach einem Bachelorstudium im Fach Economics an der Universität Bayreuth und der Universidad de Guadalajara studierte Martin Kroczek Quantitative Economics an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Ein aktueller Forschungsschwerpunkt im Bereich der Arbeitsmarktökonomik liegt in der quantitativen Analyse zu den Eigenschaften und der Attraktivität von Berufen, vornehmlich in der Pflegebranche. Ein anderer Schwerpunkt liegt in der Analyse von Übergängen zwischen Erwerbsleben und Rente. Martin Kroczek ist seit November 2019 Doktorand an der Eberhard Karls Universität Tübingen. Sein Promotionsthema lautet „Essays on Skill Shortages and Tight Labor Markets“.

Dr. Natalie Laub, Diplom-Volkswirtin, studierte Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten internationale Wirtschaft und Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Von Oktober 2012 bis September 2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt vor allem im Bereich der Analyse von Rentensystemen sowie von Übergängen zwischen Erwerbsleben und Rente. Seit Oktober 2018 ist Natalie Laub wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAW. Im Mai 2019 wurde sie an der Universität Freiburg mit einer Arbeit zu Abschlüssen bei vorzeitigem Renteneintritt promoviert.

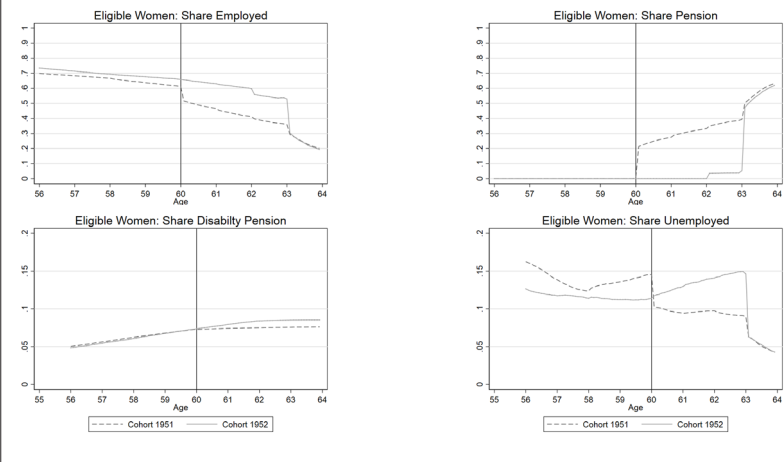
Dr. Natalie Laub, Diplom-Volkswirtin, studierte Volkswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten internationale Wirtschaft und Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Von Oktober 2012 bis September 2018 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und Sozialpolitik an der Universität Freiburg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt vor allem im Bereich der Analyse von Rentensystemen sowie von Übergängen zwischen Erwerbsleben und Rente. Seit Oktober 2018 ist Natalie Laub wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAW. Im Mai 2019 wurde sie an der Universität Freiburg mit einer Arbeit zu Abschlüssen bei vorzeitigem Renteneintritt promoviert.

Abstract

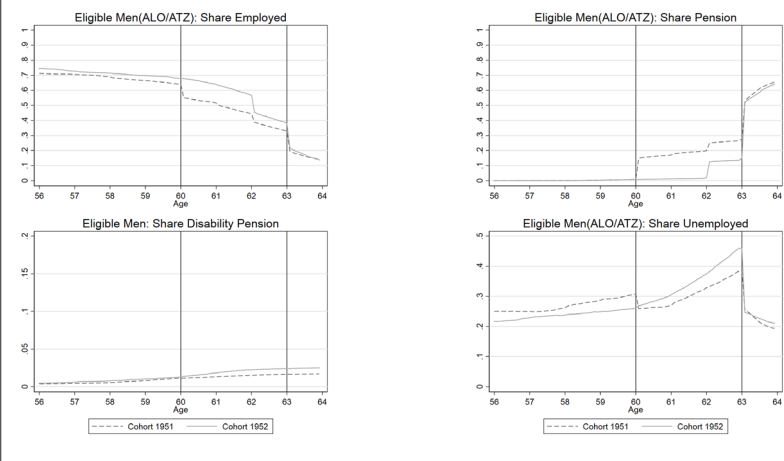
Bei der Wirkung von Rentenreformen auf den Erwerbsstatus und den Zugang in die Rente sind individuelle, berufsbezogene, betriebliche und gesellschaftliche Dimensionen zu unterscheiden.

Diese Faktoren moderieren die Effekte von Rentenregelungen und Rentenreformen: Je nach Kontextfaktoren sind Versicherte unterschiedlich stark von Rentenreformen betroffen. Der Schwerpunkt

Altersrente für Frauen – Status im Alter 56-64



Altersrente nach ALO/ATZ – Status im Alter 56-64



Erste Ergebnisse des RDD

Altersrente für Frauen							
SVP	Arbeitslosigkeit	Altersrente	EM-Rente				
0.148 ***	0.047 ***	-0.289 ***	0.01 ***				
N 4919186	4919186	4919186	4941688				
Belastungsindex							
Niedrig	Hoch	Niedrig	Hoch	Niedrig	Hoch	Niedrig	Hoch
0.179 ***	0.165 ***	0.025 ***	0.044 ***	-0.266 ***	-0.281 ***	0.001	0.003
N 3744482		3744482		3744482		3744482	
Aufgaben in beruflichen Tätigkeiten							
Selten	Häufig	Selten	Häufig	Selten	Häufig	Selten	Häufig
Manuelle Routinetätigkeiten							
0.171 ***	0.185 ***	0.03 ***	0.032 ***	-0.269 ***	-0.276 ***	0.002	0.005
Manuelle Nicht-routinetätigkeiten							
0.182 ***	0.158 ***	0.027 ***	0.036 ***	-0.271 ***	-0.267 ***	0.001	0.006
Analytische Tätigkeiten							
0.168 ***	0.182 ***	0.035 ***	0.022 ***	-0.278 ***	-0.256 ***	0.007 *	-0.004
Interaktive Tätigkeiten							
0.175 ***	0.164 ***	0.035 ***	0.017 ***	-0.291 ***	-0.205 ***	0.006 *	-0.007 **
Kognitive Routinetätigkeiten							
0.164 ***	0.182 ***	0.027 ***	0.035 ***	-0.239 ***	-0.307 ***	0.002	0.004
N 3805645		3805645		3805645		3805645	

Fettdruck = Ergebnisse zwischen den beiden Gruppen signifikant voneinander verschieden.

der vorzustellenden Forschungsarbeit liegt auf der beruflichen Dimension.

Es wird ermittelt, wie sich die Auswirkung von Rentenreformen auf individuelle Verläufe danach unterscheiden, welche beruflichen Tätigkeiten eine Person ausgeübt hat und welchen arbeitsbedingten Belastungen sie ausgesetzt war.

Betrachtet werden wichtige Änderungen im Rentenzugang, die in den Jahren 2007 bis 2014 wirksam wurden, insbesondere die Abschaffung der Altersrente für Frauen und der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit.

Die Datengrundlage bilden Datensätze der Deutschen Rentenversicherung Bund. Diesen Daten werden auf der tief aggregierten Ebene Informationen aus der BIBB¹/BAuA²-Erwerbstätigenbefragung zu arbeitsbedingten Belastungen und beruflichen Tätigkeiten zugespielt.

Zunächst werden die kausalen Effekte von Rentenreformen auf den Erwerbsstatus bzw. den Altersübergang geschätzt. Dabei wird ein Regression Discontinuity Design (RDD) verwendet. Anschließend werden die Unterschiede in diesen Wirkungen nach den vorherigen beruflichen Tätigkeiten und arbeitsbedingten Belastungen differenziert. Der Einfluss dieser Faktoren wird dabei von individuellen, betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Kontextfaktoren getrennt. Die Ergebnisse der Differenzierung zeigen deskriptiv die Kumulation von Problemlagen wie zum Beispiel arbeitsbedingten Belastungen und Lücken in den Erwerbsbiografien auf und können unter bestimmten Bedingungen auch in einem kausalen Sinn interpretiert werden.

- 1 BIBB: Bundesinstitut für Berufsbildung.
- 2 BAuA: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin.

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Tätigkeiten, arbeitsbedingte Belastungen und Rentenreformen

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_4



Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beschäftigung von Personen rund um den Renteneintritt

Annette Trahms und Dr. Basha Vicari | *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*



Dr. Basha Vicari

Annette Trahms ist Mitarbeiterin der Projektgruppe „Nationales Bildungspanel: Bildung im Erwachsenenalter und lebenslanges Lernen“ (Bildungsetappe 8) und im Forschungsbereich „Bildung, Qualifizierung und Erwerbsverläufe“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich Surveymethodologie sowie Erwerbs- und Weiterbildungsbeteiligung von Älteren.

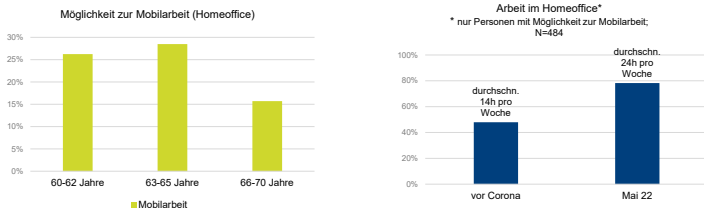
Dr. Basha Vicari ist Leiterin der Projektgruppe „Nationales Bildungspanel: Bildung im Erwachsenenalter und lebenslanges Lernen“ (Bildungsetappe 8) und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Bildung, Qualifizierung und Erwerbsverläufe“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf beruflicher Mobilität und deren Auswirkung auf soziale Ungleichheit.

Abstract

Bis zum Jahr 2019 ist die Erwerbsbeteiligung der Menschen kurz vor und nach dem Renteneintritt deutlich gestiegen: Seit 2005 hat sie sich mehr als verdoppelt. Durch das Einsetzen der Covid-19-Pandemie wurde aber diese Gruppe der über 60-Jährigen besonders getroffen. Einerseits besteht für sie ein höheres Risiko für einen schweren Covid-19-Krankheitsverlauf, sodass gerade ältere Beschäftigte einen besonderen Schutz vor einer Infektion benötigen. Andererseits haben die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt vor allem Minijobs wegbrechen lassen, also Beschäftigungsverhältnisse, die bei älteren Erwerbstätigen neben der Rente relativ häufig vorkommen. Dazu kommen Berichte von der Reaktivierung von Personen im Ruhestand in systemrelevanten Branchen. Für die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse von Personen kurz vor und nach dem Renteneintritt während der Pan-

demie gibt es bislang wenig belastbare Erkenntnisse. Mit Daten des hochfrequenten Online-Personen-Panels „Leben und Erwerbstätigkeit in Zeiten von Corona“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB-HOPP) verknüpft mit administrativen Daten der Integrierten Erwerbsbiografien (IEB) zeigen wir für die Anfangszeit der Covid-19-Pandemie (Mai 2020) für verschiedene Altersgruppen rund um den Renteneintritt, wie sich die sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung entwickelte, wer von Jobverlust und Kurzarbeit betroffen war, wer Mobilarbeit in Anspruch nehmen konnte und so besser vor einer Infektion geschützt war, und wie sich diese Entwicklung auf finanzielle und gesundheitliche Sorgen der älteren Beschäftigten auswirkte. Schließlich analysieren wir, welche Rolle für diese Zusammenhänge eine Beschäftigung in einer systemrelevanten Branche spielte.

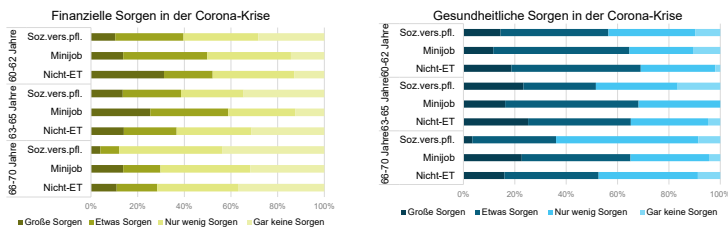
DESKRIPTION: MOBILARBEIT



- Die Möglichkeit für Mobilarbeit hatten über-60-Jährige seltener als jüngere Beschäftigte (unter-60-Jährige: 39%).
- Sowohl der Anteil derer, die Mobilarbeit tatsächlich nutzten, als auch die in Mobilarbeit geleistete Arbeitszeit, sind auch bei Über-60-Jährigen deutlich gestiegen.

Daten: IAB-HOPP, 2020; N=1.187; eigene gewichtete Berechnungen.

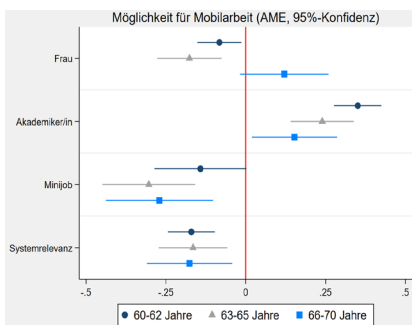
DESKRIPTION: GESUNDHEITLICHE & FINANZIELLE SORGEN



- Nach Renteneintritt sinkt das Sorgeniveau deutlich ab.
- Die wenigsten Sorgen machen sich svp-Beschäftigte.
- Nichterwerbstätige machen sich viele gesundheitliche Sorgen.

Daten: IAB-HOPP, 2020; N=1.733; eigene gewichtete Berechnungen.

ERGEBNISSE: MOBILARBEIT



- Einen Job mit der Möglichkeit für Mobilarbeit haben eher:
 - Männer vor dem Regelrentenalter
 - Erwerbstätige mit hoher Bildung
 - Erwerbstätige in svp-Beschäftigung
 - Erwerbstätige in nicht-systemrelevanten Branchen

Daten: IAB-HOPP, 2020; N=1.187; eigene Berechnungen.

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Beschäftigung von Personen rund um den Renteneintritt

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_5



Situation Beschäftigter im Rentenalter

Anne-Sophie Ruß | *Bundesagentur für Arbeit*



Anne-Sophie Ruß arbeitet als Fachexpertin für Arbeitsmarktstatistik mit Schwerpunkt Beschäftigungsstatistik im Statistik-Service Südost der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg. Der Statistik-Service Südost ist regionaler Ansprechpartner zu allen Statistik-Fragen und Analysen rund um den Arbeitsmarkt sowie zur Grundsicherung für Bayern und Sachsen. Nach ihrem Studium der Markt- und Kommunikationsforschung an der Hochschule Pforzheim sowie der Survey-Statistik an der Universität Bamberg war sie sieben Jahre als Marktforscherin bei einem führenden Anbieter von Fachkommunikation tätig, bevor sie im Oktober 2021 zur Bundesagentur für Arbeit wechselte.

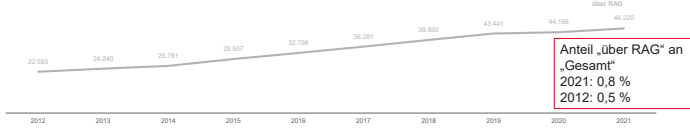
Abstract

Die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen deutschen Rentenversicherung wird stufenweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Ebenso ist ein steigender Anteil von Personen im Ruhestandsalter weiterhin oder wieder erwerbstätig. Aber wie hat sich die Beschäftigungsquote Älterer in den letzten Jahren entwickelt, gibt es Auffälligkeiten in einzelnen Regionen, sozialen Schichten oder Berufsfeldern? Der Vortrag betrachtet einerseits die Bevölkerungsgruppen, welche vor/nach Erreichen des Rentenalters sozialversicherungspflichtig bezie-

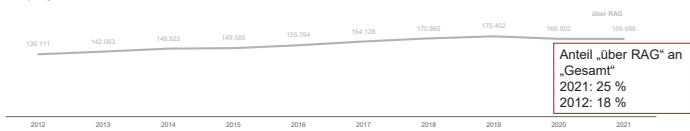
hungsweise geringfügig beschäftigt sind: Eher Frauen oder Männer, Deutsche oder Ausländer, weisen sie eine niedrige oder hohe Bildungs- und Qualifikationsstruktur auf? Andererseits wird die Erwerbsbiographie älterer Beschäftigter untersucht: In welcher Branche, in welchem Beruf sind Menschen sowohl vor als auch nach dem Renteneintrittsalter tätig, in Voll- oder Teilzeit? Datengrundlage der Analysen bilden Kennzahlen aus der Beschäftigungsstatistik, welche auf den Meldungen zur Sozialversicherung beruht.

Zahl der Beschäftigten über der RAG* in Bayern Rund 46.000 sozialversicherungspflichtig, 170.000 geringfügig entlohnt Beschäftigte in 2021

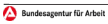
Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten
 Bayern
 Zeitreihe, 30.6 des jeweiligen Jahres



Entwicklung der Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten
 Bayern
 Zeitreihe, 30.6 des jeweiligen Jahres



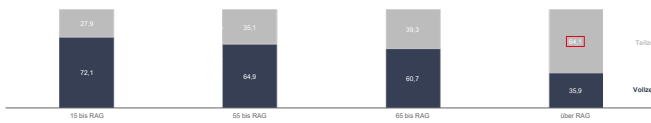
*Seit Anfang 2012 bis 2021 stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze (RAG) von 65 auf 67 Jahre (§ 235 (2) SGB VI).



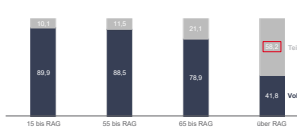
Situation Beschäftigter im Rentenalter – 14. Juli 2022 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vergleich Arbeitszeit (nach Geschlecht) Nach Erreichen des Ruhestandsalters sind die Beschäftigten mehr in Teilzeit* angestellt

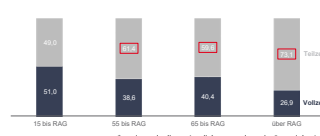
Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Arbeitszeit in %
 Bayern
 30.6.2021



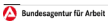
Männer: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Arbeitszeit in %
 Bayern
 30.6.2021



Frauen: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Arbeitszeit in %
 Bayern
 30.6.2021



*weniger als die vertraglich „normalerweise“ vereinbarte Arbeitszeit



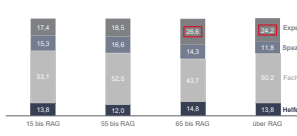
Situation Beschäftigter im Rentenalter – 14. Juli 2022 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Vergleich Anforderungsniveau (nach Geschlecht) Männer sind verstärkt als Experten, Frauen als Helfer sozialversicherungspflichtig beschäftigt

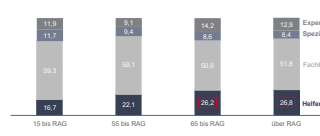
Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Anforderungsniveau in %
 Bayern
 30.6.2021



Männer: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Anforderungsniv. in %
 Bayern
 30.6.2021



Frauen: Anteile sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nach Anforderungsniv. in %
 Bayern
 30.6.2021



Situation Beschäftigter im Rentenalter – 14. Juli 2022 © Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
 Situation Beschäftigter im Rentenalter

Die komplette Präsentation
 ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_6



Gründe für (Nicht-)Erwerbsarbeit im Ruhestand

Dr. Laura Romeu Gordo | *Deutsches Zentrum für Altersfragen, DZA*, Dr. Stefanie Gundert | *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, IAB*, Heribert Engstler | *DZA*, Prof. Dr. Claudia Vogel | *Hochschule Neubrandenburg*, Dr. Julia Simonson | *DZA*



Dr. Laura Romeu Gordo

Dr. Laura Romeu Gordo ist wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie Stellvertreterin der Forschungsleitung am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA). Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Arbeit, Ruhestand und Alterssicherung sowie Gender-Aspekte der Arbeitsmarktpartizipation.

Dr. Stefanie Gundert ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg. Sie forscht schwerpunktmäßig zu den Themen Armut und soziale Exklusion, Arbeitsplatzqualität und atypische Beschäftigung.

Heribert Engstler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Zentrum für Altersfragen (DZA) in Berlin.

Prof. Dr. Claudia Vogel ist Professorin für Soziologie und Methoden der quantitativen Sozialforschung an der Hochschule Neubrandenburg. Forschungsschwerpunkte sind Altersarmut und freiwilliges Engagement.

Dr. Julia Simonson ist Soziologin und Leiterin des Bereichs Forschung sowie stellvertretende Institutsleiterin des DZA. Sie leitet außerdem den Deutschen Alterssurvey (DEAS). Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Soziale Ungleichheit, Freiwilliges Engagement und Partizipation sowie Erwerbsverläufe und Alterssicherung.

Abstract

Erwerbstätigkeit im Ruhestand ist heute wesentlich verbreiteter als noch Mitte der 1990er-Jahre. Dabei sind die Gründe, warum Personen im Ruhestand einer bezahlten Arbeit nachgehen, vielfältig. Obgleich auch finanzielle Gründe eine Rolle spielen, ist Erwerbsarbeit im Ruhestand Studien zufolge häufig nicht in erster Linie finanziell motiviert. Weitgehend unerforscht ist allerdings, warum Personen im Ruhestand keiner Erwerbsarbeit nachgehen und welche Gründe hinter nicht realisierten Erwerbswünschen im Rentenalter stehen.

Mit Daten der IAB-Befragung Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS) des Jahres 2018 werden die sozioökonomischen Lebensverhältnisse von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen im Ruhestand untersucht sowie die Gründe für (Nicht-)Erwerbstätigkeit in dieser Lebensphase.

Zuerst ist festzustellen, dass Erwerbsarbeit im Ruhestand mit zunehmendem Alter seltener auftritt: 15% der 65- bis 69-jährigen und 13% der 70- bis 74-jährigen Rentnerinnen und Rentner, aber nur 2% der noch älteren Rentenbeziehenden sind erwerbstätig.

Darüber hinaus zeigen die Ergebnisse, dass die Wahrscheinlichkeit, im Ruhestand einer Erwerbsarbeit nachzugehen, bei hohem Bildungsniveau am größten ist, zugleich ist sie bei Personen, die ohne ihr Erwerbseinkommen über ein relativ geringes Haushaltseinkommen verfügen, höher als bei denjenigen mit besseren finanziellen Ressourcen.

Im Hinblick auf die Motivation spielen bei 43% der erwerbstätigen Rentnerinnen und Rentner finanzielle Motive eine Rolle, wengleich die meisten

Merkmale der Erwerbstätigkeit (Rentenbeziehende unter 75 Jahren)

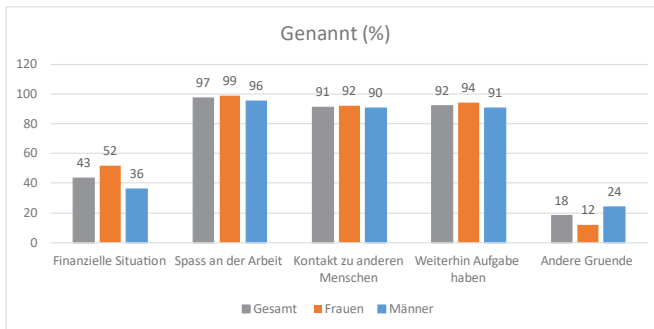
	Gesamt	Frauen	Männer
Beschäftigungsform (in Prozent)			
Geringfügige Beschäftigung	67,5	75,1	61,1
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	10,0	5,5	13,8
Selbständige/Mithelfende Familienangehörige	22,5	19,4	25,1
<i>Beobachtungen</i>	181	79	102
Wochenarbeitsstunden (Mittelwert)	14,5	11,7	17,0
<i>Beobachtungen</i>	167	73	94
Arbeitszeit unregelmäßig oder nicht festgelegt (%)	9,6	8,9	10,3
<i>Beobachtungen</i>	183	79	104
Abhängig Beschäftigte: Beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt wie vor dem Ruhestand (in Prozent)	45,3	60,1	31,7
<i>Beobachtungen</i>	132	59	73

Quelle: PASS Welle 12 (2018), Prozentangaben und Mittelwerte gewichtet.

*/** Kennzeichnet signifikante Unterschiede zwischen Frauen und Männern (getestet auf Grundlage eines gewichteten zweiseitigen t-Test auf 5%-Fehlerniveau (**)/ 10 %-Fehlerniveau (*).

Rentenbeziehenden nicht-monetäre Gründe für ihre Erwerbsarbeit angeben, wie Spaß an der Arbeit oder das Bedürfnis nach einer sinnvollen Aufgabe und sozialen Kontakten. Nicht-erwerbstätige Rentenbeziehende haben ganz überwiegend keinen Erwerbwunsch mehr und sehen mehrheitlich keine finanzielle Notwendigkeit zu arbeiten. Personen mit niedrigen Einkommen geben häufiger gesundheitliche Probleme und fehlende Stellenangebote als Gründe für die Nichterwerbstätigkeit an.

Motive für Erwerbsarbeit im Ruhestand

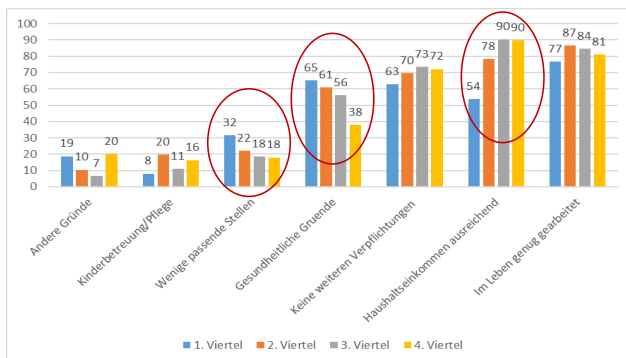


Quelle: PASS Welle 12 (2018), gewichtet, N=183.

Frage und Antwortkategorien: Aus welchen Gründen sind Sie im Ruhestand erwerbstätig? Sagen Sie mir bitte für jeden der nachfolgend genannten Gründe, ob dieser auf Sie zutrifft oder nicht. A: Aufgrund Ihrer gegenwärtigen finanziellen Situation. B: Weil Sie Spaß an der Arbeit haben. C: Weil Ihnen der Kontakt zu anderen Menschen wichtig ist. D: Weil Sie auch weiterhin eine Aufgabe haben möchten. E: Aus anderen Gründen.

Sämtliche Anteilsunterschiede zwischen den Geschlechtern fallen statistisch nicht signifikant aus.

Gründe für Nichterwerbstätigkeit von Rentenbeziehenden nach Haushaltseinkommen



Quelle: PASS Welle 12 (2018), gewichtet, N=1.009.

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Gründe für (Nicht-)Erwerbsarbeit im Ruhestand

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_7



Digitalisierung in der häuslichen Pflege und Therapie – Perspektiven und Barrieren

Prof. Dr. Sonja Haug, Edda Currle, Dr. Debora Frommeld, Prof. Dr. Karsten Weber |
*Institut für Sozialforschung und Technikfolgenabschätzung (IST) an der Ostbayerischen Technischen
Hochschule (OTH) Regensburg*



Prof. Dr. Sonja Haug

Prof. Dr. Sonja Haug ist Professorin für Empirische Sozialforschung an der OTH Regensburg und Ko-Leiterin des IST. Nach dem Studium der Soziologie an der Universität Mannheim promovierte sie dort und habilitierte an der Universität Mainz. Sie arbeitete an den Universitäten Mannheim, Stuttgart und Leipzig, im Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung sowie im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ihre Forschungsthemen umfassen unter anderem Demografie, Migration, Familie sowie soziale Aspekte von Technik im Gesundheits- und Energiebereich.



Edda Currle

Edda Currle, Dipl. Pol., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IST. Nach dem Studium der Politikwissenschaften und der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Bamberg und Leipzig arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am europäischen forum für migrationsstudien (efms), ein Institut an der Universität Bamberg, und als Projektmanagerin für die Virtuelle Hochschule Bayern (vhb). In ihrer Forschung befasst sie sich unter anderem mit sozialen Aspekten von Technik im Gesundheitsbereich sowie Fragen der Migration und Integration.

Dr. Debora Frommeld ist Soziologin, Kulturwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am IST der OTH Regensburg. Nach ihrem Studium in Augsburg und Chambéry (Frankreich) promovierte sie mit einer Arbeit zur Geschichte und Soziologie der Selbstvermessung. Sie arbeitete unter anderem an den Universitäten und Universitätskliniken in München, Göttingen und Ulm.

In ihrer Forschung und Lehre beschäftigt sie sich mit (ästhetischen) Alltagspraktiken an der Schnittstelle von Gesundheit, Körper, Technik und Digitalisierung.

Prof. Dr. Karsten Weber ist Ko-Leiter des IST sowie Direktor des Regensburg Center of Health Sciences and Technology (RCHST) der OTH Regensburg. Er hält außerdem eine Honorarprofessur für Kultur und Technik an der BTU Cottbus-Senftenberg. Nach dem Studium der Philosophie an der Universität Karlsruhe (TH) promovierte er dort und habilitierte an der EUV Frankfurt/Oder. Er arbeitete an den Universitäten Karlsruhe, Frankfurt/Oder, Opole (Polen), der TU Berlin und der BTU Cottbus-Senftenberg. Seine Forschungsthemen umfassen unter anderem angewandte Ethik, Technikfolgenabschätzung und Technikbewertung.

Abstract

In einem ersten Schritt wird auf die Frage des Fachkräftemangels im Gesundheitsbereich eingegangen und thematisiert, welchen Beitrag digitale

Assistenzsysteme hierzu leisten können. Grundlage sind unter anderem Ergebnisse einer Befragung von Führungskräften in stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen und deren Einschätzung,

OTH OSTBAYERISCHE TECHNISCHE HOCHSCHULE LEGENSBURG

Digitale Assistenzsysteme

Systematik

1. Kommunikation & Entertainment: Videotelefonie, computergestützte Spiele für ältere und hochbetagte Personen, Entertainment-Roboter;
2. Sicherheitssysteme: Ortungs- und Überwachungssysteme für demenziell veränderte Personen, Sturzsensoren, Geofencing, intelligente Fußmatten, mobile Aufstehhilfen;
3. Monitoring: Vitaldatenmonitoring, Telemonitoring, Telerehabilitation/-care, Telemedizin, Wundmanagement-Systeme;
4. Dokumentationssysteme: elektronische Patient*innenakte, elektronische Visite;
5. Informationssysteme: Tablet PCs mit Erinnerungsfunktion, Sprachassistenzsysteme, Übersetzungssysteme bei Verständigungsschwierigkeiten;
6. Serviceroboter: Transportaufgaben, Hol- und Bringdienste, Anreicherung von Getränken
7. Pflegeroboter: personenbezogene Pflege wie Hebehilfen oder intelligente Pflegewagen als pflegeunterstützende Tools.
8. Rehabilitationsrobotik, z.B. für die Physiotherapie oder Logopädie

inwieweit durch Digitalisierung Personal eingespart und einem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden könnte (BMBF-gefördertes Projekt DAAS-KIN). Im Fokus des Beitrags stehen Ergebnisse des laufenden Projekts DeinHaus4.0 Oberpfalz: TePUS, in dem Telepräsenzroboter zur Unterstützung von Pflege und Therapie bei Schlaganfall im häuslichen Umfeld in der (ländlichen) Region Oberpfalz getestet werden. Ziel ist die Erprobung einer durch Digitalisierung und Teletherapie verbesserten Versorgung. Es wird insbesondere auf die Akzeptanz der Technik aus Perspektive von Patient*innen, Angehörigen und Therapiepersonal eingegangen. Es werden Chancen, aber auch Akzeptanzbarrieren diskutiert, wobei auf soziale, ethische und rechtliche („ELSI“-)Aspekte eingegangen wird.

OTH OSTBAYERISCHE TECHNISCHE HOCHSCHULE LEGENSBURG

Nutzung digitaler Assistenzsysteme

Ergebnisse aus Befragung von Führungskräften in Pflegeeinrichtungen im Projekt „Diffusion altersgerechter Assistenzsysteme – Kennzahlenerhebung und Identifikation von Nutzungshemmnissen (DAAS-KIN)“

Welche digitalen Assistenzsysteme aus den folgenden Bereichen nutzen Sie?
(Mehrfachnennungen sind möglich)

- In ambulanten Einrichtungen kaum digitale Systeme
- Vor allem Dokumentations- und Sicherheitssysteme

Systemkategorie	stationäre Pflegeeinrichtung	ambulante Pflegedienst
Informationssysteme n.s.	22,5%	22,9%
Dokumentationssysteme ***	85,0%	28,6%
Monitoring n.s.	17,5%	8,6%
Sicherheitssysteme ***	70,0%	2,9%
Pflegeroboter n.s.	7,5%	0,0%
Serviceroboter n.s.	0,0%	0,0%
Kommunikation & Entertainment ***	40,0%	5,7%

n=75, Chi-Quadrat Test: *** p < 0,001, n.s. p > 0,05

OTH OSTBAYERISCHE TECHNISCHE HOCHSCHULE LEGENSBURG

Arbeitsbelastung

Ergebnisse

- Bei Pflegerobotern, Sicherheitssystemen, Monitoring und Dokumentationssystemen wird Abnahme Arbeitsbelastung erwartet (Abb.)

Ihrer Einschätzung nach: Inwieweit wirkt sich der Einsatz der bereits genutzten digitalen Assistenzsysteme auf die Arbeitsbelastung in Ihrer ambulanten/stationären Einrichtung aus?

Systemkategorie	nimmt sehr stark/stark zu	keine Änderung	nimmt sehr stark/stark ab
Kommunikation & Entertainment	25,0	58,3	16,7
Serviceroboter	25,0	58,3	16,7
Pflegeroboter	25,0	25,0	50,0
Sicherheitssysteme	14,8	37,0	48,1
Monitoring	15,8	42,1	42,1
Dokumentationssysteme	27,8	33,3	38,9
Informationssysteme	22,2	48,1	29,6

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Digitalisierung in der häuslichen Pflege
und Therapie – Perspektiven und Barrieren

Die komplette Präsentation
ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_8



Pflegebedürftigkeit im Alter: Forschungspotential der Pflegebegutachtungsdaten

Dr. Johanna Schütz, Annika Hudelmayer | *Bayerisches Forschungszentrum Pflege Digital*



Annika Hudelmayer

Dr. Johanna Schütz ist seit 2020 an der Hochschule Kempten als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bayerischen Forschungszentrum Pflege Digital. Als Teil eines interdisziplinären Teams forscht sie zu den Themen Familie und Alter(n), pflegende Angehörige sowie Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich. Johanna Schütz hat Soziologie, Politikwissenschaft und Gender Studies an der Universität Konstanz und an der LMU München studiert. Sie promovierte innerhalb des Netzwerks „Max Planck International Research Network on Aging“ der Max-Planck-Institute für demografische Forschung in Rostock und für Sozialrecht und Sozialpolitik in München. Zuletzt war sie Referentin in der Geschäftsstelle für den Neunten Familienbericht der Bundesregierung am Deutschen Jugendinstitut.

Annika Hudelmayer ist seit April 2022 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bayerischen Forschungszentrum Pflege Digital mit dem Schwerpunkt Bedarfe in Haushalten mit Pflegeaufgaben und pflegenden Angehörigen. Zuvor absolvierte sie ihr Bachelorstudium der Sozialen Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Landshut und ihr Masterstudium der Sozialwissenschaften an der Universität Augsburg. Anschließend war sie am Deutschen Jugendinstitut München unter anderem in der Geschäftsstelle für den Neunten Familienbericht der Bundesregierung tätig.

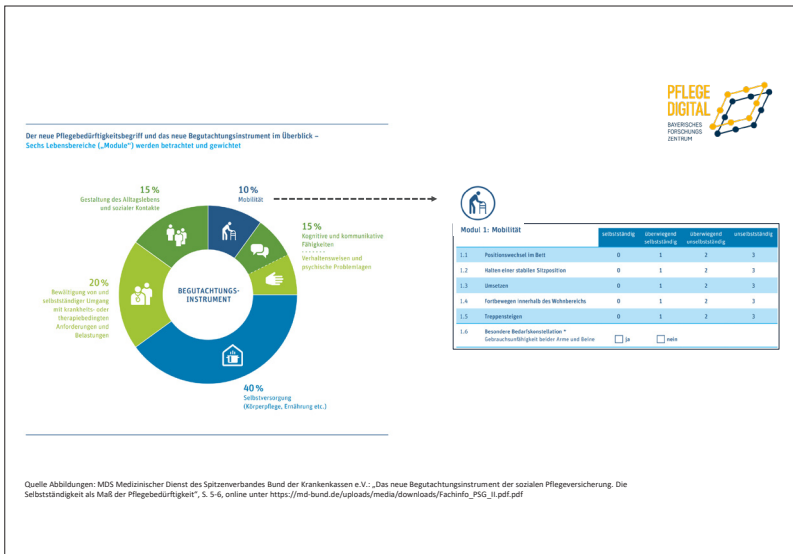
Abstract

Der Beitrag beschäftigt sich mit dem wissenschaftlichen Potenzial der Daten aus den Pflegebegutachtungen des Medizinischen Dienstes. Der Medizinische Dienst (MD) ist zuständig für gesetzlich Versicherte und führt Pflegebegutachtungen auf Basis des SGB XI (Soziale Pflegeversicherung) durch. Im Rahmen der Begutachtung werden sechs Lebensbereiche betrachtet und durch ein standardisiertes Instrument erfasst: Mobilität, kognitive und kommunikative Fähigkeiten/Verhaltensweisen und psychische Problemlagen, Selbstversorgung (Körperpflege, Ernährung etc.), Umgang mit krankheitsspezifischen beziehungsweise therapiebedingten Anforderungen und Gestaltung des Alltagslebens sowie sozialer Kontakte. Sofern die Person die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit erfüllt, wird auf der Grundlage der begutachteten Lebensbereiche ein Pflegegrad errech-

net, welcher von 1 (= geringe Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit) bis 5 (= schwerste Beeinträchtigungen der Selbstständigkeit/der Fähigkeiten mit besonderen Anforderungen an die pflegerische Versorgung) reicht (vgl. MDS & GKV 2021¹).

Gegenstand des Vortrags ist ein Einblick in Daten des MD Bayern aus dem Jahr 2019, in dem mehr als 126 000 Erstbegutachtungen bei Erwachsenen in Bayern durchgeführt wurden. Neben detaillierten pflegerelevanten Informationen werden Daten präsentiert, welche im Rahmen der Begutachtungen erhoben wurden und Potenzial für die sozialwissenschaftliche beziehungsweise interdisziplinäre Forschung bieten: Alter, Geschlecht, Wohnort, Wohnsituation, ICD-10-Diagnosen, Informationen zu außerhäuslicher Mobilität, zur Fähigkeit der Haushaltsführung und das Vorhandensein unterstützender Personen (z. B. pflegende

¹ Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e.V. (MDS) & GKV-Spitzenverband (2021): Richtlinien des GKV-Spitzenverbandes zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit nach dem XI. Buch des Sozialgesetzbuches, Essen/Berlin. www.medizinischerdienst.de/fileadmin/MD-zentraler-Ordner/Downloads/01_Pflegebegutachtung/BRI_Pflege_210930_barrierefrei.pdf



Angehörige). Auf dieser Grundlage lassen sich physische und kognitive Einschränkungen, Soziodemografie sowie Wohnsituation und regionale Disparitäten von Erwachsenen in Bayern abbilden, welche Pflege- und Assistenzbedarf aufweisen. Vor- und Nachteile der Daten gegenüber großangelegten Umfragedaten aus der Altersforschung (wie z. B. SHARE, DEAS) werden diskutiert. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf laufende und geplante Forschungsarbeiten.



Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Pflegebedürftigkeit im Alter: Forschungspotential der Pflegebegutachtungsdaten

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_9



Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland

Benedikt Preuß, Thomas Kalwitzki, Franziska Heinze, Prof. Dr. Heinz Rothgang | *Universität Bremen*



Benedikt Preuß

Benedikt Preuß ist Pflegewissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Thomas Kalwitzki ist Dipl. Gerontologe und wissenschaftlicher Geschäftsführer der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Franziska Heinze ist Epidemiologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Prof. Dr. Heinz Rothgang ist Gesundheitsökonom und leitet die Abteilung Gesundheit, Pflege und Alterssicherung im SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen.

Abstract

Hintergrund: Aktuelle gesetzliche Veränderungen zielen auf eine seit Langem notwendige Mehrpersonalisierung in der vollstationären Langzeitpflege ab. Da sich sowohl Rahmenbedingungen als auch die aktuelle Personalsituation in den Bundesländern stark unterscheiden, ist eine einfache Abschätzung der daraus resultierenden Mehrbedarfe an aus- und weiterzubildenden Pflegekräften nicht trivial.

Zielsetzung: Die Analyse zielt darauf ab, länderspezifische qualifikationsdifferenzierte Pflegepersonalbedarfe abzuschätzen. Dabei werden Modellrechnungen auf Grundlage unterschiedlicher Rahmenbedingungen durchgeführt.

Methodik: Die Analyse basiert auf Rohdaten der Pflegestatistik 2019 zu Bewohnerinnen, Bewohnern und Pflegekräften. Anhand dessen wird abgeschätzt, wie sich der Bedarf an Personal durch veränderte Rahmenbedingungen (u. a. Bevölkerungsvorausberechnung) entwickelt. Dabei kann länderspezifisch nach Qualifikationen differenziert ermittelt werden, wie groß der Anteil der Einrichtungen mit Pflegeper-

sonalmehrbedarfen ist. Zudem können länderspezifisch durchschnittliche Mehrbedarfe nach Qualifikationen ausgewiesen werden.

Ergebnisse: Es zeigt sich, dass länderübergreifend in einem Großteil der Einrichtungen ausgebildete Pflegehilfs- und -assistenzkräfte fehlen und angelesene Hilfskräfte und Pflegefachkräfte in vielen Einrichtungen ausreichend vorhanden sind. Während Mehr- und Minderbedarfe Letzterer durch Umverteilungen zwischen den Einrichtungen weitestgehend ausgeglichen werden können, bestehen in Bezug auf ausgebildete Pflegehilfs- und assistenzkräfte echte personelle Mehrbedarfe.

Diskussion: Die Ergebnisse sind aufgrund eingeschränkter Aktualität der Daten nur bedingt belastbar. Zudem werden aggregierte Daten auf Länderebene erzeugt, die nur im Mittel zu interpretieren sind und nicht die Situation individueller Einrichtungen abbilden. Dennoch ermöglichen die Abschätzungen erstmals differenzierte Angaben zum Pflegepersonalbedarf.

Universität Bremen | socium | Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland | Benedikt Preuß

I. Bedarfsgerechte Personalausstattung

Das neue Personalbemessungsinstrument (PeBeM)

1. Beschreibung aller pflegerischen Tätigkeiten in einem **Interventionskatalog**
2. Definition zur bedarfsgerechten **Erbringung** und bedarfsgerechtem **Qualifikationsniveau**
3. **Beschattung** aller Pflegekräfte zur Messung des **IST** mittels des Interventionskatalogs und **IST-SOLL-Abgleich** mithilfe von konsentierten Instrumenten
4. Ermittlung des **bedarfsorientierten SOLL** aus gemessenem **IST** zuzüglich der fachlich notwendigen Zu- und Abschläge in **Menge, Zeit und Qualifikation**

→ **Algorithmus 1.0** ermittelt anhand der Bewohnerschaft einer vollstationären Langzeitpflegeeinrichtung die **Anzahl der Pflegekräfte** differenziert nach **Qualifikationsniveau** für eine bedarfsgerechte Versorgung

- QN 1-2: un-/angelernte Hilfskräfte
- QN 3: Pflegehelfer:innen mit 1- oder 2-jähriger Ausbildung
- QN 4: Pflegefachpersonen mit 3-jähriger Ausbildung

} Assistenzkräfte

Schlussfolgerung: Die Mehrpersonalisierung ausgebildeter Pflegehilfs- und assistenzkräfte muss einerseits im Rahmen von ordnungsrechtlichen Anpassungen und andererseits bei der Förderung von Aus- und Weiterbildungen berücksichtigt werden.

Universität Bremen | socium | Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland | Benedikt Preuß

I. Bedarfsgerechte Personalausstattung

Kernergebnisse von PeBeM

1. Quantitativ: deutliche Personalmehrbedarfe
2. Qualitativ: Veränderung des Personalmix

Rothgang et al. 2020: 256 & 258

Universität Bremen | socium | Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland | Benedikt Preuß

IV.1 Personalbestand

VZÄ und Qualifikationsmix

Pflegepersonal insgesamt 338 Tsd. VZÄ

QN 6: insgesamt 614 VZÄ

Ausgewählte Folien zum Vortrag: Pflegepersonalbedarfe in der stationären Langzeitpflege in Deutschland

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter: s.bayern.de/st_2022_10



Ältere in der Stadt – eine Analyse auf Basis der Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB)

Dr. Judith Kaschowitz, Cornelia Müller, Dorothee Winkler |
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung



Cornelia Müller

Dr. Judith Kaschowitz ist seit September 2021 wissenschaftliche Projektleiterin im Referat „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR). Davor war sie an der TU Dortmund wissenschaftliche Mitarbeiterin und hat dort am Lehrstuhl für Sozialstruktur und Soziologie Alternder Gesellschaften promoviert. Ihr Forschungsfokus liegt auf den Themen Alter(n), Pflege und Gesundheit.

Cornelia Müller ist studierte Geographin und seit Oktober 2021 als wissenschaftliche Projektleiterin im Referat „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR) tätig. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt auf der Analyse kleinräumiger Stadtentwicklungsprozesse, insbesondere zu demographischen Themen.



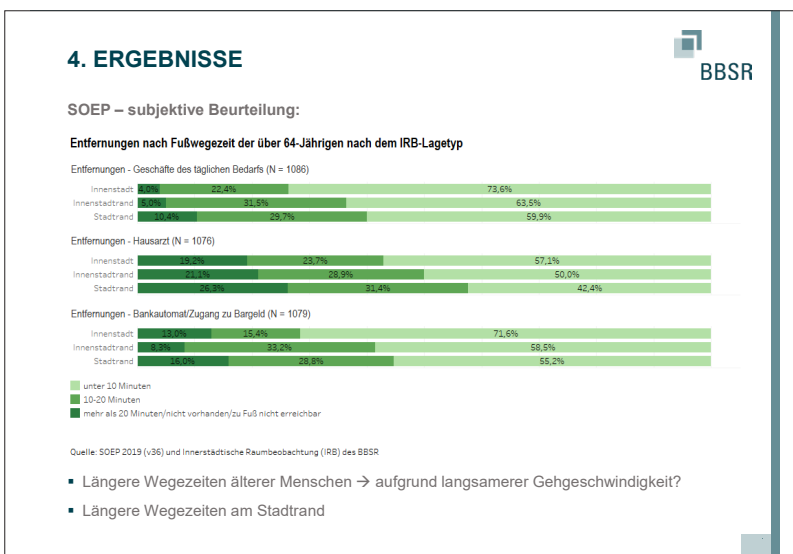
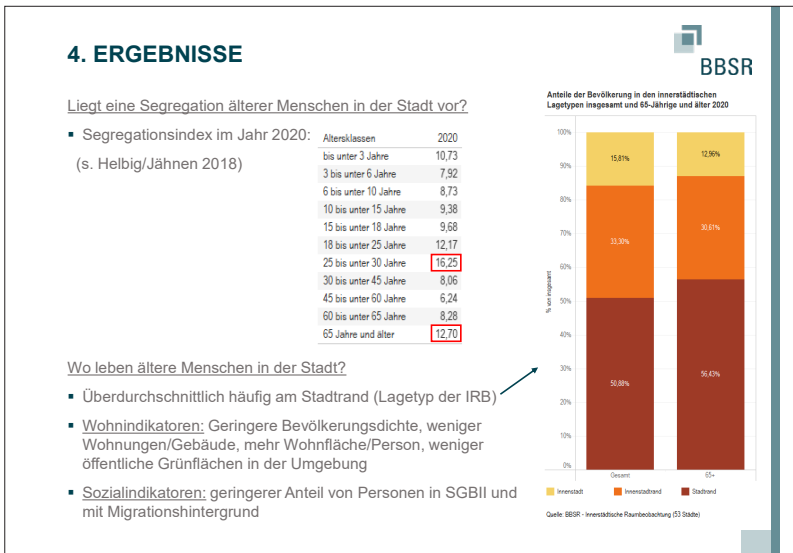
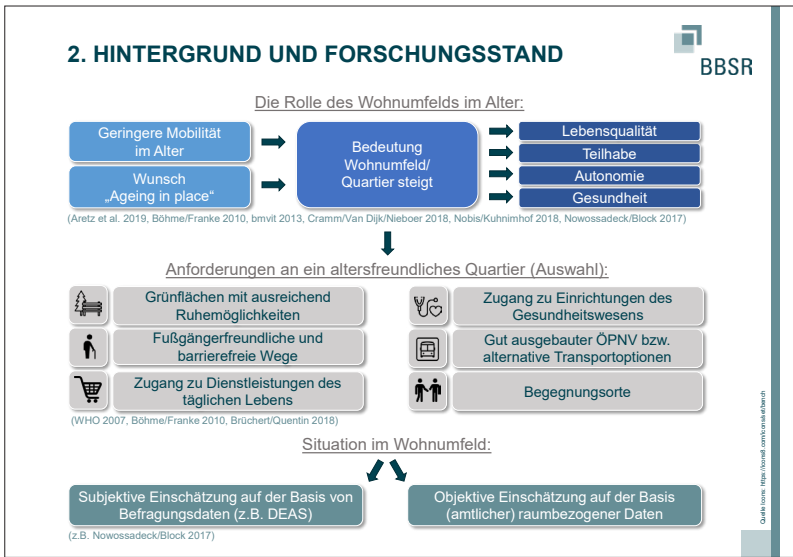
Dorothee Winkler

Dorothee Winkler arbeitet seit 2013 im Referat „Städtebauförderung, Soziale Stadtentwicklung“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt-, und Raumforschung (BBSR). Sie betreut dort vor allem die Innerstädtische Raubeobachtung (IRB). Dabei koordiniert sie die Datenlieferungen durch die Städte, plausibilisiert und analysiert die Daten.

Abstract

Laut aktueller Raumordnungsprognose des BBSR werden im Jahr 2040 26,6% der Menschen 65 Jahre und älter sein. In Regionen, in denen im Referenzjahr 2017 anteilmäßig noch unterdurchschnittlich viele Ältere lebten, fällt das Wachstum dieser Altersgruppe weit überdurchschnittlich aus. Weiter lässt sich beobachten, dass der Anteil älterer Ausländer wächst. Von diesen Entwicklungen sind zentrale und wachsende Regionen, das heißt Städte, besonders betroffen. Aus Bundesperspektive sind Kenntnisse über die Lage Älterer in den Städten von Interesse, um (künftige) Förderprogramme sich wandelnden Bedürfnissen anzupassen. Bisher gibt es jedoch wenig stadtübergreifende Informationen dazu, ob Ältere und Hochaltrige sich in bestimmten Stadtgebieten konzentrieren und ob sich die Infrastrukturausstattung (z. B. Ärzte, Apotheken, Post, Freizeit) dort von der

in anderen Gebieten unterscheidet. In diesem Beitrag gehen wir diesen Fragen nach und fokussieren uns sowohl auf mögliche Unterschiede zwischen den Städten als auch auf die innerstädtische Varianz. Abschließend werden Implikationen – auch für die Städtebauförderung – diskutiert. Die Analyse basiert auf Daten der „Innerstädtischen Raubeobachtung (IRB)“. Damit können 56 deutsche Großstädte untersucht werden, zu denen kleinräumige Informationen zu verschiedenen Sozial- und Wohnindikatoren vorliegen. Durch eine Verschneidung mit OpenStreetMap-Daten können Infrastrukturmerkmale in die Analyse mit einbezogen werden. Ziel ist es, mehr über die Lebensbedingungen Älterer auf kleinräumiger Ebene zu erfahren, um sich wandelnde Anforderungen an die Wohnumgebung künftig adressieren zu können.



Ausgewählte Folien zum Vortrag:
 Ältere in der Stadt – eine Analyse auf Basis
 der Innerstädtischen Raumbeobachtung (IRB)

Die komplette Präsentation
 ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_11



Freizeitgestaltung der Babyboomer. Heute und morgen?

Benjamin Stefan, Yannick Loeppke, Dr. Andreas Hartung | *Technische Universität Kaiserslautern*



Benjamin Stefan

Benjamin Stefan hat Soziologie in Halle (Saale) und Erlangen studiert und ist seit 2021 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im interdisziplinären „Projekt Ageing Smart – Räume intelligent gestalten“ für das Fachgebiet Stadtsoziologie der TU Kaiserslautern tätig. Sein inhaltlicher Schwerpunkt liegt auf der Freizeitgestaltung der deutschen Babyboomer in digital-analog verzahnten Räumen.

Yannick Loeppke hat Soziologie und Wirtschaftssoziologie in Trier studiert und arbeitet seit 2021 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Verbundprojekt „Ageing Smart – Räume intelligent gestalten“ des Fachgebiets Stadtsoziologie der TU Kaiserslautern. In der Forschung beschäftigt er sich mit Lebensstilen und Wohnverhalten der Babyboomer-Jahrgänge 1955–1969. Der Fokus liegt insbesondere auf Wahrnehmung und Bewertung des Wohnumfelds unterschiedlicher Lebensstile in verschiedenen Siedlungsräumen.

Dr. Andreas Hartung ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachbereich Raum- und Umweltplanung der technischen Universität Kaiserslautern. Er promovierte 2017 in Soziologie an der Universität Tübingen. Seine Forschungsschwerpunkte sind lokale und regionale Kontexteffekte auf individuelle Entscheidungen sowie Fragen der Wohnsoziologie.



Yannick Loeppke

Abstract

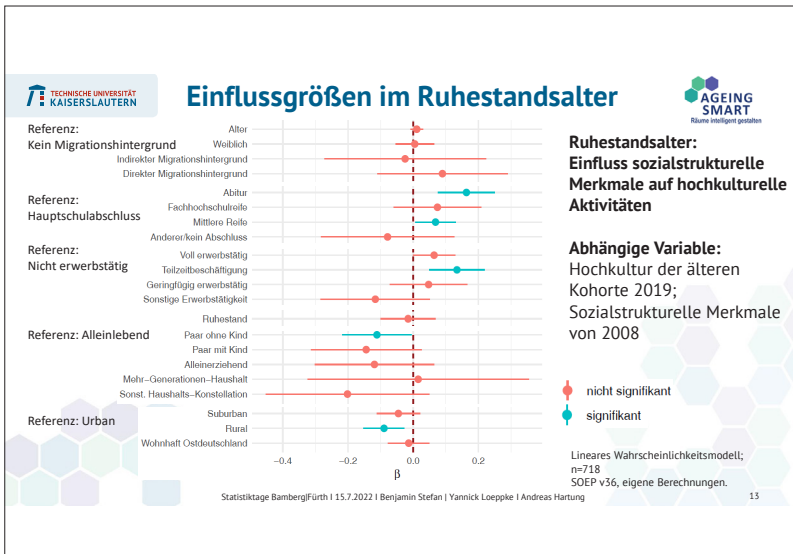
Der demografische Wandel und die räumliche Polarisierung werden die Kommunen in unterschiedlichen Siedlungsräumen vor Herausforderungen stellen. In den kommenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer (über 1 Mio. Geburten jährlich: 1955–1969) in den Ruhestand eintreten und dadurch vermehrt Freizeitangebote an ihren Wohnstandorten nachfragen. Diese Kohorte gilt als aktiver, materiell besser ausgestattet und pluraler als bisherige Kohorten.

Der Beitrag liefert eine erste Einschätzung, welche Angebote im Freizeit- und Kulturbereich vermehrt angefragt werden, wie sich der Ruhestand auf die Veränderung des Freizeitverhaltens auswirkt und welche Unterschiede in urbanen, suburbanen und ländlichen Räumen zu erwarten sind.

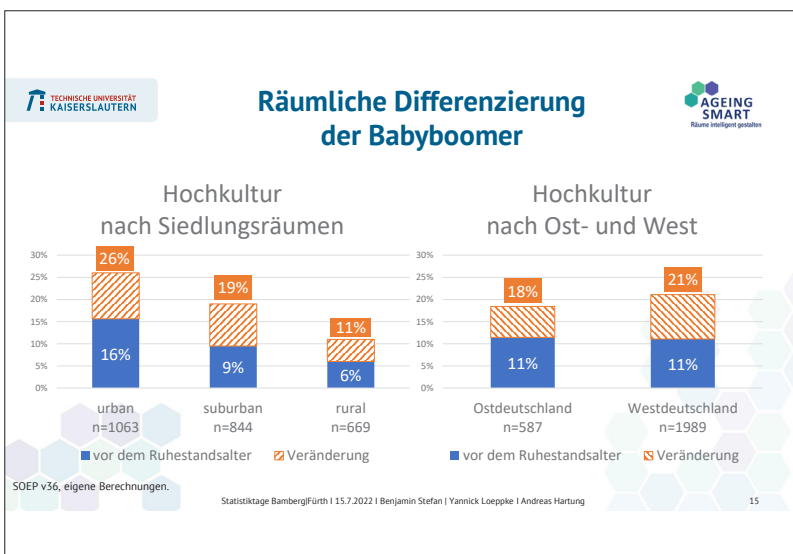
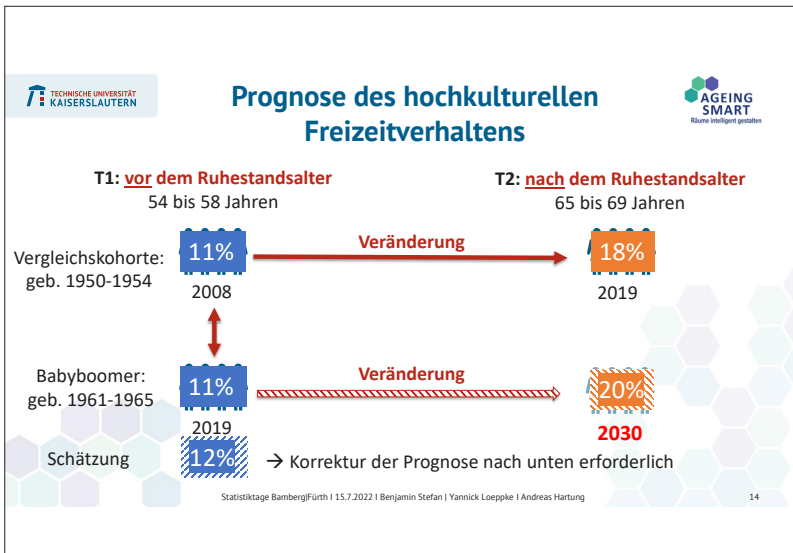
Auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels wird das Freizeitverhalten der mittleren Altersgruppe

der Babyboomer (hier 1961–1965 Geborene) mit dem der im Ruhestand befindlichen Kohorte 1950–1954 verglichen. Überprüft wird, a) welche Tätigkeiten die Vorgängerkohorte im selben Alter ausübte wie die Babyboomer zum Untersuchungszeitpunkt. Dabei sollen b) die soziodemografische und sozialstrukturelle Zusammensetzung beider Kohorten herausgearbeitet, c) der Einfluss dieser Merkmale auf die Freizeitaktivitäten analysiert, d) die Veränderungen des Freizeitverhaltens der Vergleichsgruppe nach dem Rentenübergang untersucht und e) auf dieser Basis potenzielle Entwicklungen für die Babyboomer nach dem Übergang in den Ruhestand aufgezeigt werden. Differenziert wird nach West- und Ostdeutschland sowie nach Siedlungsräumen (städtisch-suburban-ländlich).

Erste Analysen zeigen, dass die Babyboomer im Vergleich zur älteren Kohorte seltener hochkultu-



relle und häufiger popkulturelle Veranstaltungen besuchen. Wir erwarten, dass der Besuch von Freunden und Familie sowie ehrenamtliche Tätigkeiten im Ruhestand zunehmen. Die geänderte Rolle der Frau, die Bildungsexpansion und die Migrationserfahrung werden in unterschiedlichen Räumen als zentrale Einflussgrößen für Freizeitaktivitäten erwartet.



Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Freizeitgestaltung der Babyboomer. Heute und morgen?

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter:
s.bayern.de/st_2022_12



Digitalisierung für ältere Menschen in der Stadt Nürnberg

Mareen Bähr und Dr. Eva Kopf | Stadt Nürnberg



Dr. Eva Kopf

Mareen Bähr leitet bei der Stadt Nürnberg im Referat für Jugend, Familie und Soziales/Seniorenamt den Fachbereich Quartiersentwicklung und Seniorennetzwerke. Sie studierte Sozialwissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen Nürnberg. Zu ihren Themenbereichen zählen die Quartiersentwicklung, das Freiwilligenmanagement, die offene Seniorenarbeit, sowie Altersarmut, Digitalisierung und Teilhabestrukturen für das Alter.

Dr. Eva Kopf ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Stadt Nürnberg im Referat für Jugend, Familie und Soziales/Seniorenamt im Bereich Monitoring tätig. Sie studierte Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz und promovierte in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg. Sie befasst sich mit Fragen zur demographischen Entwicklung in der Stadt Nürnberg, Altersarmut, Digitalisierung und Bildung sowie mit älteren Migranten.

Abstract

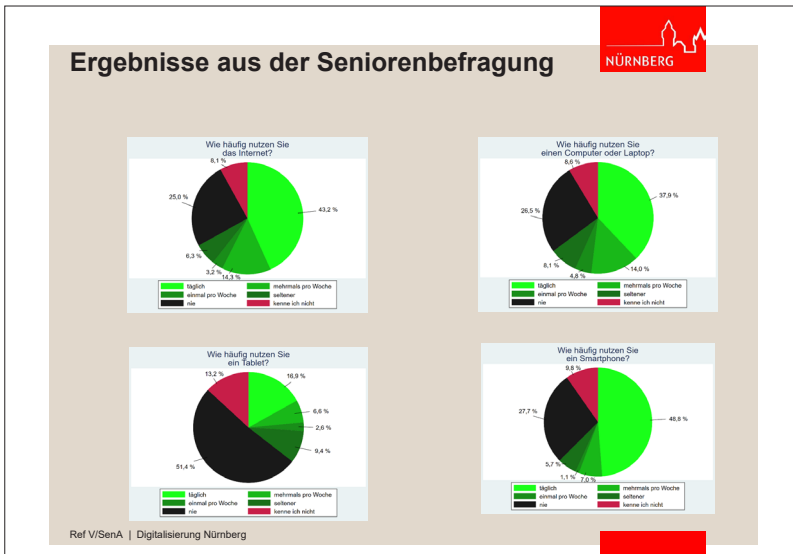
Ältere haben seltener einen Zugang zur digitalen Welt als Jüngere. Fast drei Viertel der Menschen, die das Internet nicht nutzen oder keinen Zugang hierzu haben, sind älter als 65 Jahre (D21-Digital-Index 2020/2021). Somit können viele Ältere die zahlreichen digitalen Angebote, die durch die Corona-Pandemie immer wichtiger wurden, nicht nutzen.

Die Stadt Nürnberg hat 2019 eine schriftliche Befragung von Menschen ab 60 Jahren zu vielen Themen des Älterwerdens mit 10 000 verschickten Fragebögen durchgeführt. Die Rücklaufquote betrug knapp 50%.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass gut 60% der Nürnberger Bevölkerung ab 60 Jahren das Internet mindestens einmal pro Woche nutzen. Große Unterschiede zeigen sich jedoch für verschiedene Altersgruppen. Die Internet-

nutzung nimmt mit steigendem Alter stark ab. Während unter den 60- bis 64-Jährigen fast 90% online sind, sind es bei den ab 90-Jährigen nur noch rund 11%. Weitere Faktoren, die mit einer geringeren Internetnutzung einhergehen, sind das Geschlecht, der Gesundheitszustand sowie die finanzielle Situation. So nutzen Frauen seltener das Internet als Männer. Außerdem sind Menschen mit schlechterem Gesundheitszustand oder Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln seltener online.

Damit digitale Teilhabe nicht zu einem Thema der Spaltung wird und jeder Mensch digital teilhaben kann, hat die Stadt Nürnberg im Sommer 2021 das Projekt „Wege in die digitale Welt für Ältere“ gestartet. Zielgruppe des Projekts sind ältere Menschen in Nürnberg, die bisher offline sind. Ihnen wird quartiersnah durch verschiedene Angebote wie Leihgeräte, ehrenamtliche Digitallotsen, Digital-Sprechstunden oder Digital-Cafés geholfen.



Angebotsformen:

„Erste Schritte mit Smartphone/ Tablet“:	Digital-Sprechstunde:	Digital-Café:
<ul style="list-style-type: none"> Im 1:1 –Tandem Wöchentliche Treffen à 1 Stunde, Häufigkeit individuell sehr unterschiedlich Inhalt: Telefonieren, Messenger Dienst mit Fotos und Videoanruf 	<ul style="list-style-type: none"> Z.B. 20 Minuten pro Ratsuchender/m nach Terminvereinbarung Z.B. ein fester Termin pro Woche à 2 Stunden 	<ul style="list-style-type: none"> Offenes Treffen Älterer mit Austausch über digitale Themen zu festen Terminen Digitalotse gibt Tipps, unterstützt den Erfahrungsaustausch und hilft bei Problemstellungen

Ref V/SenA | Digitalisierung Nürnberg

Zahlen

- Vermittlung in **1:1-Tandems** durch das Seniorenamt: 76 Ältere (66 Seniorinnen und 10 Senioren; Alter zwischen 68 und 88 Jahren)
- Nutzung von **Leihgeräten**: 27 Ältere (3-mal ein Tablet, 24-mal ein Smartphone); 5-mal anschließender Kauf des Smartphones)
- Angebot von 13 **Digital-Sprechstunden** in 11 Seniorennetzwerken
- Angebot von 2 **Digital-Cafés** in 2 Seniorennetzwerken
- Ehrenamtliche **Digitallotsen**: 36 Engagierte (18 Frauen und 18 Männer)

Ref V/SenA | Digitalisierung Nürnberg

Ausgewählte Folien zum Vortrag:
Digitalisierung für ältere Menschen in der Stadt Nürnberg

Die komplette Präsentation ist abrufbar unter:

s.bayern.de/st_2022_13





Statistik Netzwerk Bayern

Permanent wachsende Anforderungen an die Statistik sind ohne intensive Zusammenarbeit zwischen amtlicher und wissenschaftlicher Statistik nicht erfolgreich zu bewältigen. Das Bayerische Landesamt für Statistik erweitert seine Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung und fördert diese durch gemeinsame Veranstaltungen und Projekte. Zu diesem Zweck wurde im Februar 2013 das Statistik Netzwerk Bayern als Plattform für den gegenseitigen Austausch von Wissen und Erfahrung gegründet.

Mitglieder des Statistik Netzwerks Bayern sind:

- Bayerisches Landesamt für Statistik
- Otto-Friedrich-Universität Bamberg
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Bundesagentur für Arbeit
- Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
- Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München
- Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik – Munich Center for the Economics of Aging
- Institut für Geographie und Geologie der Julius-Maximilians-Universität Würzburg
- Universität Augsburg
- Wilhelm Löhe Hochschule für angewandte Wissenschaften
- Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.
- Technische Hochschule Deggendorf
- Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LifBi)

Weitere Netzwerkpartner können werden:

- Hochschulen und Fachhochschulen in Bayern sowie deren Einrichtungen und Lehrstühle/Professuren
- Forschungseinrichtungen mit Sitz in Bayern, auch soweit sie unselbstständige Teile einer juristischen Person des öffentlichen oder des privaten Rechts sind.

Institutionen mit Sitz außerhalb Bayerns können je nach Forschungsinteresse und Projektlage als kooperierende Institutionen in die Arbeit des Statistik Netzwerks Bayern einbezogen werden. Im Gegensatz zu Netzwerkpartnern nehmen sie nicht an der Steuerung des Netzwerks teil. Sie können aber an den Angeboten und Veranstaltungen des Netzwerks teilhaben und werden regelmäßig über dessen Aktivitäten informiert.

Kontaktadresse bei Fragen oder Interesse an einer Beteiligung am Netzwerk:

Statistik Netzwerk Bayern, c/o Bayerisches Landesamt für Statistik, 90725 Fürth
www.statistiknetzwerk.bayern.de • statistiknetzwerk@statistik.bayern.de

Veranstaltungshinweis:

Workshop „Qualitätsaspekte Maschinellen Lernens – Amtliche Statistik zwischen methodischer Aktualität und besonderer Qualitätsverpflichtung“, 6. – 8. September 2022, München

Mit dem European Code of Practice unterliegt die amtliche Statistik in Europa besonderen Qualitätsanforderungen. Eine dieser Anforderungen ist, dass die statistischen Prozesse zur Erhebung, Aufbereitung und Verbreitung von Statistiken internationalen Standards und Leitlinien in vollem Umfang genügen und zugleich dem aktuellen Stand der wissenschaftlichen Forschung entsprechen. Andererseits spielen Ansätze des maschinellen Lernens eine zunehmend größere Rolle in der amtlichen Statistikproduktion. Um das Erfahrungswissen der amtlichen Statistik in diesem Feld mit den Erkenntnissen der Wissenschaft unter dem Dach der Qualität zusammenzubringen, veranstaltet das Statistik Netzwerk Bayern diesen wissenschaftlichen Workshop vom 6. bis 8. September 2022 in München. Der Workshop wird für das Statistik Netzwerk Bayern vom Bayerischen Landesamt für Statistik, dem Institut für Statistik der Ludwig-Maximilians-Universität München und dem ifo Institut München unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes organisiert. Eine Anmeldung zur Veranstaltung ist unter anmeldung@statistik.bayern.de möglich.

Weitere Informationen sind hier zu finden: www.statistiknetzwerk.bayern.de/service/aktuelles/maschinellen-lernens

Impressionen von den StatistikTage Bamberg|Fürth 2022





Statistik-Tage Bamberg-Fürth 2012 – Methoden und Potenziale des Zensus 2011



Am 26. und 27. Juli 2012 fanden im Bibliothekssaal des Staatlichen Bauamts Bamberg die „Statistik-Tage Bamberg-Fürth 2012“ statt. Mit der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg gemeinsam organisierten Veranstal-

tung wurde die Idee einer regionalen Kooperation von Statistikern und empirischen Forschern mit Leben erfüllt. Präsident Karlheinz Anding zeigte sich sehr zuversichtlich, dass mit dem Auftakt der Statistik-Tage Bamberg-Fürth ein wichtiger Grundstein für einen regelmäßigen wissenschaftlichen Austausch von regionaler, amtlicher und akademischer Statistik gelegt wurde. Thematisch stand die Veranstaltung in diesem Jahr unter dem Motto „Die Methoden und Potenziale des Zensus 2011“, was zu einer hohen Beteiligung von Vertretern aus Wissenschaft und Statistik führte. Zukünftig ist geplant, dass die Statistik-Tage Bamberg-Fürth jährlich im Sommer stattfinden.

Ende Juli 2012 fanden erstmals die gemeinsam vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung und der Otto-Friedrich-Universität Bamberg durchgeführten Statistik-Tage Bamberg-Fürth statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung im Bibliothekssaal des Staatlichen Bauamts Bamberg von Präsident Karlheinz Anding und dem Präsidenten der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, Professor Godehard Ruppert. Das diesjährige Thema der Statistik-Tage, „Die Methoden und Potenziale des Zensus 2011“, stieß dabei auf das Interesse eines breiten Publikums. Da die Veranstaltung aus Platzgründen auf 100 Teilnehmer begrenzt war, konnten leider nicht alle Interessenten dabei sein. Zu den Teilnehmern zählten unter anderem sowohl Vertreter der amtlichen und universitären Statistik wie auch der Kommunalstatistik und der empirischen Forschung, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft waren anwesend.



Gut gelaunt zu Beginn: Frau Professorin Susanne Rässler (l.) und Herr Präsident Karlheinz Anding (r.).

Präsident Karlheinz Anding, der sich gleich zu Beginn seines Grußworts zunächst bei Professorin Susanne Rässler als Mitkoordinatorin der Statistik-Tage herzlich bedankte, führte die hohe Beteiligung an den Statis-

tik-Tagen auch auf die große Bedeutung, die das Thema Zensus 2011 im kommunalen und wissenschaftlichen Bereich nach wie vor einnahm, zurück. Dabei stellte er fest, dass allein die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahl, eines der wichtigsten Zensusergebnisse, in rund 50 Rechtsvorschriften als entscheidende Bemessungsgrundlage dienen wird. Außerdem ging er darauf ein, dass diese die Richtgröße für die Berechnung der Sitze in kommunalen Vertretungsgremien stellen und sich sowohl auf den Länderfinanzausgleich als auch den kommunalen Finanzausgleich auswirken werde. Darüber hinaus, so betonte Anding, böte der Zensus als „Mutter aller Statistiken“ die Grundlage für eine Vielzahl von Planungen, die für das tägliche Lebensumfeld der Bürger von Bedeutung wären und nannte als Beispiele die Planung der zukünftigen Versorgungssituation mit Kindergärten, Schulen und Seniorenheimen. Abschließend wünschte er allen Beteiligten aufschlussreiche Vorträge und anregende Diskussionen im Rahmen der Statistik-Tage.

Danach übernahm Herr Professor Godehard Ruppert die Position von Präsident Karlheinz Anding am Rednerpult und hieß alle Teilnehmer in der UNESCO-Welterbestadt Bamberg herzlich willkommen. Zunächst ging er auf den im schönen Barockstil erhaltenen Saal ein, in dem die Statistik-Tage durchgeführt wurden. Im Anschluss warb er nicht nur für Bamberg als Stadt, sondern auch als hervorragenden Universitätsstandort. Er schloss seine einführende Rede mit dem Wunsch, dass die Teilnehmer trotz der sommerlich warmen Temperaturen viele positive Eindrücke von der Veranstaltung und der Universitätsstadt Bamberg mitnehmen sollten.



Professor Godehard Ruppert (r.) bei der Begrüßungsrede, ihm folgten die Vortragenden Dr. Michael Fürnröhr, Professorin Susanne Rässler, Professor Rainer Schnell und Herr Marco Reisch (v.r.n.l.).

Den Staffelfstab übernahm danach Dr. Michael Fürnröhr, Abteilungs- und Projektleiter für den Zensus im Bayern, und skizzierte in seinem Einführungsvortrag die Themen der folgenden zwei Tage.



Herr Dr. Michael Fürnröhr gab mit seinem Vortrag den Rahmen der Statistik-Tage 2012 vor

Dabei ging er zunächst auf den Aufbau des registergestützten Zensus 2011 ein, bei dem die amtliche Statistik erstmals vorhandene Register nutzte, aber auch primärstatistische Erhebungen zur Gewinnung der benötigten Daten anwandte. Die dem Zensus zu Grunde liegenden statistischen

Methoden, so betonte Dr. Fürnröhr, bildeten schließlich den Anlass für die Statistik-Tage Bamberg-Fürth. Damit leitete er auch gleich zum ersten Themenschwerpunkt über, der sich konkret mit den statistischen „Matching“- und „Linkage“-Verfahren befasste.

„Matching“- und „Linkage“-Verfahren

Als erste Vortragende in diesem Themenbereich ergriff Frau Professorin Susanne Rässler, Lehrstuhlinhaberin für Statistik und Ökonometrie an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, das Wort.



Frau Professorin Susanne Rässler erläuterte die Unterschiede von „Matching“- und „Linkage“-Verfahren.

Mit ihrem Vortrag gab sie einen Überblick über die gängigen statistischen Matching-Verfahren, welche den Missing-Datatechniken zuzuordnen und als Ergänzung- bzw. Imputationsverfahren zu verstehen sind. Professorin Rässler betonte, dass Matching-Verfahren immer dann zur Anwendung kommen, wenn klassische Record-Linkage-Methoden versagen, da die zu kombinierenden Datenmengen oftmals aus unterschiedlichen Merkmalsträgern bestehen und somit in der Regel keine identischen Datensatzpaare zu finden sind.

Deshalb kann beim statistischen Matching nicht auf Schlüsselmerkmale wie Namen

oder Adressen zurückgegriffen werden. Es wird ein „statistischer Zwilling“ gesucht, d. h. ein Datensatzpaar aus beiden Datenquellen, das in bestimmten Merkmalsausprägungen – wie zum Beispiel Geschlecht, Alter oder Bildung – identisch ist, so dass Rückschlüsse zu weiteren übergreifenden Merkmalskombinationen getroffen werden können. Sie erläuterte hierzu, dass sich diesen ähnlichen Einheiten dann bestimmte Merkmale, die der Einheit in einem anderen Datensatz fehlen, übertragen ließen. Des Weiteren stellte sie sehr strukturiert die unterschiedlichen Ausfallmuster dar und definierte den Begriff der Datenfusion. Im Folgenden gab sie einen Einblick in die notwendigen Voraussetzungen und Annahmen, die an Imputationsverfahren zu stellen sind. Abschließend legte Frau Professorin Rässler auch die Vor- und Nachteile der einfachen gegenüber den mehrfachen Imputationsverfahren dar.

Statistische Verfahren der Datenverknüpfung („Record-Linkage“)

Ihrem Beitrag folgte ein Vortrag von Professor Rainer Schnell, Lehrstuhlinhaber der Empirischen Sozialforschung an der Universität Duisburg-Essen, über Verknüpfungsverfahren statistischer Daten aus unterschiedlichen Quellen, auch „Record-Linkage“-Verfahren genannt.

Professor Schnell ging zu Beginn auf die Vorteile der „Record-Linkage“-Verfahren ein, welche er im enormen Analysepotential der verknüpften statistischen Daten sah, die sich durch einen relativ geringen Ressourceneinsatz gewinnen ließen. Er führte aber auch die Schwierigkeiten der Verknüpfungsverfahren



Herr Professor Rainer Schnell skizzierte die mit dem Verknüpfen statistischer Daten verbundenen Probleme.

vor Augen, die seines Erachtens in den zum Einsatz kommenden Verknüpfungsverfahren lägen, da es bei einer Vielzahl von Datenbeständen keine eindeutigen Identifikationsnummern gäbe, sondern nur mittelbare Identifikatoren wie Namen und/oder Adressangaben. Für eine erfolgreiche Anwendung von Record-Linkage-Verfahren seien daher Kenntnisse der theoretischen Grundlagen notwendig. Der Vortrag stellte überblickartig die Theorie der „Record-Linkage“-Verfahren vor. Dargestellt wurden dabei sowohl deterministische, distanzbasierte und probabilistische „Record-Linkage“-Verfahren, Stringähnlichkeitsfunktionen, Blocking-Verfahren und Schwellenwertbestimmung. Abschließend stellte Professor Schnell auch Möglichkeiten vor, wie sich verschlüsselte Identifikatoren fehlertolerant abgleichen ließen.

Der maschinelle Namensabgleich im Rahmen der Haushalgenerierung des Zensus 2011

Nach seinem Vortrag übergab Professor Schnell das Wort Herrn Marco Reisch, Referent im Sachgebiet „Zensus – Register, Haushalgenerierung, Auswertung, Querschnittsaufgaben“ im Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, und zuständig für das Zensus-Teilprojekt Haushalgenerierung.

In seiner Präsentation befasste sich Reisch als letzter Redner des ersten Vortragblocks mit einem beim Zensus 2011 angewendeten „Record-Linkage“-Verfahren, dem maschinellen Namensabgleich der Haushalgenerierung. Er erläuterte dem Publikum zunächst, dass der maschinelle Namensabgleich nur als eine Stufe im Rahmen des Haushalgenerierungsverfahrens zu verstehen sei. Das Verfahren der Haushalgenerierung als Ganzes diene der Verknüpfung der einzelnen Datenquellen des Zensus, um Informationen zu Wohnhaushalten zu bekommen. Er wies darauf hin, dass der maschinelle Namensabgleich notwendig sei, weil es in den beim Zensus verwendeten Verwaltungsregistern keine Informationen darüber gäbe, in welcher Wohnung eine Person an einer Anschrift lebt. Dies herauszufinden stelle die Aufgabe des Namensabgleichs dar. Reisch führte aus, dass beim Namensabgleich daher die in der Gebäude- und Wohnungszählung erfragten bis zu zwei Wohnungsnutzer pro Wohnung einer Anschrift mit den im Melderegisterbestand gemeldeten Personen der Anschrift zusammengeführt werden. Des Weiteren stellte er die einzelnen Verfahrensschritte des maschinellen Namensabgleichs vor und erwähnte auch die diversen Hürden, die bei der Entwicklung des Namensabgleichs auftraten. Konkret erinnerte er an die Grenzen der Beleglesung. Während seines Vortrages ging er auch immer wieder auf die problemorientiert entwickelten Lösungen ein.

Stichprobenverfahren des Zensus

Wie aus den Stichprobendaten des Zensus Ergebnisse für die gesamte Bevölkerung hochgerechnet werden, war Gegenstand des zweiten Vortragblocks der Statistik-Tage. Dabei ging es schwerpunktmäßig sowohl um die Konzeption des Stichprobendesigns und der Hochrechnungsver-



Herr Marco Reisch beim Erläutern des Haushalgenerierungsverfahrens des Zensus 2011.

fahren, wie auch die Umsetzung des maschinellen Namensabgleichs im Rahmen des Haushaltegenerierungsverfahrens als Anwendungsbeispiel für ein „Record-Linkage“-Verfahren beim Zensus 2011.

Stichprobendesign des Zensus 2011

Den ersten Vortrag des zweiten Themenblocks übernahm Herr Dr. Siegfried Gabler, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung „Survey Design und Methodology“ des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften.



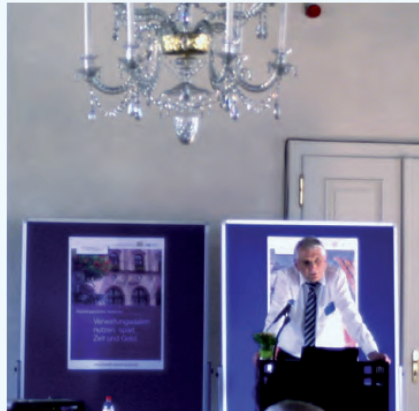
Herr Dr. Siegfried Gabler zeigte den methodischen Paradigmenwechsel auf, der mit dem Zensus 2011 eingeläutet wurde.

Gabler befasste sich in seinem Vortrag mit dem Stichprobendesign des Zensus 2011. Er wies gleich zu Beginn auf den Paradigmenwechsel hin, der mit dem aus verschiedenen Datenquellen stammenden Zensusmodell eingeläutet und auch als „Multiple-Source-Mixed-Mode“-Design bezeichnet wird. Er fokussierte seinen Vortrag dann auf die stichprobenbasierte Haushaltebefragung, die seines Erachtens die Erforschung neuer statistischer Methoden erforderlich mache. In diesem Zusammenhang erläuterte er, dass das Statistische Bundesamt im

Rahmen der Zensusvorbereitung einen Forschungsauftrag ausgeschrieben hatte, welcher zusammen mit einem Forscherteam um Herrn Professor Ralf Münnich, Lehrstuhlinhaber an der Universität Trier, und ihm übernommen wurde. Hierbei waren sowohl das Stichprobendesign als auch die Schätzmethodik der Haushaltsstichprobe des Zensus 2011 Gegenstand des Auftrages. Aufbauend auf den Ergebnissen des Zensus-tests entwickelte das Forscherteam ein Stichprobendesign, das unter Berücksichtigung der geforderten Präzisionsparameter als optimal einzustufen ist. Als Beispiel solcher Präzisionsanforderungen nannte er eine Genauigkeit von 0,5% bei der Einwohnerzahl in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern sowie das Nicht-Überschreiten eines vorab festgelegten Gesamtstichprobenumfanges. Um die Ausgangslage des Stichprobenforschungsprojekts besser nachvollziehen zu können, zeigte Gabler außerdem noch einmal die konkreten Präzisionsanforderungen auf. Abschließend präsentierte er die Schichtungskriterien, die die Basis für die Berechnungen darstellen, sowie die für die Lösung des Optimierungsproblems erforderlichen Algorithmen.

Hochrechnungsverfahren beim Zensus 2011

Neben dem Stichprobendesign war auch die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse ein wichtiges Thema der Statistik-Tage 2012. Durch die Hochrechnung werden beim Zensus 2011 sowohl Zahl und Struktur der Über- und Untererfassungen der Melderegister ermittelt, als auch die amtliche Einwohnerzahl in Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern. Darüber hinaus werden die Daten, die nicht in den für den Zensus 2011



Herr Josef Schäfer beim Einordnen der Hochrechnung in den Zensusarbeitsablauf.

genutzten Verwaltungsregistern enthalten sind, hochgerechnet, wie z.B. die Angaben zum Migrationshintergrund, zur Religion, zur Bildung und zur Erwerbstätigkeit.

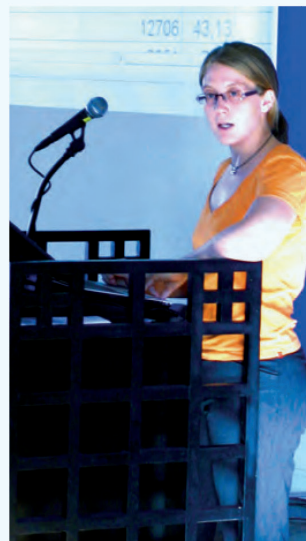
Diesem Themengebiet widmete sich Herr Josef Schäfer, einer der beiden Zensusprojektleiter von Information und Technik NRW (IT.NRW). Im ersten Teil seiner Präsentation stellte Schäfer die unter-

schiedlichen Teilaufgaben dar, die bei der Erstellung der Zensusergebnisse erforderlich sind, und ordnete die daraus differenziert durchzuführenden Hochrechnungen der Haushaltsstichprobe in einen Kontext ein. Er stellte klar, dass es beim Zensus nicht allein um die Hochrechnung der Ergebnisse der Haushaltsstichprobe ginge, sondern auch darum, die Ergebnisse der Wiederholungsbefragung als deskriptive Kontrolle zur Bewertung der Qualität der Zensusergebnisse nach § 17 des Zensusgesetzes (ZensG 2011) hochzurechnen. Die einzelnen Hochrechnungen an sich, so führte Schäfer zum Ende seines Vortrages aus, würden als verallgemeinerte Regressionsschätzung (GREG) mit Melderegisterangaben – genauer gesagt, der Zahl der an einer Anschrift gemeldeten Personen insgesamt, sowie untergliedert nach ihren demographischen Merkmalen – als potenziellen Bezugsmerkmalen auf Anschriftenebene erfolgen.

Korrekturverfahren im Rahmen der Haushaltgenerierung

Den letzten Vortrag des ersten der beiden Statistik-Tage 2012 hielt Frau Katrin Hofmeister. Sie ist derzeit als Referentin im Sachgebiet „Zensus – Register, Haushaltgenerierung, Auswertung, Querschnittsaufgaben“ im Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung tätig und dort für das Zensus-Teilprojekt Haushaltgenerierung zuständig.

Sie leitete ihre Präsentation mit dem primären Zweck der Haushaltsstichprobe ein, welcher aus der gemeindefeinen Gewinnung von demographischen und haushaltsstatistischen Informationen zu Über- und Unterfassungen im Melderegisterdatenbestand bestehen würde. Anhand dieser



Frau Katrin Hofmeister stellte ein Zahlenbeispiel im Rahmen des Korrekturverfahrens der Haushaltgenerierung vor.

Informationen ließen sich nach Hofmeisters Auffassung die potenziellen Fehler, die durch eine unkontrollierte Registerauszählung entstehen würden, vermeiden. Sie erläuterte den Zuhörern, dass eine Bereinigung der Registerfehler auf Basis von Einzeldaten vorzunehmen wäre, um so einen qualitativ hochwertigen, fachlich und regional flexibel auswertbaren Zensus-einzeldatensatz zu erhalten. Um dies zu erreichen, so erklärte sie weiter, sei es erforderlich gewesen, ein Verfahren zu entwickeln, welches in der Lage ist, die gemeindeweise aggregierten Vorgaben der Haushaltsstichprobe möglichst genau umzusetzen. Bei der Entwicklung des gesamten Verfahrens sei jedoch zu berücksichtigen gewesen, dass eine solche Korrektur der Einzeldaten nur statistisch erfolgen könne. Das bedeutet, nicht „Richtigkeit“ des realen Einzelfalls vor Ort war relevant und realisierbar, sondern die strukturelle Qualität der Zensusergebnisse. Der Vortrag von Frau Hofmeister gab einen guten Überblick über das im Rahmen der Haushaltgenerierung eingesetzte Korrekturverfahren und zeigte dessen Stärken, aber auch Grenzen auf.



Herr Andreas Gleich beteiligte sich rege mit Fragen an der Diskussion, insbesondere zu Varianzabweichungen.

Nach Abschluss des letzten Vortrags war das Publikum aufgefordert, sich mit Fragen rege an der Diskussion zu beteiligen. Einige Städtestatistiker, die zahlreich im Publikum vertreten waren, nahmen die Gelegenheit wahr, insbesondere Herr Andreas Gleich, Leiter des Amtes für Statistik und Stadtforschung der Stadt Augsburg. Er stellte einige Fragen zu den Details des Hochrechnungsverfahrens. Er war unter anderem daran interessiert, die Varianzen, mit denen bei den Zensusergebnissen zu rechnen sei, genannt zu bekommen.

Zugang zu den Zensusdaten

Der zweite der Statistik-Tage startete mit Themen aus dem Bereich der voraussichtlich ab Frühjahr 2013 zu erwartenden Ergebnisveröffentlichung des Zensus. Da die – statistisch anonymisierten – Ergebnisse des Zensus mittels einer Auswertungsdatenbank den Kommunen, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit online zur Verfügung gestellt werden sollen, präsentierten Experten der amtlichen Statistik im ersten Themenblock des Tages zum einen die hierfür entwickelten Geheimhaltungsverfahren und stellten zum anderen sowohl den Aufbau als auch die Funktionsweise der Zensus-Auswertungsdatenbank vor.

Statistische Geheimhaltung beim Zensus 2011

Den Anfang machte Herr Dr. Jörg Höhne, Referatsleiter im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, der bereits seit mehreren Jahren an verschiedenen Forschungsprojekten zur Anonymisierung von Einzeldaten arbeitet.

Er erläuterte zunächst die Ausgangslage der Ergebnisveröffentlichung, welche er



Dr. Jörg Höhne erörtert die Notwendigkeit der statistischen Geheimhaltung beim Zensus 2011.

im vertraulichen Umgang mit den erhobenen Einzelangaben als grundlegende Voraussetzung für die Akzeptanz des Zensus in der Bevölkerung sah. Für die Bereitstellung der Zensusergebnisse seien daher statistische Geheimhaltungsverfahren einzusetzen, die einen Rückschluss auf die Angaben einzelner Personen verhindert. Höhne wies in diesem Zusammenhang auf den mit dem Zensus 2011 stattfindenden Methodenwechsel hin, vom bisher bei Volkszählungen vorgesehenen Zellsperverfahren zu einem Geheimhaltungsverfahren beim aktuellen Zensus. Dies sieht eine Anonymisierung der Mikrodaten noch vor der Tabellenerstellung vor. Das neue Geheimhaltungsverfahren wird deshalb auch als pre-tabulares Verfahren bezeichnet. Weiterhin führte er aus, welchen Weg die amtliche Statistik zum Wechsel vom Zellsperverfahren hin zur pre-tabularen Geheimhaltung gegangen war. Der Schwerpunkt seines Vortrages lag dann in der Vorstellung des datenverändernden Geheimhaltungsverfahrens SAFE, das eine Variante der Mikroaggregation darstellt. Mit dem SAFE-Verfahren ließen sich laut Höhne die grundlegenden Geheimhaltungsansprüche für Einzeldaten sichern und gleichzeitig die gewünschte, flexible Auswertbarkeit der Einzeldaten gewährleisten. Zum Ende seines Vortrages präsentierte er noch Ergebnisse von Tests mit historischen Zensusdaten, anhand derer sich erste Aussagen über die zu erwartende Qualität der Ergebnisse des Zensus 2011 nach der Anonymisierung treffen ließen.

Die Auswertungsdatenbank des Zensus 2011

Die Ergebnisse des Zensus 2011 weisen zum einen ein vielfältiges Analysepotential und zum anderen ein breites Spektrum an Nutzern auf, weshalb die amtliche Statistik sich dafür entschieden hat, ein vielschichtiges Datenangebot in Form einer Auswertungsdatenbank bereitzustellen. Die Vorstellung der Rahmenbedingungen, des Aufbaus und der Funktionalitäten der Auswertungsdatenbank übernahm Frau Barbara Sinner-Bartels, Abteilungsleiterin im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg für den Bereich „Bevölkerung und Kultur“, und zuständig für das Projekt Zensus im Südwesten. Im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder trägt Baden-Württemberg die fachliche Verantwortung für die Konzeption der Auswertungsdatenbank zum Zensus 2011.

Die informationelle Grundversorgung der Bevölkerung mit den Ergebnissen des Zensus, ein gesetzlicher Auftrag der amtlichen Statistik, werden die statistischen Ämter sowohl durch Printveröffentlichungen als auch durch eine Auswertungsdatenbank sicherstellen. Frau Sinner-Bartels erklärte hierzu, dass die Auswertungsdatenbank dabei so konzipiert sei, dass sie für jeden Interessenten im Internet frei verfügbar sei und den Ansprüchen der Nutzer in



Frau Barbara Sinner-Bartels skizzierte die Ziele und Rahmenbedingungen unter denen die Zensus-Auswertungsdatenbank derzeit entwickelt wird.

vielerlei Hinsicht gerecht würde. Sie führte hierzu exemplarisch an, dass für Entscheidungsträger aus Politik und Verwaltung zunächst die aktuellen Einwohnerzahlen im Vordergrund stehen würden und keine feine Untergliederung nach diversen Merkmalen. Für Wissenschaftler hingegen stehen gerade detaillierte Informationen über die Bevölkerung und den Gebäude- und Wohnungsbestand im Mittelpunkt des Interesses. Des Weiteren ging sie darauf ein, dass sich die Auswertungsdatenbank je nach statistischem Datenbedarf nutzen ließe. Die Auswertungsdatenbank böte zum einen vorgefertigte Tabellen und Grafiken für Nutzer, die einen eher einfach gehaltenen Datenbedarf aufweisen, zum anderen aber auch die Möglichkeit, Tabellen selbst zu erstellen. Letzteres ist ein Angebot an Nutzer mit tiefergehendem Auswertungsinteressen. Aus dem umfangreichen Themenkatalog des Zensus ließen sich laut Sinner-Bartels damit Merkmale ganz individuell und flexibel kombinieren, mit Grafiken visualisieren und herunterladen.

Auch die Interessen der Wissenschaft wurden berücksichtigt. Frau Sinner-Bartels erläuterte hierzu, dass wissenschaftliche Einrichtungen für spezielle Fragestellungen komplexe Auswertungen auf Basis von Mikrodaten des Zensus über die Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter durchführen können. Sie fügte hinzu, dass selbstverständlich sichergestellt sei, dass die Regeln der statistischen Geheimhaltung berücksichtigt werden und damit keine Angaben über einzelne Personen an die Öffentlichkeit gelangen könnten.

Bei der nachfolgenden Diskussionsrunde meldete sich Herr Professor Hans-Joachim Lenz, emeritierter Professor des Instituts für Statistik und Ökonometrie der Freien Universität Berlin, zu Wort.

Er bezweifelte, ob das vorgestellte Geheimhaltungsverfahren SAFE nicht zu signifikanten Verzerrungen bei der Analyse ökonomischer Modelle führen würde. Herr Höhne und Frau Sinner-Bartels verdeutlichten in ihrer Antwort die unbestreitbaren Auswirkungen auf die Daten, wiesen jedoch auch begründend auf den gesetzlich verankerten Datenschutz und den enormen Datenbedarf einer großen Öffentlichkeit hin. Beide betonten, dass dies trotzdem keine negativen Auswirkungen auf die ökonomischen Forschungen haben werde, weil die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Zensusdaten gerade für solche Sonderauswertungen in Form von „Scientific-Use-Files“ bereitstellen werden. Wissenschaftler und wissenschaftliche Einrichtungen werden im Rahmen der Forschungsdatenzentren damit Zugang zu den Zensusdaten ohne SAFE-Geheimhaltung erhalten.

Erwartungen der Wissenschaft

Beim letzten Themenschwerpunkt kamen die künftigen Datennutzer des Zensus zu Wort. Hierbei formulierten Vertreter der Wissenschaft aus den



Herr Professor Hans-Joachim Lenz hinterfragte die Auswirkungen des SAFE-Verfahrens auf die Zensusdaten im Rahmen ökonomischer Modellrechnungen.

Bereichen der Demographie, der Bevölkerungsgeographie, der Migrations-, Integrations- wie auch der Arbeitsmarkt- und Regionalforschung jeweils ihre Erwartungen, Wünsche und Vorschläge an und zu den aktuellen und künftigen Zensuserhebungen.

Den Anfang übernahm Frau Professorin Henriette Engelhardt-Wölfli, Professorin für Bevölkerungswissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, mit ihrem Vortrag über den Zensus aus Sicht der Demographie. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der Sozial- und Familiendemographie sowie der demographischen Alterung und Kausalanalyse. Prof. Engelhardt-Wölfli leitete ihren Vortrag mit der Vorstellung der Kernaufgaben der Demographie ein, die sich neben der Mortalität dem Wanderungs- und Fertilitätsverhalten der Erstellung von Bevölkerungsprojektionen widmet. Sie stellte fest, dass es durch den Zensus möglich werde, Personen mit Migrationshintergrund statistisch signifikant zu identifizieren. Damit gestatte er eine differentielle Analyse der Bevölkerungsstruktur und der Bevölkerungsverteilung. Außerdem lassen sich so Fertilität und Mortalität von Personen mit Migrationshintergrund erforschen, was sich erheblich auf die Durchführbarkeit differentieller Prognosen auswirkt. Beim Forschungsschwerpunkt der Fertilität verwies Professor Engelhardt-Wölfli auf die Verlässlichkeit der Zensusdaten über die Geburten aus den Melderegistern. Sie bemängelte allerdings die fehlende Information zur Fertilität von Männern und die Probleme, die sich bei der Berechnung der Kohortenfertilität ergeben, was auf das Nichterheben des Merkmals „Zahl der jemals geborenen Kinder“ zurückzuführen ist. Für den Bereich der Mortitätsforschung betonte Professor Engelhardt-Wölfli, dass mittels der Zensusdaten hervorragend differentielle Mortalitätsraten zu berechnen seien. Zum Ende ihres Vortrages widmete sie sich der Gegenüberstellung der ohne einen Zensus möglichen Aggregatebene im Vergleich zur Individualanalyse, durchgeführt anhand von Zensusdaten. Sie wies in diesem Kontext daraufhin, dass Zusammenhänge, die auf Erkenntnissen der Aggregatebene beruhen, auf der Individualebene möglicherweise einen Fehlschluss bedeuten könnten. Insofern begrüßte sie die mit dem Zensus 2011 nach 25 Jahren wieder aktuell zur Verfügung stehenden Daten.



Frau Professor Henriette Engelhardt-Wölfli formulierte ihre Erwartungen an den Zensus 2011.

Ihr folgte Herr Professor Jürgen Rauh, Inhaber der Professur für Sozialgeographie mit den Schwerpunkten Bevölkerungsgeographie und regionalwissenschaftliche Methodenlehre an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg ist. Seine Forschungstätigkeiten liegen im Bereich der Sozial- und Bevölkerungsgeographie, der Regionalforschung, der



Herr Professor Jürgen Rauh skizzierte seine Vorschläge an den Zensus 2011.

geographischen Handelsforschung sowie der regionalwissenschaftlichen Methodenlehre und der Geoinformatik. Im Gegensatz zu seiner Vorrednerin konzentrierte sich Professor Rauh weniger auf die Erwartungen seines Wissenschaftsbereichs Bevölkerungsgeographie an den Zensus, sondern stellte dar, was er als Geograph erwarten würde. In diesem Zusammenhang befasste er sich mit der flexiblen Geographie, der immer mobiler werdenden Ge-

sellschaft und der damit einhergehenden Themenfokussierung auf die Migration. Professor Rauh merkte an, dass der amtlichen Statistik die flexibel auswertbaren, kleinräumigen Daten fehlten und forderte deshalb zeitgleich die Einführung kleinräumiger, nicht administrativer Bezugseinheiten, wie z. B. die aus dem Bereich der Georeferenzierung bekannten Gitterzellen. Bislang, so konstatierte Blien, weise der Zensus der Bevölkerung nur den Wohn- und den überwiegenden Arbeitsort zu. Seiner Ansicht nach würde aber die tatsächliche Bevölkerung mit einer Differenzierung nach permanenter und nicht-permanenter Bevölkerungsgeographie benötigt. Des Weiteren zeigte er auf, dass der Schwerpunkt beim Zensus auf der Erfassung der Immigration liege und nicht bei der Emigration. Aus diesem Grunde forderte Rauh eine differenziertere Erfassung und Synchronisation von nationalem Zensus und Migrationsstatistiken. Nach seiner Auffassung sollten bei einem zukünftigen Zensus Themen wie Migration, Integration, berufliche Mobilität und Verkehrsverhalten stärker berücksichtigt werden, erfasst durch Fragen zur Multilokalität, zur hauptsächlich gesprochene Sprache im Haushalt und zu Pendlerbeziehungen.

Im Anschluss erläuterte Professor Peter Schimany, Referatsleiter im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Sicht der Migrations- und Integrationsforschung auf den Zensus 2011. Er thematisierte hierbei, dass insbesondere den Erhebungsmerkmalen „Migrationshintergrund“ und „Religionszugehörigkeit“ eine hohe Bedeutung zukäme. Dies begründete er zum einen mit dem weiteren Anwachsen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und zum anderen mit der aus dem erhöhten Migrationsgeschehen resultierenden Pluralisierung kultureller und religiöser Strukturen in Deutschland. Professor Schimany nahm daher während seines Vortrages auch die Gelegenheit wahr, das beim Zensus gewählte Konzept der Personen mit Migrationshintergrund einer genaueren Betrachtung zu unterziehen. Er wies daraufhin, dass beim Zensus 2011 nicht dem umfassenderen Konzept des Mikrozensus gefolgt wurde, was bei einem direkten Vergleich der Konzepte der Haushaltsstichprobe und des Melderegisters einerseits mit dem des Mikrozensus andererseits zu Abweichungen führen würde. Informationseinschränkungen ergäben sich nach Auffassung von Professor Schimany auch beim Merkmal „Religions-



Dr. Michael Fürrohr stellt sich den Fragen des Publikums.

zugehörigkeit“, obwohl er einräumte, dass im Rahmen des Zensus 2011 mehr einschlägige Informationen erhoben wurden als dies bei früheren Volkszählungen üblich gewesen war. Insofern gelangte er zum Ende seines Vortrages zu dem Fazit, dass die Zensusdaten für die Migrations- und Integrationsforschung in mehrfacher Hinsicht relevant sein werden, dass es aber weiterer Studien der empirischen Sozialforschung bedürfen werde, um vertiefende Erkenntnisse zu gewinnen.

Den letzten Vortrag der Statistik-Tage 2012 leitete Herr Professor Uwe Blien, derzeit als Leiter des Forschungsbereichs „Regionale Arbeitsmärkte“ am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und der ökonometrischen Anwendung von Mehrebenen-Modellen. In seiner Präsentation, welche sich mit der Sicht der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung auf den Zensus 2011 befasste, zeigte er die Vor- und Nachteile des Zensus für seine Disziplin auf. Als Vorteil stufte Professor Blien die umfassend zur Verfügung stehenden Daten und deren tiefe Gliederungsebene ein. Nachteilig wertete er hingegen, dass es sich beim Zensus nicht mehr um eine Totalerhebung handle und dass keine Frage zum Einkommen erhoben wurde. Dies wirke sich seiner Auffassung nach auf Auswertungsmöglichkeiten der Beschäftigungsstatistik aus, die nur auf bestimmte Gruppen begrenzt realisierbar sei. Vergleichbare Analysen für Selbständige und geringfügig oder familiär Beschäftigte seien aufgrund des Stichprobenumfangs wohl nicht durchführbar. Der Datenumfang werde nach Meinung von Professor Blien allerdings ausreichen, um realistische Analysen des gegebenen Bestands in vielen Berufen zu ermöglichen, wie z. B. zum Thema Fachkräftebedarf. Er ging anschließend auf die beim Zensus erhobenen Merkmale Wohn- und Arbeitsort ein, welche die Konstruktion von Pendlerverflechtungen erlaube. Anhand der so gewonnenen Informationen ließen sich Verkehrs- und Arbeitsmarktverflechtungen untersuchen. Im Folgenden konzentrierte sich Professor Blien auf die Vorstellung einiger Forschungsprojekte, die er im Zusammenhang mit dem Pendlerverhalten vorgenommen hatte.

Gegen Ende des letzten Vortragsblocks gab es wieder die Möglichkeit zur Diskussion mit den Vortragenden. Anders als erwartet richteten sich die Fragen des Publikums jedoch fast ausschließlich an Dr. Fürrohr als



Präsident Karlheinz Anding bedankte sich bei Frau Professor Rässler.

Vertreter der amtlichen Statistik und weniger an die Wissenschaftler. Daher bezog Dr. Fürnrohr nochmals Position hinter dem Podium und beantwortete unter anderem Fragen zu Veröffentlichungsterminen, zur kleinräumigen Gliederung und zu zukünftigen Zensusmodellen.

Mit einem kurzen Resümee der Veranstaltung und der Bitte an die Teilnehmer zu einer kurzen schriftlichen Evaluation der Statistik-Tage leitete Dr. Fürnrohr den Schluss der Veranstaltung ein. Präsident Anding bedankte sich abschließend bei Frau Professor Rässler mit einem kleinen Blumenstrauß für den erfolgreichen Ablauf der Statistik-Tage. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Statistik-Tage im nächsten Jahr wieder auf ein breites Echo stoßen werden und wünschte abschließend allen Teilnehmern einen guten Heimweg.

Dipl.-Demogr. Anke Schwarz

Bayerischer Zahlenspiegel

	Einheit	Vorjahres- monat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni

Preise

Verbraucherpreisindex (2015 = 100)

Gesamtindex	%	109,7	111,2	111,7	112,0	113,3	116,5	117,0	118,2	118,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	114,4	114,7	115,3	117,0	118,1	119,0	122,9	125,8	127,3
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	117,2	117,2	117,6	118,4	119,1	119,9	120,9	121,3	122,5
Bekleidung und Schuhe	%	107,4	109,4	108,2	102,3	103,9	108,6	109,9	110,5	109,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	109,1	111,4	111,2	113,6	115,1	119,2	118,7	119,7	120,9
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	105,5	107,4	107,9	108,9	110,7	110,9	112,4	113,1	114,4
Gesundheit	%	105,6	105,8	106,0	106,3	106,3	106,6	105,5	106,8	107,1
Verkehr	%	111,8	118,3	117,4	118,8	120,9	131,4	128,2	129,7	121,8
Post und Telekommunikation	%	94,2	94,2	94,1	94,3	94,3	94,2	94,1	94,2	94,1
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	108,0	104,4	109,8	103,6	105,6	106,5	110,9	111,4	116,2
Bildungswesen	%	98,2	100,2	100,1	100,9	100,9	101,3	101,2	101,2	100,4
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	116,7	117,4	117,2	118,4	119,2	120,1	121,1	123,0	124,4
Andere Waren und Dienstleistungen	%	110,7	112,1	112,1	111,2	111,5	111,9	112,3	112,9	113,6
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	110,5	109,9	111,8	109,9	110,9	111,5	113,5	113,9	113,2
Nettokaltmiete	%	109,9	110,8	110,9	111,3	111,5	111,8	112,0	112,2	112,4

Preisindex für Bauwerke¹ (2015 = 100)

Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	124,8	131,8	.	.	137,3	.	.	146,4	.
davon Rohbauarbeiten	%	127,8	134,5	.	.	139,0	.	.	149,6	.
Ausbauarbeiten	%	122,4	129,7	.	.	135,9	.	.	143,8	.
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	116,4	123,7	.	.	128,1	.	.	133,4	.
Bürogebäude	%	124,6	132,2	.	.	138,3	.	.	148,1	.
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	125,2	133,2	.	.	138,9	.	.	149,8	.
Straßenbau	%	115,4	119,7	.	.	124,2	.	.	134,0	.

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Verbraucherpreisindex (2015 = 100)

Gesamtindex	%	108,7	110,5	111,1	111,5	112,5	115,3	116,2	117,3	...
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	113,2	113,9	114,9	116,7	117,8	118,8	122,7	125,3	...
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	116,8	117,2	117,5	118,4	119,1	119,7	120,7	121,4	...
Bekleidung und Schuhe	%	104,6	106,4	105,4	100,9	101,2	105,8	107,1	107,9	...
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	107,5	109,5	109,6	112,2	113,1	116,6	116,4	117,4	...
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	104,5	106,4	106,9	107,8	108,9	109,4	110,5	111,6	...
Gesundheitspflege	%	105,8	105,9	106,0	106,2	106,3	106,7	106,6	107,0	...
Verkehr	%	111,8	118,5	117,7	119,1	121,0	129,9	128,5	130,0	...
Post und Telekommunikation	%	94,2	94,2	94,1	94,4	94,3	94,2	94,2	94,2	...
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	106,8	104,5	109,8	103,7	105,7	106,5	110,9	111,4	...
Bildungswesen	%	104,3	104,8	104,8	105,5	105,6	105,7	105,7	105,9	...
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	%	(113,5)	116,4	116,7	117,5	118,2	118,8	120,2	121,7	...
Andere Waren und Dienstleistungen	%	111,1	112,5	112,6	112,1	112,4	112,8	113,3	113,9	...

1 Einschließlich Mehrwertsteuer.

noch: Preise	Einheit	Vorjahresmonat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
noch: Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland										
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ¹ (2015 = 100)	%	105,0	121,7	121,8	127,0	128,6	135,9	138,3
Ausfuhrpreise ² (2015 = 100)	%	104,9	111,9	113,0	115,0	116,1	120,7	121,7
Index der Erzeugerpreise gew. Produkte ² (Inlandsabsatz); (2015 = 100)	%	108,8	123,8	130,0	132,8	134,6	141,2	145,2	147,5	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	111,4	123,5	124,6	128,5	130,3	134,9	140,4	142,5	...
Investitionsgüterproduzenten	%	106,8	109,5	109,8	111,8	112,2	112,7	114,0	114,6	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	108,1	110,5	111,3	113,7	114,6	117,6	121,8	123,3	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	108,6	111,3	111,4	114,7	115,3	116,2	117,6	118,9	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	108,1	110,4	111,3	113,5	114,5	117,8	122,4	124,0	...
Energie	%	108,3	149,7	173,2	175,5	179,3	197,9	202,8	207,9	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ² (2015 = 100)	%	115,9	125,5p	127,1p	129,2p	133,4p	153,6p	162,2p
Pflanzliche Erzeugung	%	126,8	143,2p	144,0p	144,3p	149,4p	176,1p	184,8p
Tierische Erzeugung	%	109,1	114,6	116,7	119,9p	123,5p	139,7p	148,2p
Großhandelsverkaufspreise ² (2015 = 100)	%	111,2	118,9	119,1	121,8	123,9	132,5	135,3	136,7	...
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren ..	%	109,8	112,4	113,4	114,8	116,6	118,6	122,1	124,7	...
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen	%	113,0	139,4	134,9	140,8	148,0	186,9	180,4	184,9	...
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel zusammen (2015 = 100)	%	107,8	110,3	110,5	111,1	112,0	114,4	115,6	117,0	...
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	109,9	111,0	111,6	112,6	113,4	114,8	117,5	119,9	...
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren	%	112,6	113,1	113,7	115,0	115,7	116,5	119,4	121,1	...
Kraftfahrzeughandel	%	110,3	114,4	114,9	115,8	117,3	118,5	119,6	120,2	...

Gewerbeanzeigen³

Gewerbeanmeldungen	1 000	12,6	9,1	9,4	11,4	10,5	10,6
Gewerbeabmeldungen	1 000	8,1	8,0	11,8	10,2	7,9	8,0

Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴

Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 980	3 959	3 958	3 887	3 968	3 980	3 977	3 975	...
Beschäftigte	1 000	1 165	1 173	1 170	1 165	1 172	1 174	1 175	1 176	...
davon Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	400	401	400	401	403	404	405	405	...
Investitionsgüterproduzenten	1 000	566	569	567	566	569	569	569	569	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	34	34	34	34	34	34	34	34	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	165	167	166	164	165	165	165	166	...
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	134 526	148 792	128 946	137 244	145 156	157 314	136 867	147 384	...
Bruttoentgelte	Mill. Euro	5 464	6 833	5 432	5 726	5 487	5 387	5 727	5 875	...
Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	27 931	33 368	33 424	29 373	31 566	35 563	30 437	34 743	...
davon Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. Euro	8 271	9 244	7 957	8 678	9 207	10 679	9 488	10 382	...
Investitionsgüterproduzenten	Mill. Euro	15 286	19 100	20 526	16 231	17 621	19 534	15 800	18 855	...
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. Euro	3 238	3 678	3 514	3 279	3 427	3 965	3 703	3 930	...
Energie	Mill. Euro
darunter Auslandsumsatz	Mill. Euro	15 581	18 421	18 223	16 939	17 934	19 834	16 653	19 681	...

Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (preisbereinigt) (2015 = 100)⁴

Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	92,7	106,6	98,6	87,7	96,1	105,6	88,5	98,5	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	97,7	102,8	74,4	59,2	70,3	99,7	94,0	105,1	...
Verarbeitendes Gewerbe	%	92,7	106,6	98,6	87,8	96,2	105,6	88,5	98,5	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,9	109,5	94,6	97,4	104,8	117,7	102,6	111,0	...
Investitionsgüterproduzenten	%	84,3	104,2	100,0	80,6	90,9	97,1	77,7	89,9	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	99,0	110,7	104,3	97,2	98,2	113,0	100,3	106,1	...
Energie	%

1 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.
 2 Ohne Mehrwertsteuer.
 3 Ohne Reisegewerbe.
 4 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

noch: Produzierendes Gewerbe	Einheit	Vorjahres- monat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2015 = 100)¹										
Verarbeitendes Gewerbe ² insgesamt	%	105,2	118,7	124,0	114,5	110,6	130,6	104,0	113,0	...
Inland	%	95,9	110,9	125,2	104,5	104,3	124,9	96,3	103,5	...
Ausland	%	110,9	123,5	123,3	120,6	114,4	134,0	108,8	118,9	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	114,0	120,5	108,6	116,7	113,9	129,1	112,8	118,3	...
Investitionsgüterproduzenten	%	103,2	119,3	132,5	115,2	109,1	132,5	100,9	111,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	89,7	103,2	108,6	97,5	107,6	124,6	90,1	109,4	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	80,2	99,8	85,5	90,7	115,5	104,6	103,5	111,1	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau³										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Bauhauptgewerbe	1 000	107	108	106	103	104	107	108	109	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	10 596	11 459	7 558	5 382	7 437	11 040	10 547	11 646	...
davon Wohnungsbau	1 000	3 477	3 730	2 564	1 923	2 701	3 720	3 532	3 800	...
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	3 379	3 660	2 472	2 091	2 690	3 723	3 368	3 741	...
öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 739	4 069	2 521	1 368	2 045	3 597	3 647	4 106	...
Entgelte	Mill. Euro	369,6	494,5	387,3	320,6	306,9	368,0	404,4	418,5	...
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	1 674,3	2 149,6	2 204,9	845,5	1 030,1	1 605,7	1 643,7	1 884,2	...
davon Wohnungsbau	Mill. Euro	525,7	653,4	667,8	269,0	386,5	553,2	552,8	590,4	...
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. Euro	639,5	777,8	842,8	356,9	411,7	621,2	609,5	703,4	...
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. Euro	509,1	718,4	694,2	219,6	231,9	431,2	481,5	590,3	...
Messzahlen (2015 = 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	157,1	132,1	157,0	131,9	164,9	203,5	165,0	169,0	...
davon Wohnungsbau	Messzahl	179,2	156,4	171,8	160,6	185,7	206,5	184,7	170,0	...
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	132,6	134,5	157,9	120,0	167,9	189,6	145,9	160,9	...
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	166,8	109,4	143,7	121,7	144,2	216,9	170,5	177,3	...
darunter Straßenbau	Messzahl	165,8	89,8	105,7	118,3	162,2	228,5	179,9	212,3	...
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe⁴										
Tätige Personen (einschließlich tätiger Inhaber) im Ausbaugewerbe	1 000	79	.	81	.	.	82
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	23 003	.	23 819	.	.	23 494
Entgelte	Mill. Euro	692,0	.	819,2	.	.	749,3
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. Euro	2 029,7	.	3 861,4	.	.	2 345,5
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	281	281	281	282	282	281	282	281	...
Beschäftigte	Anzahl	32 431	33 105	33 070	32 938	32 881	32 870	33 051	33 002	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	3 618	4 106	3 744	3 808	3 982	4 289	3 663	4 067	...
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	157	268	154	148	149	150	189	165	...
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	3 960,6	4 047,2	3 978,9	3 258,0	2 711,2	2 911,3	2 746,2
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	3 761,2	3 849,0	3 780,4	3 100,5	2 584,8	2 779,8	2 608,3
darunter in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	464,2	548,6	608,4	705,5	585,2	552,2	475,9
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ...	Mill. kWh	1 052,9	1 289,0	1 425,2	1 501,3	1 266,4	1 018,1	1 011,0
Handwerk (Messzahlen)⁵										
Beschäftigte (Index) ⁶ (30.09.2020 = 100)	Messzahl	97,5	.	97,1p	.	.	96,9p
Umsatz ⁷ (VjD 2020 = 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	77,4	.	122,1p	.	.	90,4p
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen⁸										
Wohngebäude ⁹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 355	2 152	2 464	2 216	2 272	2 607	2 244	2 430	...
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 019	1 820	2 128	1 861	1 903	2 172	1 915	2 055	...
Umbauter Raum	1 000 m ³	3 428	3 101	3 534	3 291	3 419	3 935	3 256	3 395	...
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	1 454	1 359	1 544	1 369	1 501	1 788	1 435	1 538	...
Wohnfläche	1 000 m ²	597	549	602	578	598	697	563	603	...
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	790	605	615	555	574	670	545	679	...
Umbauter Raum	1 000 m ³	5 054	4 561	3 843	3 557	4 186	4 188	5 281	4 156	...
Veranschlagte Baukosten	Mill. Euro	872	865	695	871	777	811	1 024	1 224	...
Nutzfläche	1 000 m ²	730	584	517	526	558	556	641	552	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	6 730	6 237	6 551	6 624	6 609	8 260	6 529	6 494	...
Wohnräume ¹⁰ insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	25 237	23 299	25 578	24 110	24 661	29 067	23 974	24 534	...

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008). Volumenindex.

2 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

3 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 oder mehr tätigen Personen.

4 Bauinstallation und sonstiger Ausbau. Ab Berichtsjahr 2021: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 20 und mehr Personen.

5 (Von Berichtsjahr 2018 bis einschließlich Berichtsjahr 2020: Betriebe von rechtlichen Einheiten mit 23 und mehr tätigen Personen). Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4).

6 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung.

7 Am Ende des Kalendervierteljahres; Abweichendes Basisjahr (30.09.2009 = 100) bis Dezember 2020.

8 Vierteljahresergebnisse (März=1, Juni=2, September=3, Dezember=4); Abweichendes Basisjahr (VjD 2009 = 100) bis Dezember 2020.

9 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tektoren (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

10 Einschließlich Wohnheime.

11 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

	Einheit	Vorjahres- monat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel)^{1,2}	Mill. Euro	16 754,6	20 216,0	19 250,9	17 670,9	19 375,0	21 183,5	19 991,6	21 442,9	...
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	877,6	1 040,1	980,9	759,1	1 017,5	1 046,4	997,0	1 092,5	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	14 569,1	17 669,9	16 808,6	15 597,0	16 945,4	18 561,7	17 535,9	18 677,2	...
davon Rohstoffe	Mill. Euro	1 066,1	1 539,5	1 488,4	1 850,7	1 703,6	1 977,2	2 159,4	2 223,1	...
Halbwaren	Mill. Euro	803,9	782,3	867,7	685,6	698,2	901,7	903,3	809,6	...
Fertigwaren	Mill. Euro	12 699,1	15 348,0	14 452,5	13 060,7	14 543,6	15 682,9	14 473,2	15 644,5	...
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 102,2	1 260,1	1 062,8	1 110,1	1 352,9	1 373,0	1 342,2	1 440,9	...
Enderzeugnisse	Mill. Euro	11 596,9	14 087,9	13 389,7	11 950,6	13 190,7	14 309,9	13 131,0	14 203,7	...
darunter aus ³										
Europa	Mill. Euro	11 586,3	13 800,2	12 733,9	11 508,0	13 200,5	13 362,2	12 661,2	13 789,0	...
darunter aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. Euro	9 633,3	11 582,1	10 627,4	9 117,3	10 656,1	10 709,9	9 869,3	10 968,9	...
darunter aus Belgien	Mill. Euro	361,5	486,9	486,8	378,9	539,0	569,9	474,2	537,5	...
Bulgarien	Mill. Euro	74,1	115,4	107,3	101,4	103,9	125,7	126,8	119,4	...
Dänemark	Mill. Euro	79,6	91,3	91,7	73,7	76,6	102,9	82,7	91,9	...
Finnland	Mill. Euro	52,0	52,3	48,5	45,8	51,6	68,2	56,0	56,3	...
Frankreich	Mill. Euro	660,6	872,9	825,0	693,5	762,3	787,0	687,9	787,3	...
Griechenland	Mill. Euro	54,0	51,7	50,7	43,1	58,2	53,4	58,5	55,1	...
Irland	Mill. Euro	70,0	151,2	81,4	185,2	170,6	100,7	106,0	98,5	...
Italien	Mill. Euro	1 202,0	1 170,2	1 109,8	924,5	1 127,5	1 178,2	1 145,1	1 253,0	...
Luxemburg	Mill. Euro	21,7	25,3	24,8	23,0	24,1	24,5	25,5	40,6	...
Niederlande	Mill. Euro	796,8	985,4	921,2	738,9	856,3	910,7	823,9	858,0	...
Österreich	Mill. Euro	1 392,5	1 549,1	1 513,3	1 268,1	1 590,7	1 579,5	1 603,8	1 735,1	...
Polen	Mill. Euro	1 296,0	1 657,4	1 456,0	1 195,2	1 301,7	1 068,8	1 014,2	1 019,8	...
Portugal	Mill. Euro	127,7	143,0	133,6	136,2	154,8	165,3	133,6	158,8	...
Rumänien	Mill. Euro	265,1	357,8	263,9	283,6	359,4	336,0	342,7	362,7	...
Schweden	Mill. Euro	132,7	134,9	131,1	118,9	130,9	152,1	132,0	141,4	...
Slowakei	Mill. Euro	353,1	385,7	353,6	350,3	445,0	441,0	424,8	511,9	...
Slowenien	Mill. Euro	109,1	199,8	119,6	114,9	139,2	230,2	132,5	132,3	...
Spanien	Mill. Euro	374,7	433,1	368,8	324,7	400,4	386,7	334,6	413,1	...
Tschechien	Mill. Euro	1 238,6	1 617,4	1 563,2	1 255,1	1 282,3	1 393,4	1 181,9	1 512,9	...
Ungarn	Mill. Euro	856,2	981,3	873,8	766,3	962,8	909,2	860,2	946,9	...
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	354,1	334,2	306,4	283,7	397,5	451,1	434,8	498,0	...
Russische Föderation	Mill. Euro	496,9	747,8	690,2	955,2	841,8	851,3	1 079,2	944,5	...
Afrika	Mill. Euro	380,0	518,4	415,8	547,6	325,2	673,2	495,7	554,2	...
darunter aus Südafrika	Mill. Euro	127,8	161,6	161,8	208,6	72,1	271,6	128,1	158,9	...
Amerika	Mill. Euro	1 125,5	1 196,6	1 404,2	1 110,7	1 180,2	1 785,1	1 336,6	1 568,9	...
darunter aus den USA	Mill. Euro	967,0	1 020,3	1 234,3	937,9	1 011,9	1 573,5	1 131,1	1 323,5	...
Asien	Mill. Euro	3 632,4	4 662,2	4 662,4	4 472,3	4 626,3	5 322,2	5 464,8	5 475,0	...
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. Euro	1 736,7	2 509,1	2 491,6	2 276,6	2 446,3	2 769,4	2 902,6	2 648,7	...
Japan	Mill. Euro	310,3	393,0	334,1	269,5	293,3	290,0	290,0	316,2	...
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	30,3	38,6	34,5	32,4	42,8	40,8	33,3	55,8	...
Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel)^{1,2}	Mill. Euro	15 031,9	17 566,8	15 854,9	14 664,7	16 840,3	18 132,9	16 056,3	17 861,8	...
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. Euro	824,7	892,8	871,6	756,7	856,7	983,9	900,1	941,8	...
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. Euro	13 674,4	16 076,7	14 427,9	13 363,8	15 362,2	16 457,7	14 524,5	16 243,7	...
davon Rohstoffe	Mill. Euro	82,6	84,7	80,5	176,8	196,6	227,5	171,8	174,2	...
Halbwaren	Mill. Euro	843,1	931,9	834,7	748,8	862,7	1 099,9	1 053,5	1 085,5	...
Fertigwaren	Mill. Euro	12 748,7	15 060,2	13 512,6	12 438,3	14 303,0	15 130,3	13 299,2	14 983,9	...
davon Vorerzeugnisse	Mill. Euro	1 219,7	1 343,5	1 135,2	1 334,3	1 437,8	1 613,1	1 524,9	1 620,9	...
Enderzeugnisse	Mill. Euro	11 529,0	13 716,7	12 377,4	11 103,9	12 865,1	13 517,3	11 774,3	13 363,0	...
davon nach										
Europa	Mill. Euro	10 058,2	11 857,4	10 228,0	9 624,7	11 079,1	11 871,6	10 632,6	11 481,3	...
darunter in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. Euro	8 214,5	9 571,2	8 211,1	7 634,5	8 832,1	9 684,0	8 693,4	9 352,6	...
darunter nach Belgien	Mill. Euro	472,6	543,0	469,2	473,2	531,5	590,9	501,3	546,3	...
Bulgarien	Mill. Euro	48,5	59,6	49,2	45,3	49,6	56,4	51,0	67,1	...
Dänemark	Mill. Euro	151,4	188,6	158,1	126,1	150,4	181,0	148,3	161,6	...
Finnland	Mill. Euro	94,2	120,0	95,7	129,4	113,4	139,5	131,1	132,0	...
Frankreich	Mill. Euro	1 121,7	1 234,9	1 079,6	958,7	1 089,8	1 177,6	1 063,2	1 077,9	...
Griechenland	Mill. Euro	49,4	82,4	58,6	54,1	65,0	68,7	61,2	68,5	...

1 Vorläufige Ergebnisse.

2 Nachweis einschließlich „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

3 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

4 Januar 2020: EU 28. Ab Februar 2020 EU 27 (ohne Vereinigtes Königreich).

noch: Handel und Gastgewerbe	Einheit	Vorjahres- monat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Irland	Mill. Euro	50,8	79,5	60,4	87,1	80,7	64,4	63,0	66,3	...
Italien	Mill. Euro	1 100,2	1 250,6	1 034,3	971,8	1 174,5	1 241,6	1 124,1	1 206,1	...
Luxemburg	Mill. Euro	64,3	59,4	53,9	44,2	54,5	58,2	49,2	54,0	...
Niederlande	Mill. Euro	623,3	715,6	635,2	584,0	650,6	740,9	690,6	725,4	...
Österreich	Mill. Euro	1 270,3	1 574,3	1 316,8	1 174,2	1 398,3	1 690,7	1 579,2	1 624,6	...
Polen	Mill. Euro	721,2	872,8	787,8	711,3	885,0	897,7	707,8	857,7	...
Portugal	Mill. Euro	104,0	106,9	110,0	93,0	107,2	110,9	95,9	114,9	...
Rumänien	Mill. Euro	252,3	276,2	254,1	240,5	265,5	279,7	257,5	302,8	...
Schweden	Mill. Euro	251,2	314,7	238,2	244,8	261,4	286,5	245,0	269,5	...
Slowakei	Mill. Euro	199,0	220,4	194,1	195,4	227,2	227,8	218,3	245,5	...
Slowenien	Mill. Euro	84,7	97,2	81,9	75,4	86,2	101,6	98,4	108,2	...
Spanien	Mill. Euro	461,7	592,7	501,3	452,0	486,0	554,8	465,2	485,0	...
Tschechien	Mill. Euro	585,0	606,6	520,5	513,0	607,3	651,6	608,1	639,7	...
Ungarn	Mill. Euro	358,3	396,5	349,1	333,4	384,1	396,2	368,9	408,4	...
Vereinigtes Königreich	Mill. Euro	684,0	888,0	761,0	789,5	913,7	983,2	829,4	848,4	...
Russische Föderation	Mill. Euro	239,4	280,3	232,3	242,7	283,4	95,0	73,7	108,2	...
Afrika	Mill. Euro	186,0	194,8	208,8	177,9	249,5	225,8	183,1	241,7	...
darunter nach Südafrika	Mill. Euro	71,6	61,0	64,8	70,4	78,8	88,4	66,0	86,1	...
Amerika	Mill. Euro	1 957,1	2 332,0	2 268,1	2 072,5	2 313,2	2 423,6	2 171,2	2 618,6	...
darunter in die USA	Mill. Euro	1 475,8	1 824,7	1 699,5	1 630,3	1 767,5	1 870,3	1 651,9	2 015,5	...
Asien	Mill. Euro	2 694,6	3 009,3	2 966,8	2 647,1	3 046,5	3 434,5	2 910,3	3 351,0	...
darunter	Mill. Euro	1 376,8	1 457,5	1 416,7	1 227,2	1 432,9	1 733,8	1 359,8	1 668,0	...
in die Volksrepublik China	Mill. Euro	176,9	214,1	203,2	209,3	256,8	258,0	241,3	234,1	...
nach Japan	Mill. Euro	136,0	173,3	183,2	142,5	152,0	177,4	159,0	169,2	...
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. Euro	136,0	173,3	183,2	142,5	152,0	177,4	159,0	169,2	...
Großhandel (2015 = 100)¹										
Index der Großhandelsumsätze nominal	Messzahl	148,8	150,0	151,7	132,4	137,0	172,4
Index der Großhandelsumsätze real	Messzahl	142,2	134,9	138,1	117,5	118,2	141,1
Index der Beschäftigten im Großhandel	Messzahl	106,7	109,3	109,2	109,4	109,6	109,7
Einzelhandel (2015 = 100)²										
Index der Einzelhandelsumsätze nominal	Messzahl	131,3	162,4	171,8	129,9	127,7	146,4	141,8
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ³	Messzahl	127,6	126,1	145,2	114,7	114,9	130,4	132,1
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ³	Messzahl	120,9	122,3	146,8	104,6	107,6	122,5	122,4
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ³	Messzahl	129,5	148,4	161,5	130,6	133,8	152,4	140,3
Sonstiger Facheinzelhandel ³	Messzahl	92,5	127,7	137,0	103,6	106,2	126,3	122,8
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	Messzahl	218,2	299,4	294,0	217,5	200,4	220,5	208,4
Index der Einzelhandelsumsätze real	Messzahl	124,8	152,7	160,8	121,1	117,9	132,8	127,1
Index der Beschäftigten im Einzelhandel	Messzahl	105,7	107,6	107,9	106,1	106,5	106,5	106,6
Kfz-Handel (2015 = 100)⁴										
Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	Messzahl	150,3	135,8	126,2	110,1	122,2	146,0
Index der Umsätze im Kfz-Handel real	Messzahl	138,0	120,1	110,9	96,1	105,2	124,9
Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	Messzahl	105,8	107,4	106,9	106,4	106,3	106,1
Gastgewerbe (2015 = 100)										
Index der Gastgewerbeumsätze nominal	Messzahl	37,0	79,5	71,1	71,6	75,0	88,5	97,2
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	Messzahl	20,0	70,5	56,1	60,2	66,7	76,3	93,0
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	Messzahl	95,3	155,9	142,1	80,9	120,3	152,7	153,4
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbisshallen	Messzahl	49,6	87,0	86,4	83,6	84,4	99,8	103,7
Sonstiges Gaststättengewerbe	Messzahl	46,5	84,8	82,0	79,3	80,7	97,2	100,9
Kantinen und Caterer	Messzahl	61,4	91,7	78,7	73,8	77,6	92,1	91,8
Index der Gastgewerbeumsätze real	Messzahl	32,3	67,6	60,3	60,8	63,3	74,0	80,5
Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	Messzahl	69,4	88,3	83,4	81,0	81,4	86,2	88,6
Tourismus⁵										
Gästekünfte	1 000	809	1 499	1 042	1 153	1 474	1 744	2 428	3 170	...
darunter Auslandsgäste	1 000	69	246	174	163	274	295	434	566	...
Gästeübernachtungen	1 000	2 773	4 345	3 268	3 684	4 397	5 064	6 625	8 241	...
darunter Auslandsgäste	1 000	259	686	495	454	646	768	1 021	1 322	...

1 Einschließlich Handelsvermittlung.

2 Einschließlich Tankstellen.

3 In Verkaufsräumen.

4 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.

5 Beherbergungsbetriebe mit zehn oder mehr Gästebetten (einschl. Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen).

	Einheit	Vorjahresmonat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni

Verkehr

Straßenverkehr

Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ¹	Anzahl	71 115	44 019	48 254	42 337	49 502	63 380	49 880	54 696	58 345
darunter Krafträder ²	Anzahl	6 452	1 251	1 611	1 307	3 227	7 958	5 864	5 923	5 170
Personenkraftwagen und sonst. „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	57 075	36 641	40 223	36 356	40 583	48 529	38 899	43 057	47 504
Lastkraftwagen	Anzahl	5 438	4 308	3 937	3 154	3 725	4 235	3 127	3 501	3 514
Zugmaschinen	Anzahl	1 698	1 326	1 865	1 214	1 588	2 262	1 654	1 742	1 652
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	360	300	327	226	314	335	317	405	447
Beförderte Personen im Schienennah- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insg. (Quartalsergebnisse) ³	1 000	176 010	.	249 922	.	.	249 136
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen..	1 000	145 535	.	205 621	.	.	204 660
private Unternehmen	1 000	30 475	.	44 301	.	.	44 476
Straßenverkehrsunfälle insgesamt ⁴	Anzahl	29 211	30 768	31 190	26 984	25 647	27 530	30 238	34 001	...
davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	3 466	3 168	2 927	2 434	2 414	3 390	3 370	4 896	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	25 745	27 600	28 263	24 550	23 233	24 140	26 868	29 105	...
Getötete Personen ⁵	Anzahl	37	40	23	20	34	29	31	41	...
Verletzte Personen	Anzahl	4 216	4 130	3 889	3 210	3 261	4 202	4 268	5 973	...

Luftverkehr Fluggäste

Flughafen München Ankunft	1 000	226	817	702	622	577	875	1 283	1 502	...
Abgang	1 000	270	773	768	531	598	875	1 282	1 497	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	10	58	39	37	30	59	122	145	...
Abgang	1 000	14	48	49	26	35	60	127	158	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	19	52	48	53	42	62	83	93	...
Abgang	1 000	24	46	63	41	45	61	87	94	...

Eisenbahnverkehr⁶

Güterempfang	1 000 t	2 643	2 636	2 348	2 421	2 338	2 772	2 412
Güterversand	1 000 t	2 365	2 181	2 096	1 981	2 078	2 244	2 124

Binnenschifffahrt⁷

Güterempfang insgesamt	1 000 t	173	262	286	224	284	246	251
davon auf dem Main	1 000 t	71	117	161	73	101	112	106
auf der Donau	1 000 t	102	145	125	151	183	134	145
Güterversand insgesamt	1 000 t	140	222	225	188	236	179	200
davon auf dem Main	1 000 t	73	126	139	110	123	97	117
auf der Donau	1 000 t	67	95	86	78	113	81	84

Geld und Kredit

Kredite und Einlagen^{8,9}

Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	621 255	.	643 837	.	.	658 181
darunter Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁰	Mill. Euro	526 446	.	547 420	.	.	560 102
davon kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. Euro	65 365	.	59 649	.	.	66 429
Unternehmen und Privatpersonen ¹¹	Mill. Euro	61 655	.	56 891	.	.	63 160
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	3 710	.	2 758	.	.	3 269
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹³	Mill. Euro	79 507	.	80 283	.	.	82 037
Unternehmen u. Privatpersonen ¹¹ ...	Mill. Euro	78 550	.	79 201	.	.	80 937
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	957	.	1 082	.	.	1 100
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ¹⁴	Mill. Euro	476 383	.	503 905	.	.	509 715
Unternehmen u. Privatpersonen ¹¹ ...	Mill. Euro	450 756	.	478 849	.	.	485 471
inländ. öffentliche Haushalte ¹² ...	Mill. Euro	25 627	.	25 056	.	.	24 244

- 1 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.
- 2 Einschließlich Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kraftfahrzeuge.
- 3 Vorläufige Ergebnisse.
- 4 Soweit durch die Polizei erfasst. Vorläufige Ergebnisse.
- 5 Einschließlich der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.
- 6 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.
- 7 Schiffsgüterumschläge an den Häfen des Main-Donau-Kanals werden dem Donaugebiet zugeordnet.
- 8 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschließlich Bausparkassen).
- 9 Stand am Monatsende.
- 10 Ohne Treuhandkredite.
- 11 Einschl. Kredite (Einlagen) an ausländische Nichtbanken.
- 12 Ohne Kredite (Einlagen) an ausländische öffentliche Haushalte.
- 13 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.
- 14 Laufzeiten über 5 Jahre.

noch: Geld und Kredit	Einheit	Vorjahresmonat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ¹ (Monatsende)	Mill. Euro	749 983	.	742 257	.	.	759 993
davon Sicht- und Termineinlagen ²	Mill. Euro	641 452	.	634 414	.	.	652 638
davon von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. Euro	606 178	.	597 374	.	.	610 272
von öffentlichen Haushalten	Mill. Euro	35 274	.	37 040	.	.	42 366
Spareinlagen	Mill. Euro	108 531	.	107 843	.	.	107 355
darunter bei Sparkassen	Mill. Euro	37 209	.	36 468	.	.	36 357
bei Kreditbanken	Mill. Euro	25 064	.	26 336	.	.	26 435
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 022	1 033	992	836	927	983	783	1 060	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	73	75	59	64	80	61	68	71	...
davon Unternehmen	Anzahl	142	151	148	142	183	171	158	175	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	45	50	33	46	57	46	48	51	...
Verbraucher	Anzahl	553	544	536	434	453	538	394	552	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	2	1	2	1	0	0	0	...
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	268	283	258	221	247	234	180	285	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	11	6	11	10	14	8	11	10	...
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	Anzahl	59	55	50	39	44	40	51	48	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	17	14	6	8	7	9	10	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 Euro	145 141	160 195	509 823	152 038	350 521	283 750	355 107	264 203	...
davon Unternehmen	1 000 Euro	61 947	73 543	437 887	61 923	269 243	203 440	303 492	158 810	...
Verbraucher	1 000 Euro	27 541	30 413	26 835	21 440	28 840	28 183	19 170	39 678	...
ehemals selbstständig Tätige	1 000 Euro	45 419	52 091	41 276	60 562	50 358	39 672	23 726	58 826	...
sonstige natürliche Personen, Nachlässe	1 000 Euro	10 234	4 148	3 826	8 113	2 081	12 455	8 719	6 889	...

Verdienste

Bruttomonatsverdienste ³ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁴ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	Euro	4 224	.	4 370
Männer	Euro	4 429	.	4 576
Frauen	Euro	3 713	.	3 865
Leistungsgruppe 1 ⁵	Euro	7 671	.	7 889
Leistungsgruppe 2 ⁵	Euro	4 938	.	5 101
Leistungsgruppe 3 ⁵	Euro	3 433	.	3 583
Leistungsgruppe 4 ⁵	Euro	2 685	.	2 787
Leistungsgruppe 5 ⁵	Euro	2 318	.	2 445
Produzierendes Gewerbe	Euro	4 280	.	4 415
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Euro	3 476	.	3 633
Verarbeitendes Gewerbe	Euro	4 393	.	4 526
Energieversorgung	Euro	5 138	.	5 174
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Euro	3 694	.	3 798
Baugewerbe	Euro	3 740	.	3 896
Dienstleistungsbereich	Euro	4 187	.	4 341
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kraftfahrzeugen ...	Euro	4 051	.	4 195
Verkehr und Lagerei	Euro	3 169	.	3 348
Gastgewerbe	Euro	1 770	.	2 568
Information und Kommunikation	Euro	5 676	.	5 986
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Euro	5 780	.	5 944
Grundstücks- und Wohnungswesen	Euro	4 950	.	4 996
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Euro	5 280	.	5 388
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Euro	2 837	.	2 976
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung ...	Euro	3 984	.	4 056
Erziehung und Unterricht	Euro	4 597	.	4 697
Gesundheits- und Sozialwesen	Euro	4 116	.	4 269
Kunst, Unterhaltung und Erholung	Euro	4 606	.	4 915
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Euro	3 983	.	4 030

1 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

2 Einschließlich Sparbriefe.

3 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen.

4 Einschließlich Beamte, ohne Auszubildende.

5 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

	Einheit	Vorjahresmonat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Landwirtschaft										
Schlachtungen¹										
Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	442,4	454,8	479,5	421,3	396,7	439,0	403,3	417,5	...
darunter Rinder.....	1 000	65,3	88,2	75,2	65,5	65,2	73,6	68,3	68,4	...
darunter Kälber ²	1 000	1,4	1,6	2,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,1	...
Jungrinder ³	1 000	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	...
Schweine	1 000	365,6	355,7	392,6	348,9	324,5	356,0	316,6	340,2	...
Schafe	1 000	10,6	9,9	11,0	6,5	6,3	8,7	17,0	8,1	...
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	440,9	451,2	476,6	418,1	394,5	437,0	401,4	416,3	...
darunter Rinder	1 000	64,8	87,4	74,7	65,0	64,6	73,1	67,8	68,0	...
darunter Kälber ²	1 000	1,3	1,4	2,0	1,1	1,2	1,3	1,4	1,0	...
Jungrinder ³	1 000	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	...
Schweine.....	1 000	365,2	353,7	391,0	347,3	323,2	355,0	315,8	339,8	...
Schafe	1 000	10,1	9,2	10,3	6,2	6,1	8,4	16,5	7,8	...
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	354,9	348,3	348,1	351,2	351,0	354,1	351,9	354,3	...
darunter Kälber ²	kg	99,3	121,5	85,5	60,4	84,0	111,1	66,2	103,9	...
Jungrinder ³	kg	190,4	197,5	197,8	165,3	176,6	185,3	179,9	179,7	...
Schweine	kg	98,1	99,6	98,2	98,0	97,6	98,1	98,5	98,0	...
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen und Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	59,2	66,3	65,0	57,3	54,7	61,1	55,5	57,7	...
darunter Rinder	1 000 t	23,1	30,7	26,2	23,0	22,8	26,0	24,0	24,2	...
darunter Kälber ²	1 000 t	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	...
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	...
Schweine	1 000 t	35,9	35,4	38,6	34,2	31,7	34,9	31,2	33,3	...
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,2	...
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	59,0	65,9	64,6	57,0	54,4	60,9	23,8	57,5	...
darunter Rinder	1 000 t	23,0	30,4	26,0	22,8	22,7	25,9	0,4	24,1	...
darunter Kälber ²	1 000 t	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	...
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	...
Schweine	1 000 t	35,8	35,2	38,4	34,0	31,5	34,8	31,1	33,3	...
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,3	0,1	...
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	4 452	4 509	4 555	4 793	4 798	4 833	4 834	4 834	...
Legehennenbestand ⁶	1 000	3 790	3 737	3 739	3 886	3 999	4 011	3 882	3 775	...
Konsumeier ⁶	1 000	89 651	91 653	94 594	95 415	91 807	105 079	97 429	93 045	...
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	15,2	15,6	16,9	14,9	13,2	16,4	14,6	15,6	...
Getreideanlieferungen^{8, 9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	1,7	2,6r	2,2	1,5r	0,8	0,7	0,6	2,2	...
Weizen	1 000 t	10,3	19,8r	27,8	13,3r	17,8	15,1r	9,8	8,8	...
Gerste	1 000 t	3,8	5,4	4,8	4,3	6,3	6,6	5,4	4,0	...
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,2	0,3	0,4	0,5	0,2	0,2	0,3	0,2	...
Vermahlung von Getreide^{8, 9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	101,3	121,3t	109,8r	109,8r	103,5	126,3r	113,3	113,1	...
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	9,9	10,3r	9,3r	9,3	8,8	11,1r	10,0	10,2	...
Weizen und -gemenge	1 000 t	91,3	111,0r	100,5r	100,5r	94,7	115,2r	103,3	103,0	...
Vorräte in zweiter Hand^{8, 9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	24,8	45,4r	47,2r	41,7r	40,2	36,0r	30,3	26,0	...
Weizen	1 000 t	297,9	400,3r	527,8r	443,4r	407,6r	383,5r	344,5	313,5	...
Gerste	1 000 t	204,1	298,6	320,3r	254,4	237,8	222,0r	203,2	181,4	...
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	24,9	37,1	40,9r	30,1r	27,3r	25,9r	25,7	25,2	...
Mais	1 000 t	62,9	157,8	240,7r	165,9r	145,0	125,3	96,0	87,2	...

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.
 2 Höchstens 8 Monate alt.
 3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.
 4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.
 5 Bzw. Schlachtmenge, einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innerereien.
 6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.
 7 Alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EG-Hygienericht im Besitz einer Zulassung sind.
 8 Nach Angaben des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.
 9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe.

	Einheit	Vorjahres- monat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 089	1 745	1 709	1 435	1 547	2 054	1 959	2 273	...
davon Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	160	93	98	78	99	150	143	191	...
11 bis 13	1 000 hl	1 859r	1 609	1 582	1 330	1 412	1 854	1 785	2 052	...
14 oder darüber	1 000 hl	69	42	29	28	36	50	31	30	...
darunter Ausfuhr zusammen	1 000 hl	560r	410	326	342	418	512	428	534	...
davon in EU-Länder	1 000 hl	285	211	175	163	190	287	265	337	...
in Drittländer	1 000 hl	275r	200	151	178	228	225	163	197	...

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsstand	1 000	13 142	13 182	13 177	13 181	13 187	13 270
Natürliche Bevölkerungsbewegung¹										
Eheschließungen ¹	Anzahl	2 480	3 036	5 130	1 336	3 830	2 582
je 10 000 Einwohner	Anzahl	1,9	2,3	3,9	1,0	2,9	1,9
Lebendgeborene ²	Anzahl	11 431	10 582	10 386	9 628	8 959	9 259
je 10 000 Einwohner	Anzahl	8,7	8,0	7,9	7,3	6,8	7,0
Gestorbene ³	Anzahl	11 774	14 737	15 173	12 617	12 166	13 465
je 10 000 Einwohner	Anzahl	9,0	11,2	11,5	9,6	9,2	10,1
und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	36	32	31	19	26
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,2	3,4	3,1	3,2	2,1	2,8
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	15	10	19	20	13	10
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,3	0,9	1,8	2,1	1,5	1,1
Überschuss										
der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-343	-4 155	-4 787	-2 989	-3 207	-4 206
je 10 000 Einwohner	Anzahl	-0,3	-3,2	-3,6	-2,3	-2,4	-3,2
Totgeborene ²	Anzahl	42	38	44	44	24	51
Wanderungen¹										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	26 764	30 694	23 607	28 885	28 516	108 996
darunter aus dem Ausland	Anzahl	17 462	21 638	15 859	19 969	20 921	100 146
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	23 263	23 525	26 496	19 321	18 191	20 978
darunter in das Ausland	Anzahl	13 688	14 205	18 243	10 986	11 190	12 688
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	9 302	9 056	7 748	8 916	7 595	8 850
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 575	9 320	8 253	8 335	7 001	8 290
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	3 501	7 169	-2 889	9 564	10 325	88 018
Innerhalb des Landes Umgezogene ⁴	Anzahl	44 961	43 357	43 011	41 558	36 826	43 164
Arbeitsmarkt⁵										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort	1 000	5 719	.	5 813
Frauen	1 000	2 635	.	2 681
Ausländer ⁶	1 000	901	.	960
Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 610	.	1 658
darunter Frauen	1 000	1 292	.	1 324
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	28	.	29
B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 817	.	1 819
B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 482	.	1 478
C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 403	.	1 397
F Baugewerbe	1 000	336	.	342
G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 873	.	3 965
G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 220	.	1 241
J Information und Kommunikation	1 000	241	.	253
K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	180	.	182
L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	39	.	40
M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleister; sonst. wirtschaftliche Dienstleister	1 000	746	.	773
O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 267	.	1 295
R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1 000	180	.	181

1 Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

2 Nach der Wohngemeinde der Mutter.

3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen.

4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurden unter anderem bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.

6 Ab März 2021: Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.

noch: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit	Einheit	Vorjahresmonat	2021		2022					
			November	Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
Arbeitslose	1 000	256,8	216,3	222,9	253,5	246,3	230,2	217,6	209,6	230,6
darunter Frauen	1 000	116,3	99,0	99,4	105,7	102,7	99,5	97,2	95,0	112,5
Arbeitslosenquote insgesamt ¹	%	3,4	2,9	2,9	3,3	3,3	3,0	2,9	2,8	3,1
Frauen	%	3,3	2,8	2,8	3,0	2,9	2,8	2,7	2,7	3,2
Männer	%	3,5	2,9	3,1	3,7	3,6	3,2	3,0	2,9	3,0
Ausländer ²	%	7,4	6,1	6,3	7,1	6,9	6,5	6,1	5,8	7,9
Jugendliche	%	2,7	2,0	2,0	2,3	2,3	2,2	2,1	2,0	2,4
Kurzarbeiter	1 000	263,2	129,7	173,4
Gemeldete Stellen ³	1 000	115,7	139,9	140,1	139,1	146,2	149,5	154,2	157,1	160,7

Öffentliche Sozialleistungen

(Daten der Bundesagentur für Arbeit)

Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)⁴

Anspruchsberechtigte von Arbeitslosengeld I	1 000	153,7	113,8	120,1	143,8	139,9	124,7	115,0
darunter Leistungsbeziehende von Arbeitslosengeld I	1 000	150,4	109,6	116,0	139,3	135,7	120,6	110,9
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ⁵	Mill. Euro	265,5	217,1	212,3	241,6	279,6	281,0	242,6	221,1	213,6

Steuern

Gemeinschaftsteuern

darunter Steuern vom Einkommen	Mill. Euro	10 075,7	4 334,9	13 693,7	5 678,0	5 176,0	11 436,1	5 178,8	5 319,2	11 999,4
davon Lohnsteuer	Mill. Euro	4 064,4	3 976,0	6 448,7	4 467,7	4 403,7	4 202,6	4 610,6	4 801,1	4 698,7
veranlagte Einkommensteuer	Mill. Euro	3 007,6	121,7	4 049,3	371,0	304,9	4 041,2	83,4	209,6	3 381,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. Euro	1 397,0	307,5	730,7	440,6	295,3	1 113,3	247,8	450,2	1 947,7
Abgeltungsteuer	Mill. Euro	59,1	108,0	132,7	155,5	120,5	130,7	74,4	61,5	24,8
Körperschaftsteuer	Mill. Euro	1 547,6	- 178,3	2 332,3	243,2	51,6	1 948,3	162,6	- 203,2	1 946,9
Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. Euro	2 655,8	2 875,8	2 841,7	3 282,9	4 281,7	1 996,9	2 214,8	2 893,3	2 663,7
Landessteuern	Mill. Euro	493,5	454,5	503,4	657,6	408,9	605,1	457,3	423,3	553,3
darunter Erbschaftsteuer	Mill. Euro	239,6	199,7	223,7	402,4	179,6	259,9	215,3	187,0	216,7
Grundwerbsteuer	Mill. Euro	193,5	225,0	224,1	212,6	197,6	270,0	199,5	201,7	197,4
Biersteuer	Mill. Euro	13,6	9,5	10,9	11,3	9,0	9,2	12,1	12,2	11,7
Gemeindesteuern^{6, 7, 8}	Mill. Euro	2 338,0	.	4 204,3	.	.	3 620,8
darunter Grundsteuer A	Mill. Euro	24,9	.	19,1	.	.	20,1
Grundsteuer B	Mill. Euro	544,1	.	423,6	.	.	436,4
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. Euro	1 766,3	.	3 755,8	.	.	3 116,1

Steuereinnahmen des Bundes

darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{9, 10}	Mill. Euro	4 240,9	1 629,5	5 810,4	2 233,5	1 994,2	4 845,2	2 000,5	1 827,3	5 137,4
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{9, 11}	Mill. Euro	0,0	0,0	103,9	38,1	- 1,3	0,0	120,5	0,0	0,0

Steuereinnahmen des Landes

darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{9, 10}	Mill. Euro	4 240,9	1 657,8	5 810,4	2 233,5	2 024,8	4 845,2	2 000,5	1 773,2	5 137,4
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{9, 11, 12}	Mill. Euro	0,0	10,0	147,1	- 15,6	65,0	2,9	166,8	3,7	0,0

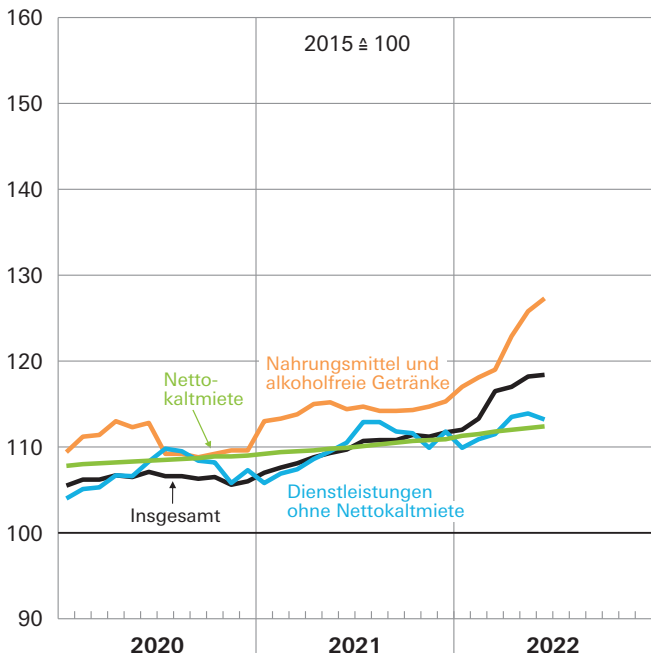
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv^{7, 8, 9}

darunter Anteil an der Lohn- und veranlagter Einkommensteuer ^{8, 13}	Mill. Euro	979,6	543,7	1 504,4	658,5	624,1	1 166,6	627,7	594,0	1 126,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. Euro	343,7	.	853,4	.	.	14,0
Gewerbsteuer (netto) ^{6, 14}	Mill. Euro	1 517,7	.	3 234,6	.	.	3 049,3

- 1 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.
- 2 Ab September 2021: Einschl. Staatenlose sowie Personen ohne Angabe zur Staatsangehörigkeit.
- 3 Ohne geförderte Stellen.
- 4 Daten nach Revision.
- 5 Einschl. Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.
- 6 Vierteljährliche Kassenstatistik.
- 7 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
- 8 Einschließlich Steueraufkommen der Landkreise.
- 9 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
- 10 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
- 11 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.
- 12 Einschließlich Erhöhungsbetrag.
- 13 Einschließlich Zinsabschlag.
- 14 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

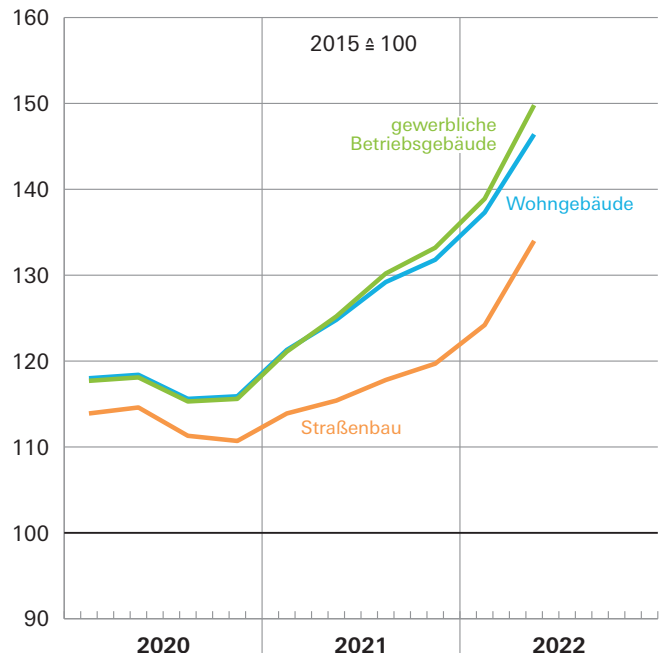
Preise

Verbraucherpreisindex



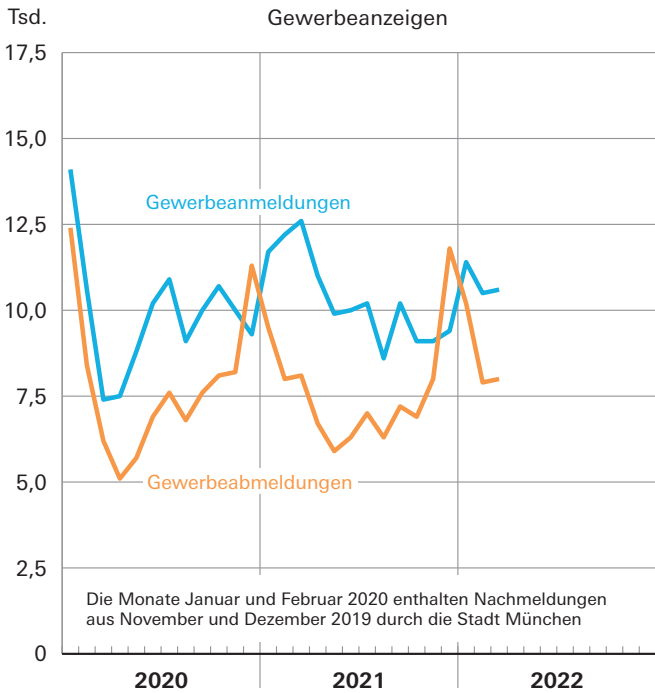
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verbraucherpreisindex unter: <http://q.bayern.de/vpi>

Baupreisindex



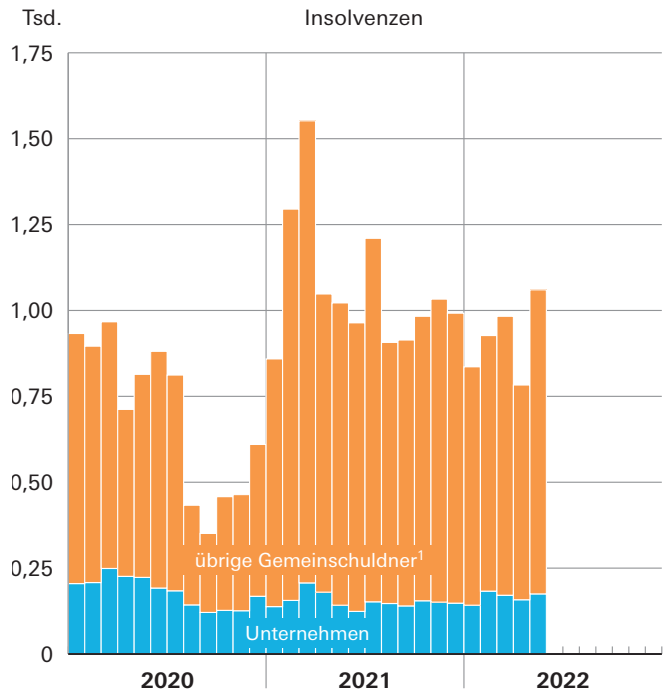
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Baupreisindex unter: <http://q.bayern.de/bpi>

Gewerbeanzeigen



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Gewerbeanzeigen unter: <http://q.bayern.de/gewerbeanzeigen>

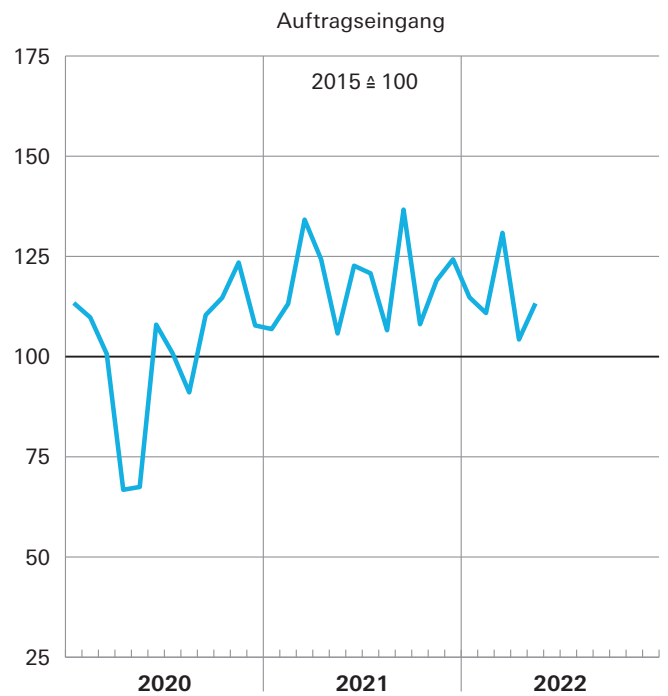
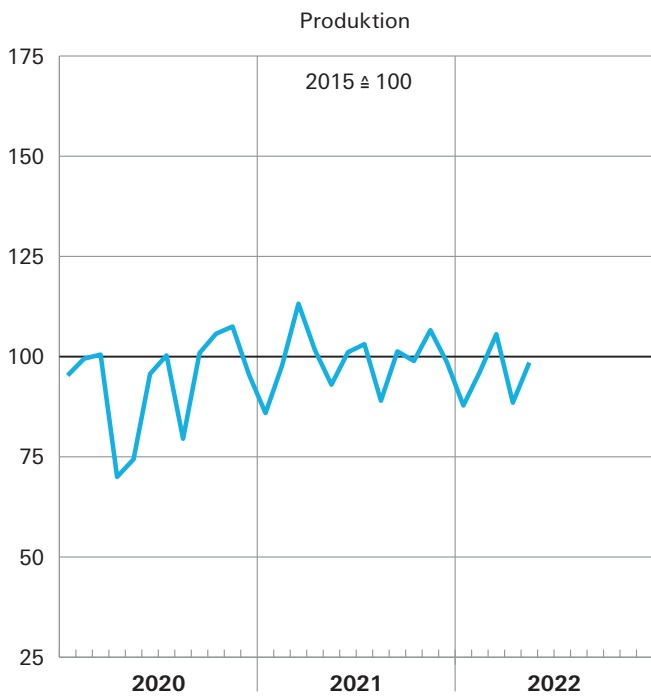
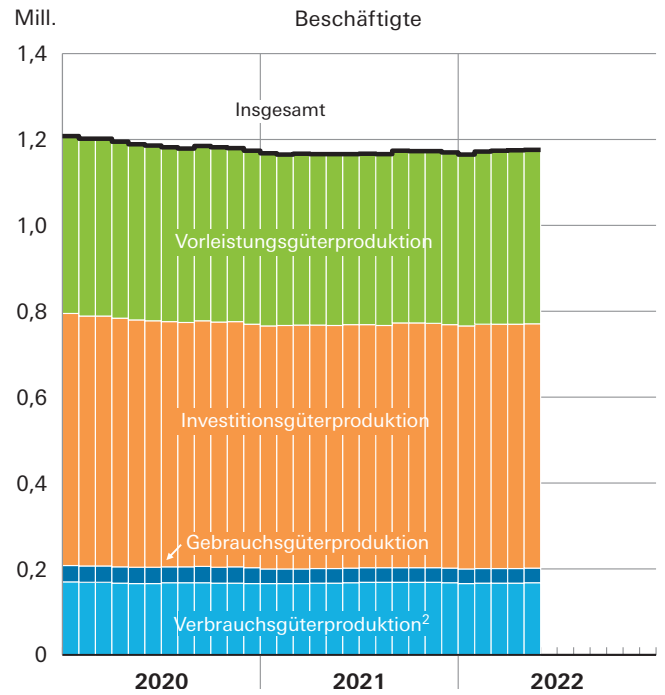
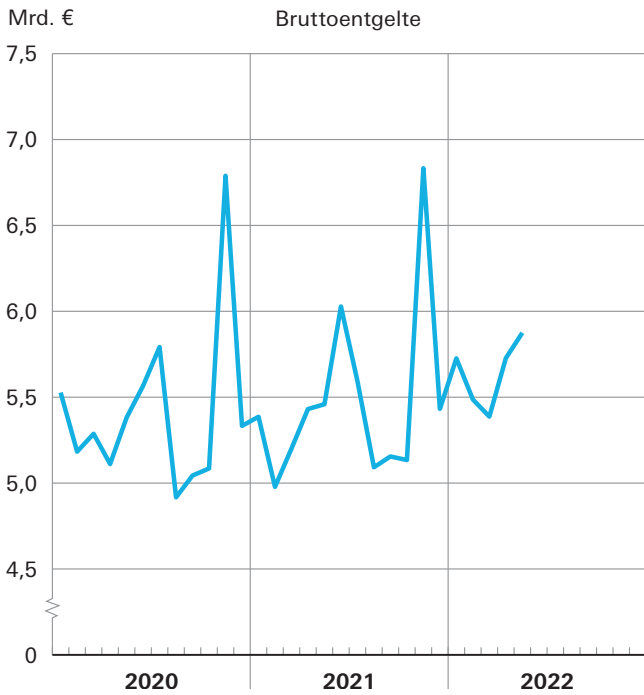
Insolvenzen



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Insolvenzen unter: <http://q.bayern.de/insolvenzen>

1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

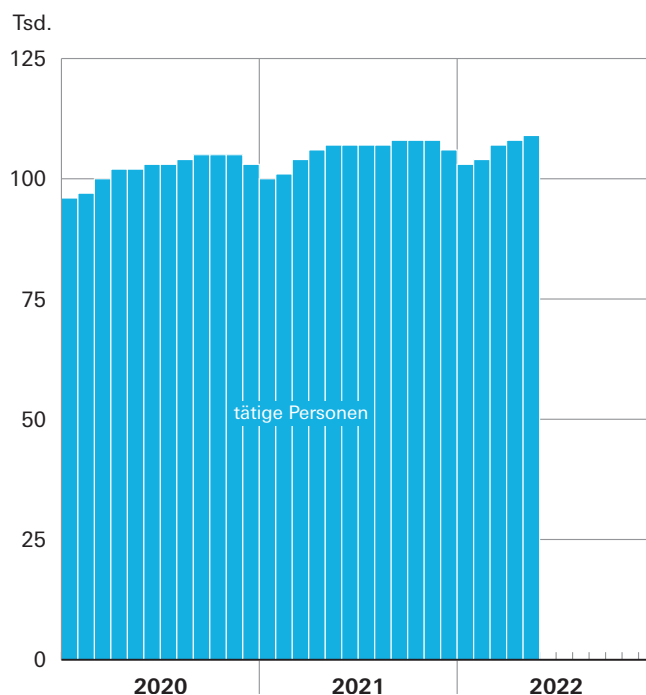
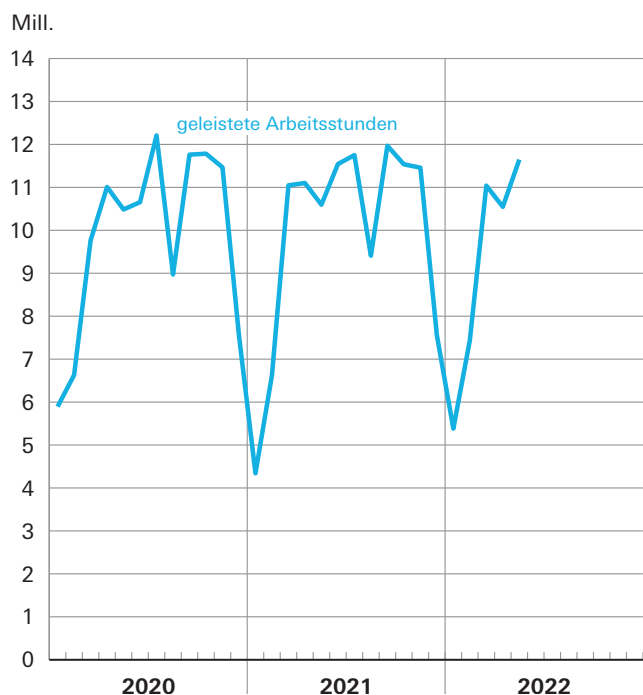
Verarbeitendes Gewerbe¹



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verarbeitendes Gewerbe unter: <http://q.bayern.de/verarbeitendesgewerbe>

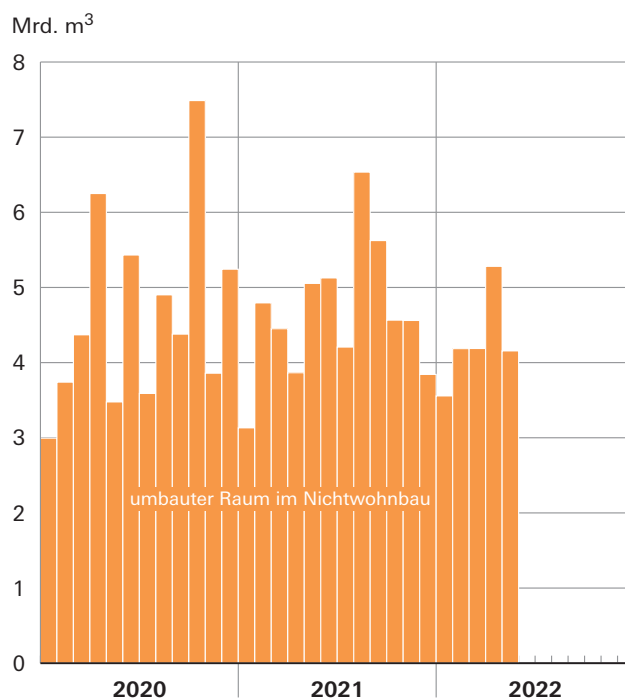
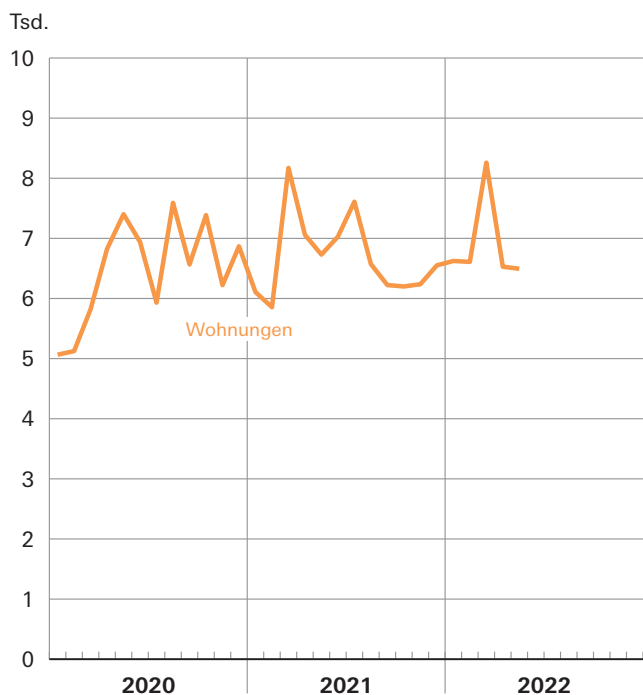
¹ Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten. ² Einschließlich Energie.

Bauhauptgewerbe



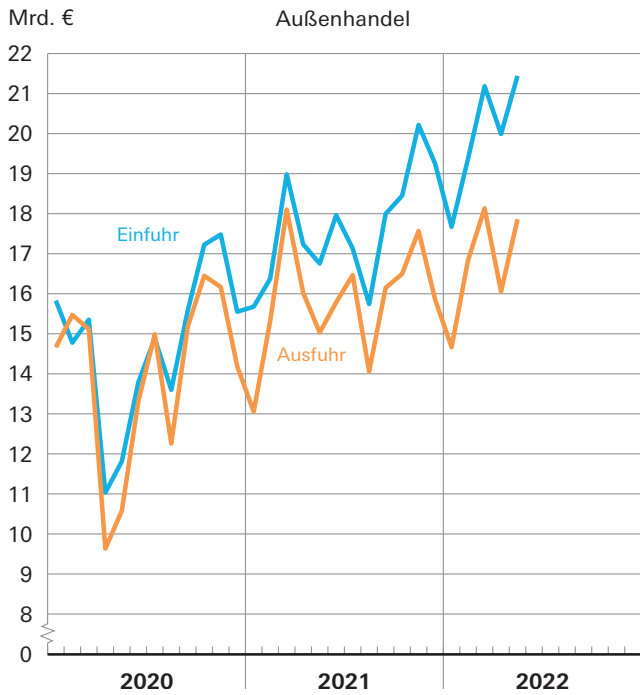
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Baugewerbe unter: <http://q.bayern.de/baugewerbe>

Baugenehmigungen

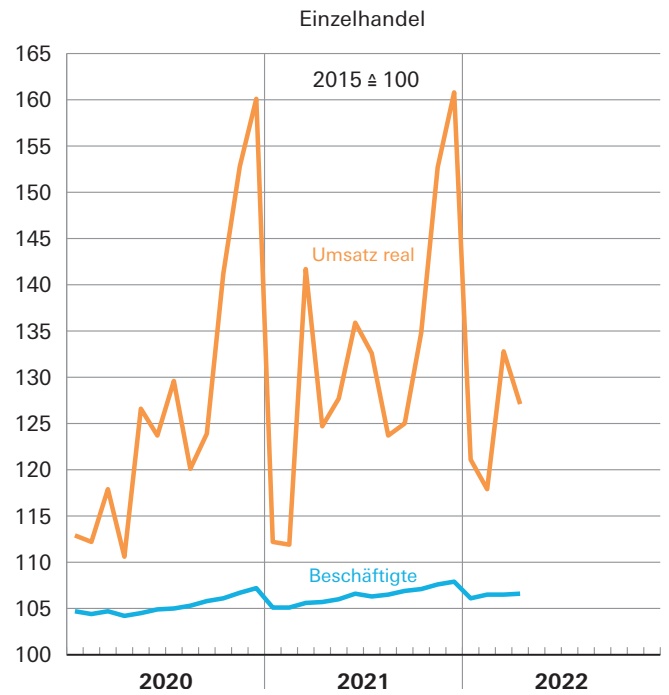


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Baugenehmigungen unter: <http://q.bayern.de/bautaetigkeit>

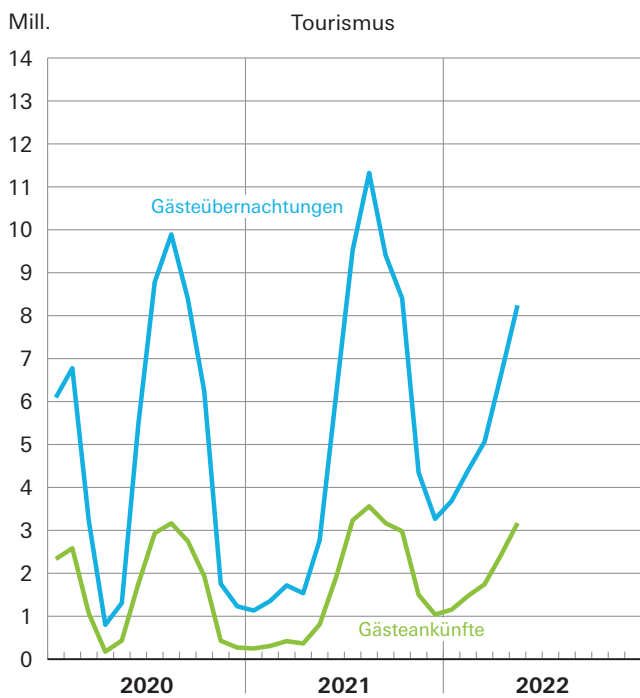
Handel und Gastgewerbe



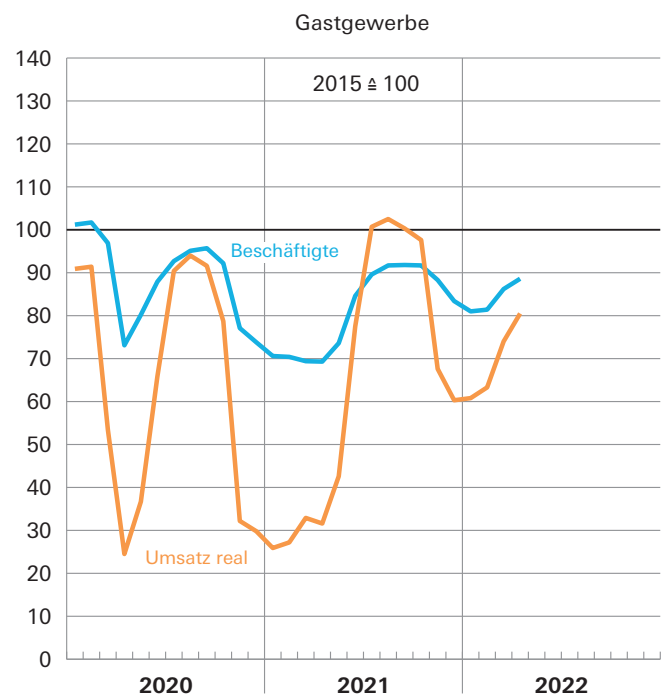
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Außenhandel unter: <http://q.bayern.de/aussenhandel>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Einzelhandel unter: <http://q.bayern.de/binnenhandel>

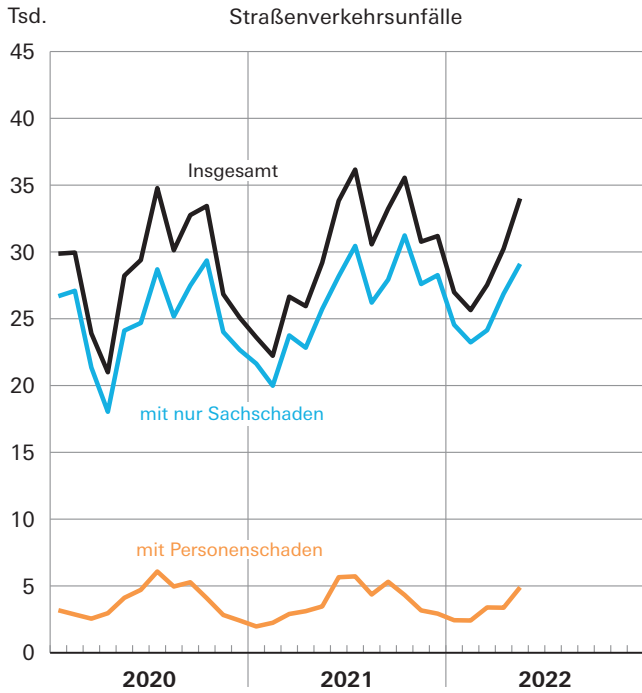


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Tourismus unter: <http://q.bayern.de/fremdenverkehr>

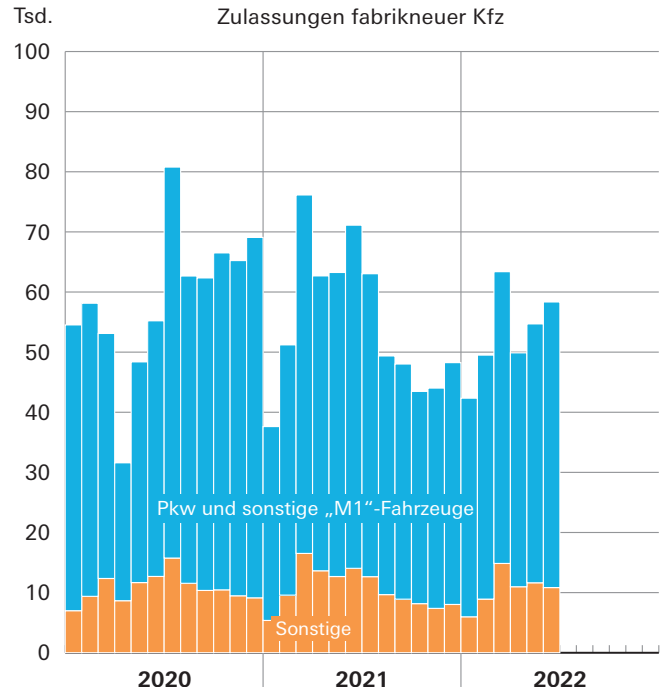


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Gastgewerbe unter: <http://q.bayern.de/gastgewerbe>

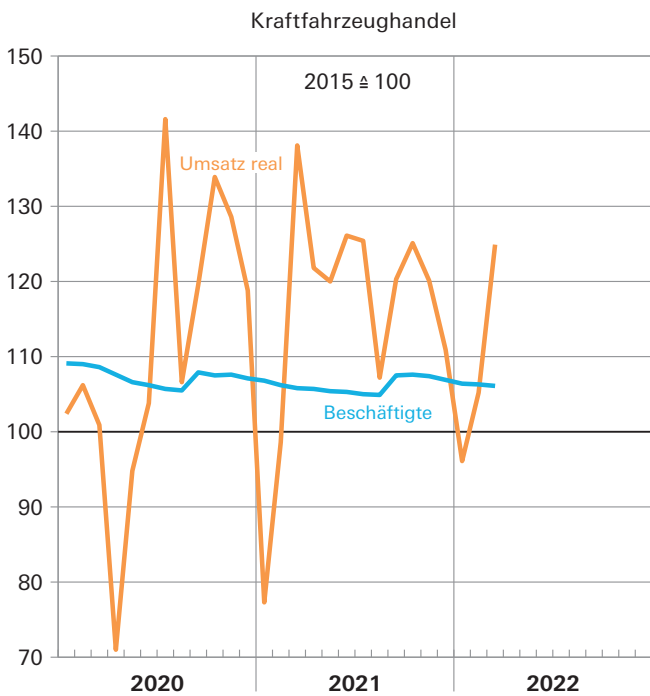
Verkehr



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Straßenverkehrsunfälle unter: <http://q.bayern.de/unfaelle>

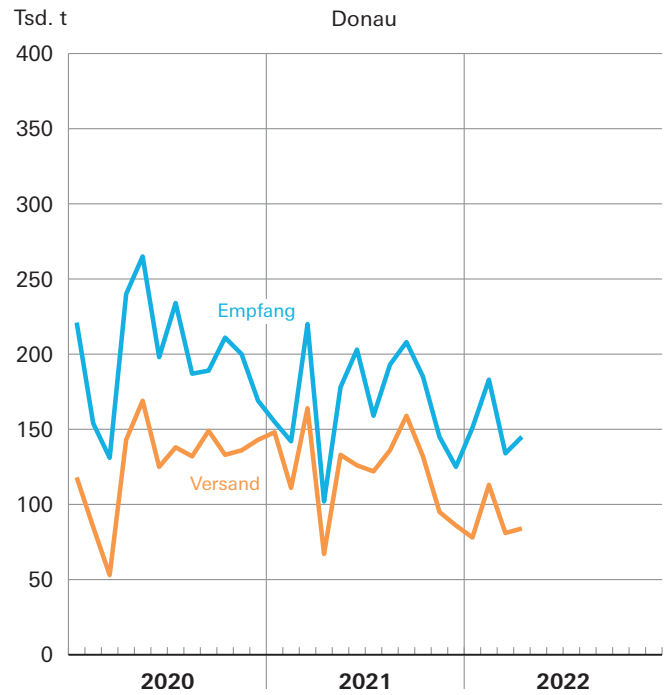
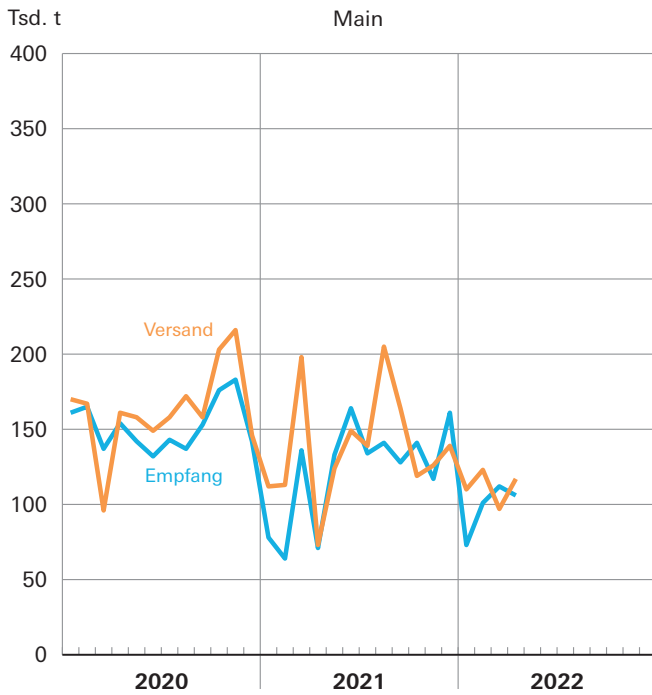


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Kfz-Zulassungen unter: <http://q.bayern.de/zulassungen>



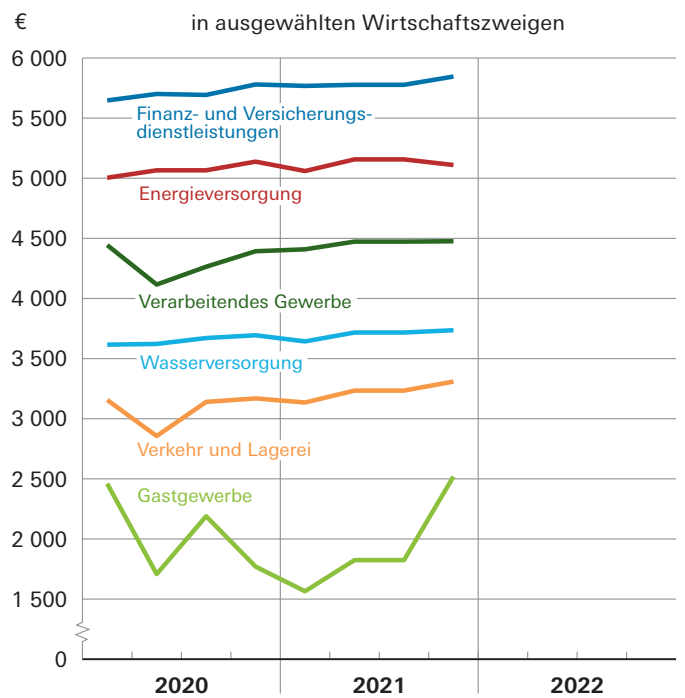
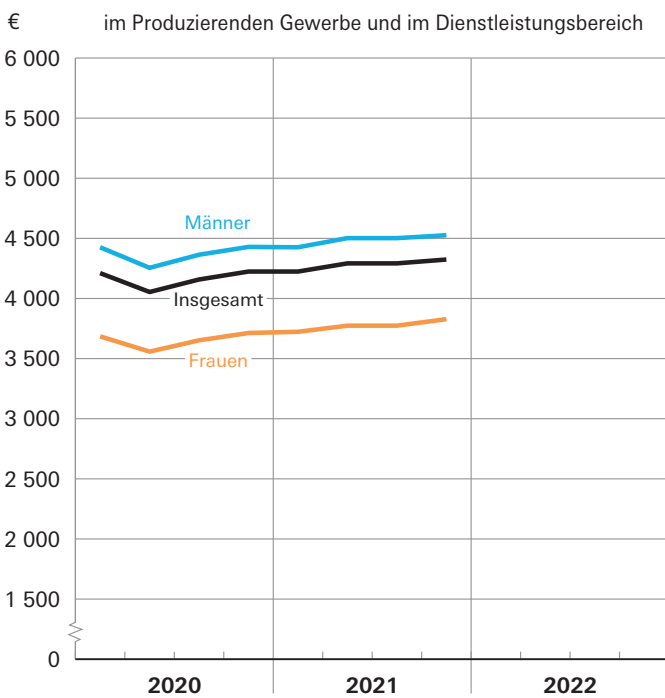
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Einzelhandel unter: <http://q.bayern.de/kfz-handel>

Binnenschifffahrt



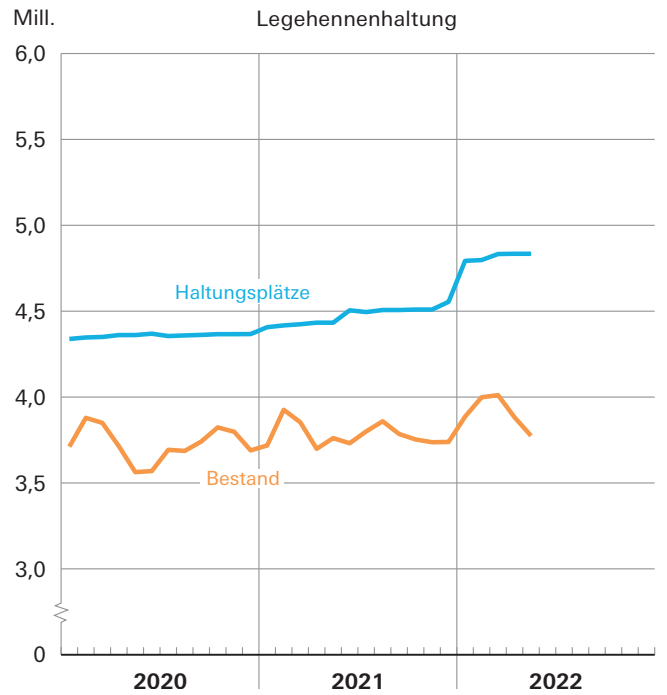
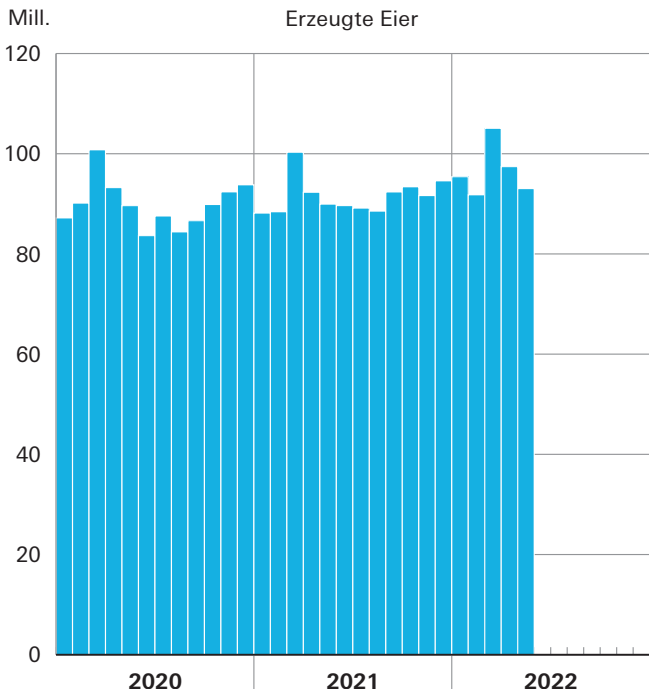
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Binnenschifffahrt unter: <http://q.bayern.de/binnenschifffahrt>

Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer

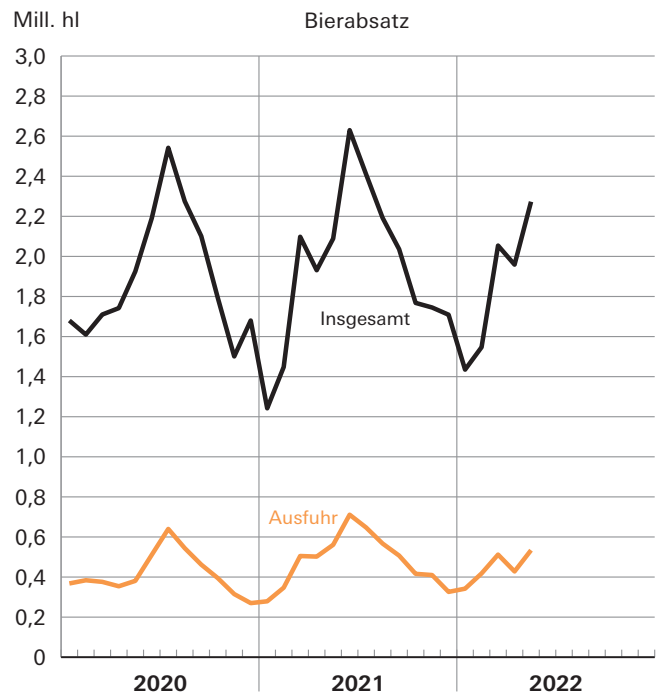
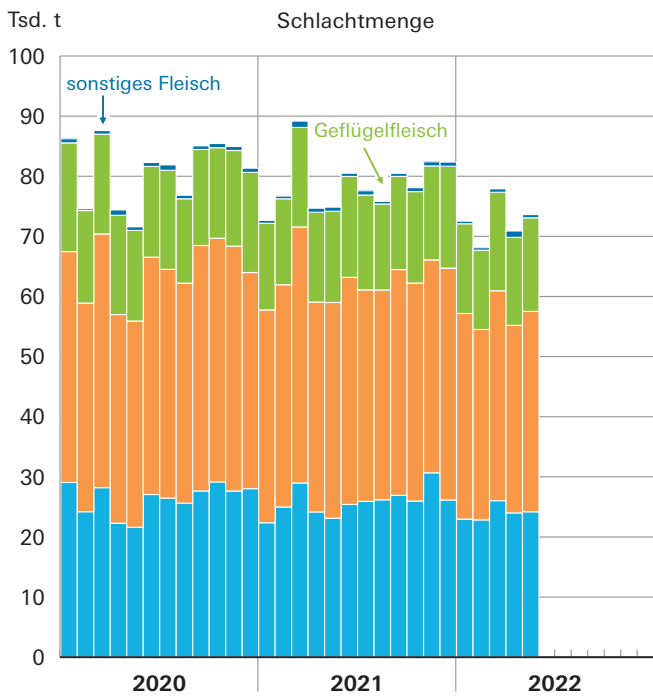


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Verdienste unter: <http://q.bayern.de/verdienste>

Landwirtschaft



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Landwirtschaft unter: <http://q.bayern.de/tiererzeugnisse>

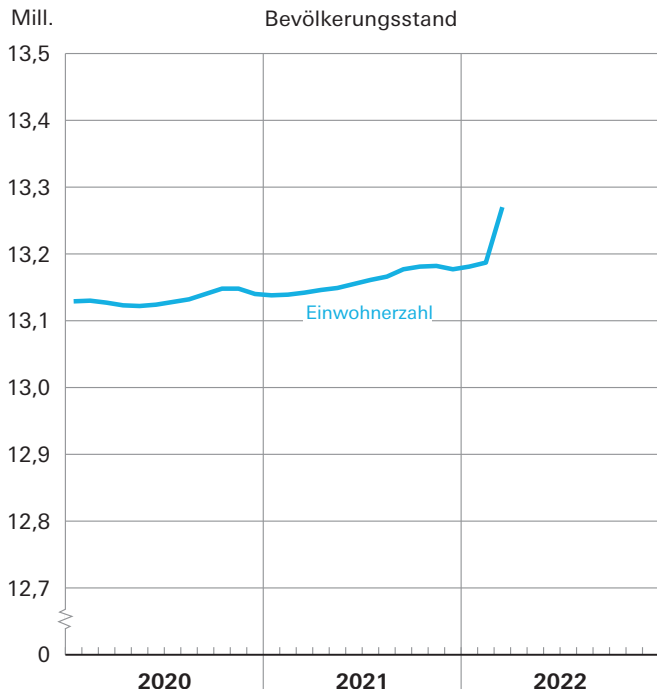


Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Schlachtmengen unter: <http://q.bayern.de/tiererzeugnisse>

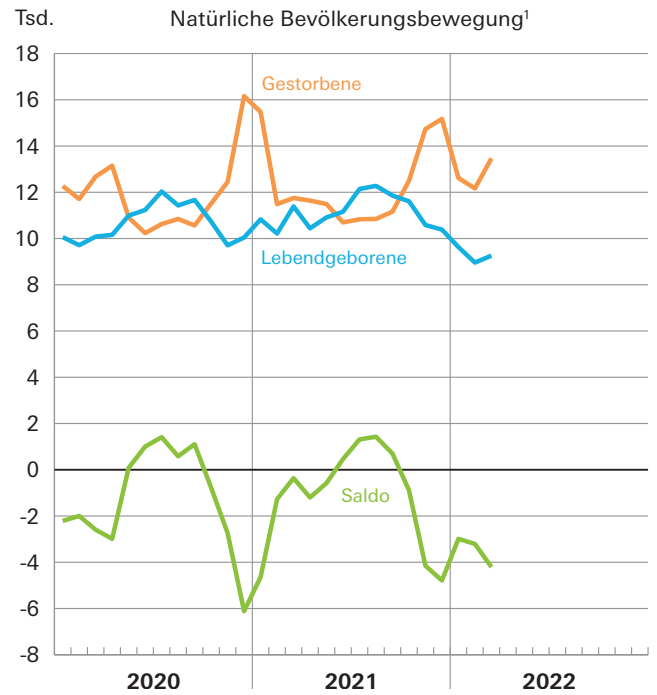


Aus: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 9.2.1: Finanzen und Steuern, Absatz von Bier <http://q.bayern.de/bierabsatz>

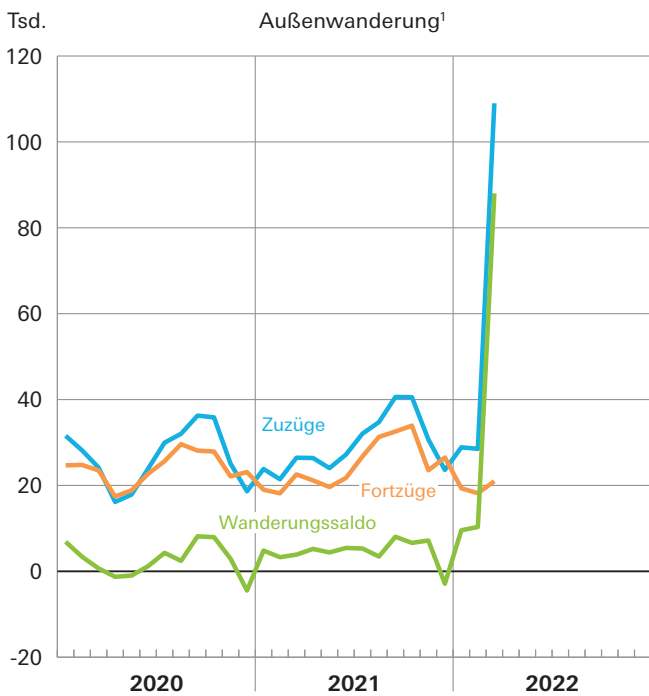
Bevölkerung



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Bevölkerung unter: <http://q.bayern.de/bevoelkerung>



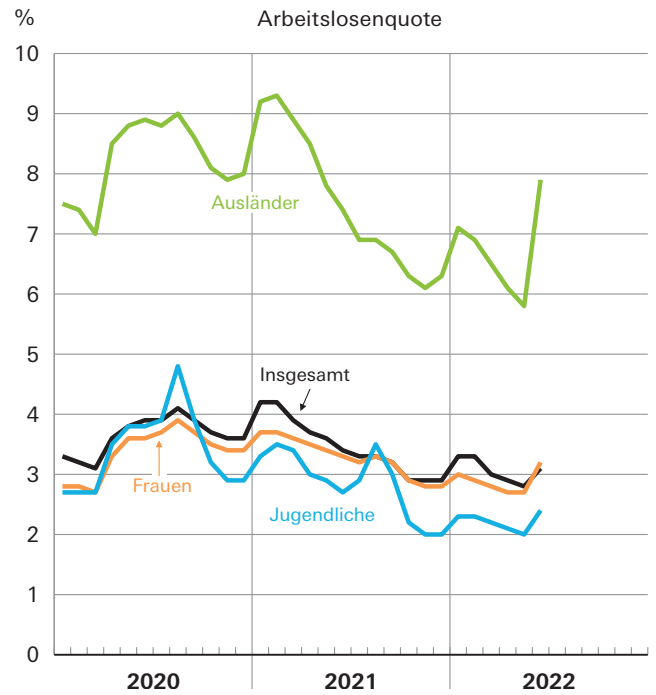
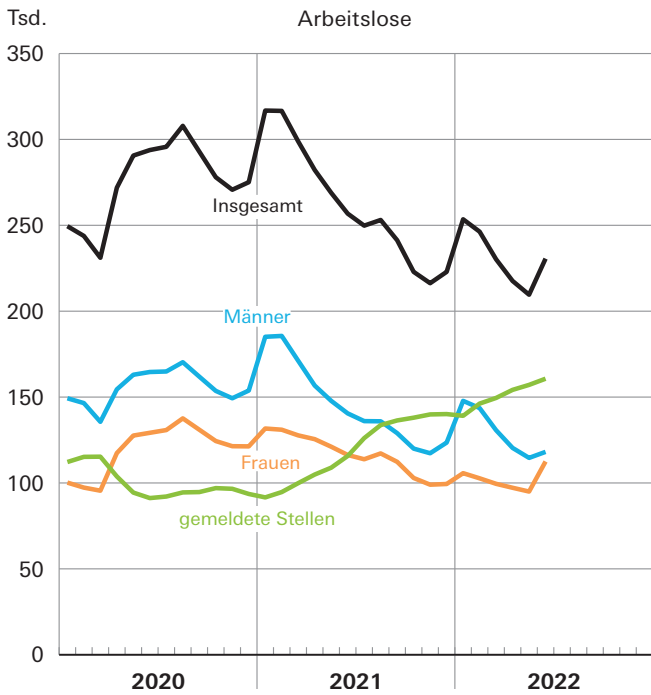
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema natürliche Bevölkerungsbewegung unter: <http://q.bayern.de/bewegungen>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Wanderungen unter: <http://q.bayern.de/wanderungen>

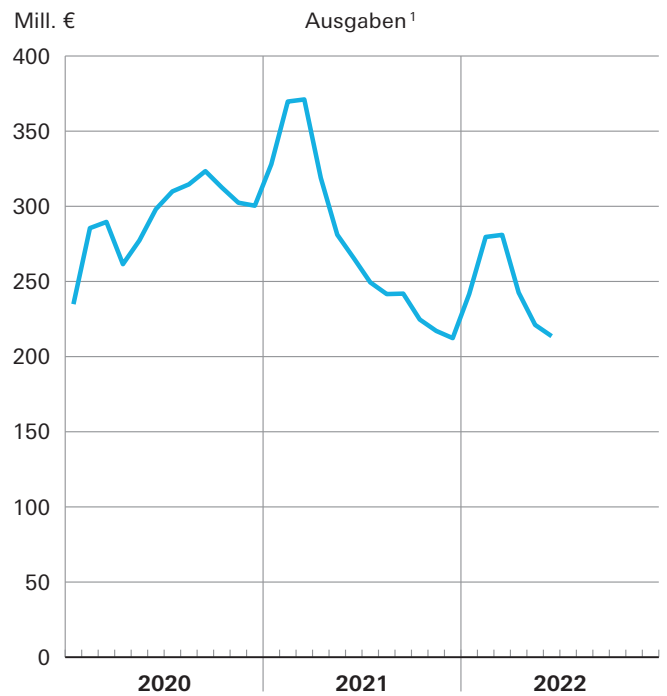
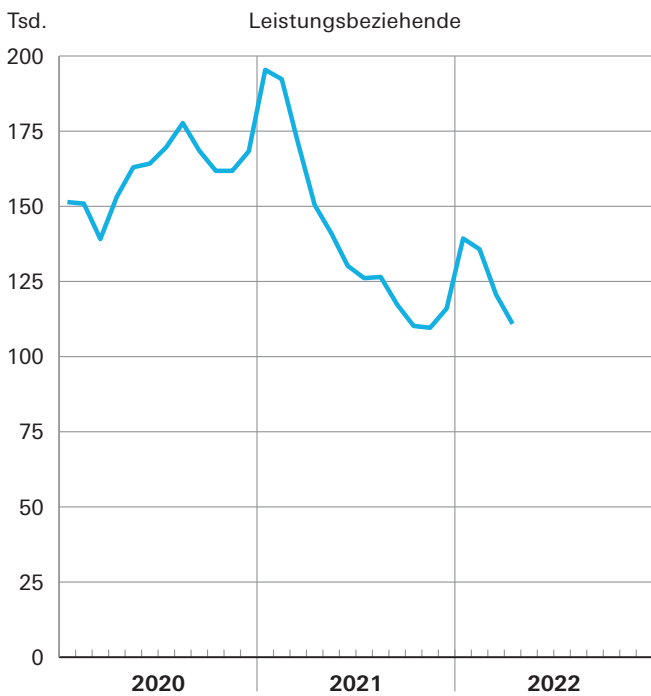
¹ Die Zahlen der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wanderungen geben den jeweils aktuellen Stand des Monats im noch nicht abgeschlossenen Berichtsjahr wieder. Bis zum Ende des Jahres können Nachmeldungen der Städte und Gemeinden für die einzelnen Monate erfolgen, so dass sich die endgültigen Monatsergebnisse noch ändern können.

Arbeitsmarkt



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Arbeitsmarkt unter: <http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit>

Arbeitslosengeld I



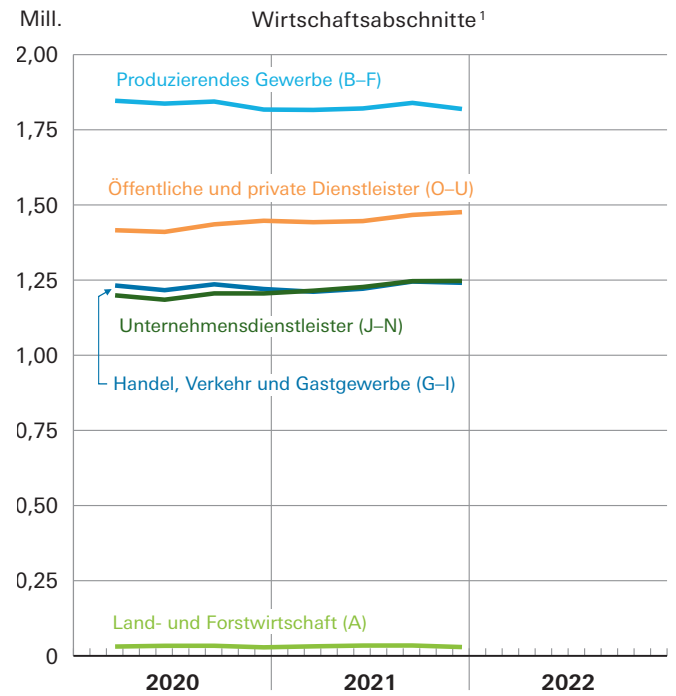
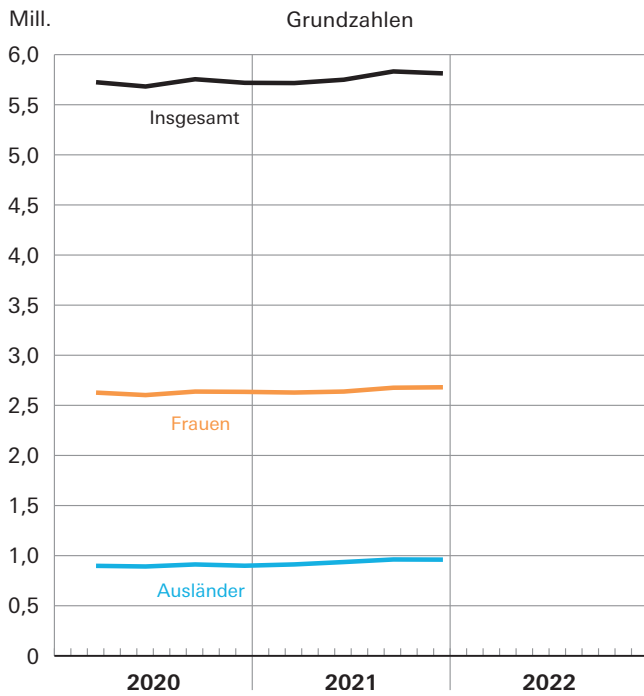
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Leistungsbeziehende unter: <http://q.bayern.de/leistungsbeziehende>



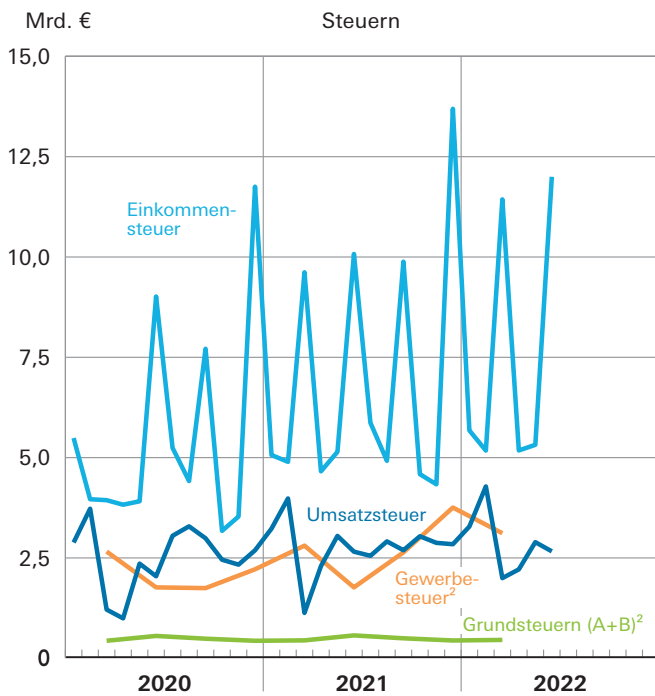
Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Sozialausgaben unter: <http://q.bayern.de/sozialhilfeausgaben>

¹ Ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Beschäftigte unter: <http://q.bayern.de/erwerbstaetigkeit>



Weitere Informationen und Statistiken zum Thema Steuern unter: <http://q.bayern.de/steuern>

¹ Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); in Klammern WZ-Code (vgl. Statistischer Bericht A6501C). ² Quartalswerte.

Statistische Berichte

Bevölkerung

- Bevölkerungsstatistischer Quartalsbericht Daten zu Einwohnern, Sterbefällen, Geburten, Eheschließungen und Wanderungen bis zum I. Quartal 2022
- Einwohnerzahlen Stand: 31. Dezember 2021
Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke in Bayern
Basis: Zensus 2011
- Altersstruktur der Bevölkerung Bayerns
Stand: 31. Dezember 2021
Basis: Zensus 2011
- Bevölkerung in den Gemeinden Bayerns nach Altersgruppen und Geschlecht
Stand: 31. Dezember 2021
Basis: Zensus 2011
- Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Sterblichkeit in Bayern von Januar 2016 bis Mai 2022
- Erwerbstätige am Arbeitsort in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns von 1991 bis 2020 – Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Bildung

- Lehrerausbildung in Bayern,
Teil 3: Fachwissenschaftliche Prüfungen

Produzierendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Mai 2022 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Verarbeitendes Gewerbe in den Regierungsbezirken und Regionen Bayerns 2021 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Mai 2022 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) Basisjahr 2015
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Mai 2022
Basisjahr 2015

Bauhauptgewerbe

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Mai 2022

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Mai 2022
- Baugenehmigungen in Bayern im April 2022

Handel

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Mai 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im April 2022
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Mai 2022

Tourismus und Gastgewerbe

- Tourismus in Bayern im Mai 2022
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Mai 2022

Straßen- und Schiffsverkehr

- Straßenverkehrsunfälle in Bayern im April 2022
- Binnenschifffahrt in Bayern im April 2022

Sozialleistungen

- Schwerbehinderte Menschen in Bayern am 31. Dezember 2021
- Wohngeld in Bayern 2021
- Aufstiegsfortbildungsförderung nach dem AFBG in Bayern

Preise und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2015 bis Juni 2022
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im Mai 2022

Umwelt, Abfallwirtschaft

- Abfallwirtschaft in Bayern 2018

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, zum Beispiel von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (zum Beispiel von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Publikationsservice



Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/produkte



GENESIS-Online – Datenbank

Zugang über www.statistik.bayern.de



GENESIS-Online bietet einen Querschnitt amtlicher Statistikdaten für die Recherche im Internet und den Online-Abruf. Das breit gefächerte Datenangebot lässt sich hierarchisch über Themen und Statistiken sowie in Form einer Stichwortsuche erschließen.

Der Abruf von Daten erfolgt über Tabellen mit variablen Inhalten, wodurch alternative Gliederungen, Ausprägungen oder die darzustellende Zeit auswählbar sind. Die Ergebnisse lassen sich direkt nach Excel übertragen oder in anderen Formaten (CSV, HTML) herunterladen.

Die Nutzung der Datenbank ist kostenfrei. Registrierte Personen haben zusätzliche, individuell einstellbare

Möglichkeiten wie den Abruf großer Tabellen oder die Speicherung häufig genutzter Abrufstrukturen.

Themenbereiche

- Gebiet, Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Wahlen
- Bildung, Sozialleistungen, Gesundheit, Rechtspflege
- Wohnen, Umwelt
- Wirtschaftsbereiche
- Außenhandel, Unternehmen, Handwerk
- Preise, Verdienste, Einkommen und Verbrauch
- Öffentliche Finanzen
- Gesamtrechnungen